Donnerstag, 22. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 70 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

See-Unfall: Der US-Flugzeugträger „Kitty Hawk" ist während eines Manövers im Japanischen Meer mit einem sowjetischen Atom-U-Boot zusammengestoßen, das offenbar den Auftrag hatte, die See-Übung zu beobachten. Über Schäden an den Havaristen wurde nichts bekannt.

Umwelt: Mit fast einer Milliarde Mark will Bonn in den nächsten Jahren die Erforschung von Umweltbelastungen sowie die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien vorantreiben. (S. 4)

Israel: Der frühere Verteidigungsminister Weizmann hat die Gründung einer neuen „Partei des Nationalen Heils" angekündigt. Sie werde in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt sein. (S. 5)

Flucht: Durch verminte Sperranlagen gelang in der Nacht zum Mittwoch einem 34jährigen Handwerker aus der „DDR" die Flucht nach Bayern.

Visite in Peking: Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat sich für den 26. April zu einem einwöchigen Besuch in China angesagt.

Bayern: Das Ergebnis der Kommunalwahl droht das Verhältnis zwischen München und Bonn zu belasten. Die CSU will offenbar die Diskussion über die „Erblast" der sozialliberalen Koalition wieder in Gang bringen. (S. 5)

Treffen in Jerusalem: Ministerpräsident Shamir hat bei einem Gespräch mit dem Berliner Verleger Axel Springer erneut Israels Sorge über die mögliche Lieferung deutscher Waffen an Saudi-Arabien vorgetragen. Zu Berichten über israelische Waffengeschäfte mit Iran erklärte ein Sprecher Shamirs, seit mindestens drei Jahren seien keinerlei Rüstungsgüter mehr nach Iran geliefert worden. (S. 5)

Keine Raketen: US-Präsident Reagan zog einen Antrag zurück, Jordanien und Saudi-Arabien mit Raketen vom Typ Stringer auszurüsten. Offenbar wollte er damit einer drohenden Niederlage im Kongreß vorbeugen.

US-Vorwahlen: Walter Mondale, der im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten anfangs stark ins Straucheln geraten war, hat wieder Fuß gefaßt. In Illinois, im Herzland Amerikas, sowie in Minnesota schlug er seinen Rivalen Gary Hart klar. (S. 8)

Taiwan: Präsident Chiang Ching-kuo (74) wurde für sechs Jahre im Amt bestätigt.

Heute: Der Präsident der Republik Zypern, Kyprianou, zu Gesprächen in Bonn. – Bonner Treffen der EG-Verkehrsminister zur Erörterung einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

ZITAT DES TAGES



»Wir erlebten den Übergang vom Morast zum abgrundtiefen Sumpf«

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Bundestages, Alfred Biehle (CDU), zu Vorgängen im Militärischen Abschirmdienst im Zusammenhang mit der Kießling-Affäre (S. 6) FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Bundeshaushalt: Aufgrund unvorhergesehener Einsparungen und höherer Steuereinnahmen fiel die Nettokreditaufnahme der Bundesregierung im vergangenen Jahr mit 31,5 Milliarden DM um 9,5 Milliarden geringer aus als nach dem Haushaltsgesetz veranschlagt.

Außenhandel: Einen Anstieg des realen Warenexports der Bundesrepublik um etwa sechs Prozent erwartet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg im Durchschnitt dieses Jahres.

US-Wirtschaft: Die Wertschöpfung wird im ersten Quartal um real 7,2 Prozent zunehmen, ermittelte das Handelsministerium. Allgemein war mit sechs Prozent gerechnet worden. (S. 10)

Klöckner Werke: Der Abbau von rund 5000 Arbeitsplätzen in diesem und dem nächsten Jahr soll Einsparungen zwischen 220 und 250 Millionen DM bringen. Deutschlands zweitgrößter Stahlkonzern schloß das Geschäftsjahr 1982/83 mit einem Fehlbetrag von 139,7 Millionen DM. (S. 11)

Börse: Sonderbewegungen erwiesen sich als Stütze der Aktienmärkte. Der Rentenmarkt stand weiter unter Abgabedruck. WELT-Aktienindex 151,1 (151,3). Dollarmittelkurs 2,6568 (2,6354) Mark. Goldpreis pro Feinunze 392,35 (393,85) Dollar.

KULTUR

Forsythe nach Frankfurt: Neuer Chefchoreograph und künstlerischer Direktor des Balletts der Bühnen Frankfurt wird mit Beginn der Spielzeit 1984/85 der Amerikaner William Forsythe.

Abbado soll nach Wien: Die Wiener Staatsoper hat dem italienischen Dirigenten Claudio Abbado, bis 1986 noch Orchesterchef der Mailänder Scala, angeboten, Generalmusikdirektor zu werden.

SPORT

Ski Alpin: Tamara McKinney (USA) gewann den Weltcup-Riesenslalom von Zwiesel. Martina Kiehl aus München belegte Platz vier. (S. 15)

Fußball: Uli Stielike kann nicht im Länderspiel gegen die UdSSR am 28. März in Hannover antreten. Real Madrid verweigert die Freigabe.

AUS ALLER WELT

Frisches Blut: Amerikanische Bullen sollen sowjetischen Milchkühen zu mehr Fleiß verhelfen. Der US-Mischkonzern Grace schloß ein Abkommen mit Moskau, wonach fünf Jahre lang Sperma von kräftigen Holsteiner Stieren geliefert wird. Die sowjetische Durchschnittskuh bringt jährlich nur etwa 2300 Liter Milch, die US-Kuh dagegen 5500.

Kokain: Bei einem Angriff auf eine „Kokain-Fabrik" kommunistischer Guerilleros im Urwald von Kolumbien konnte die Polizei Rauschgift im Wert von umgerechnet 3,15 Milliarden Mark sicherstellen. (S. 18)

Wetter: Im Westen und Südwesten zeitweise bewölkt, sonst sonnig. 6 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Enttäuschung und Verbitterung nach dem Brüsseler EG-Gipfel

Kohl warnt vor Resignation / Jetzt Hoffnung auf Kompromiß im Juni

DW. Bonn

Mit Enttäuschung und zum Teil auch mit Erbitterung ist am Mittwoch in den europäischen Hauptstädten das Scheitern des europäischen Gipfels aufgenommen worden. Vielfach gab es heftige Reaktionen auf das Verhalten Großbritanniens in Brüssel. Die Bundesregierung warnte jedoch vor Resignation und mahnte alle Partner in der Gemeinschaft, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den europäischen Gedanken weiterzuführen. Für Bundeskanzler Helmut Kohl hieß das Fazit von Brüssel: „Enttäuschend, aber nicht katastrophal."

BONN: Mit Bedauern ist das Scheitern des EG-Gipfels in Brüssel nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von den Parteien und den Spitzenverbänden der Wirtschaft aufgenommen worden. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß kein Grund zur Resignation besteht, weil sich die Staats- und Regierungschefs im Gegensatz zum vorangegangenen Gipfel von Athen über wichtige Fragen bis auf ein Problem weitgehend verständigt hatten. Es sollten jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um auch noch die britische Beitragsfrage bis zum nächsten Gipfel im Juni in Paris zu lösen.

„Enttäuschend, aber nicht katastrophal", kommentierte Bundeskanzler Helmut Kohl das Brüsseler Ergebnis. Einen Gedanken an Resignation gebe es jedoch nicht. Regierungssprecher Peter Boenisch rechnet nicht damit, daß die Briten eine Politik des leeren Stuhls betreiben werden.

Für Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher steckt die Europäische Gemeinschaft in einer „ganz schweren Krise". Nach der gestrigen Sitzung des Bundeskabinetts betonte er vor der Presse in Bonn, die Bundesregierung werde jetzt alles unternehmen, um das in den langwierigen Verhandlungen Erreichte zu sichern und die offenen Fragen zu klären. Daher habe er bereits gestern Kontakt mit der Regierung in Paris und mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, aufgenommen.

Bis auf die britische Regierung seien alle EG-Staaten über ihren Schatten gesprungen, meinte der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick. Er sieht gute Aussichten, bis Juni noch zu einem Kompromiß über den britischen EG-Beitrag zu kommen. „Es gibt keine Alternative zu Europa. Dieser Erkenntnis werden sich auch die Briten letztlich nicht verschließen können", meinte Mischnick.

SEITE 2:
Rette sie, wer kann
SEITE 6:
Weitere Beiträge

Demgegenüber betonte der europapolitische Sprecher der FDP, Wolfgang Rumpf, er sehe inzwischen „keinen anderen Weg mehr für die europäische politische Zusammenarbeit, als die Schaffung eines Europas der Kernländer".

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, erklärte, es gehe nicht darum, einen Schuldigen vorzuführen, sondern der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Europäische Gemeinschaft lebensfähig sei. Bei der Rettung der Gemeinschaft bot die SPD gestern ihre Zusammenarbeit der Regierung an.

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) werden die Konsumenten den Fehlschlag von Brüssel ebensowenig spüren, wie sie einen Erfolg bemerkt hätten: Die Lebensmittelpreise würden nicht berührt. Dagegen würden die Steuerzahler zur Kasse gebeten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spricht von einer Demonstration gefährlicher Schwäche. Er fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik der Vernunft konsequent fortzusetzen. Nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) ist die Bundesregierung bei ihren Zugeständnissen an den äußersten Rand des finanziell und ordnungspolitisch Zumutbaren gegangen.

PARIS: Präsident François Mitterand ist offenbar weiter fest entschlossen, sich persönlich für eine Lösung der Krise einzusetzen. Er will noch vor dem nächsten Gipfel im Juni versuchen, eine Einigung über den einzigen strittigen Punkt, den britischen EG-Beitrag, herbeizuführen, sagte er am Abend im Fernsehen. Mitterand: „Das Leben geht weiter, und es geht zu zehnt weiter."

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Der Spielraum

HERBERT KREMP

Gewisse Töne aus Ost-Berlin, raunende und deutlicher artikulierte, begünstigen eine Fülle von Deutungen über Strategie und Taktik der kommunistischen Politik in Mitteleuropa. Ist es Tauwetter-Tropfen, wenn Honecker von „Verantwortungsgemeinschaft" spricht? Ist es Eisklirren, wenn sein Verteidigungsminister Hoffmann in Moskau mit Marschall Ustinow darin übereinstimmt, daß sich mit der NATO-Nachrüstung in Westeuropa „die Gefahr eines Kernwaffenkrieges ... beträchtlich erhöht hat"? Oder werden nur Wolkenworte geschoben?

Von einer unabänderlichen Tatsache hat jede Beurteilung auszugehen: Nach der geostrategischen Lage und infolge der politischen Entwicklungen in Osteuropa betrachtet Moskau die „DDR" als die wichtigste Position in Zentraleuropa. Sie muß unter allen Umständen nach innen und außen gesichert werden. Ein „Polen" darf sich dort nicht ereignen. Im Falle von Verdrossenheit und Systemkritik, wie sie seit geraumer Zeit – nicht zuletzt infolge selbstinfizierender Friedenskampagnen – in Erscheinung getreten sind, müssen die Ventile rechtzeitig geöffnet werden. Die Ausreise von Bürgern, die in der „DDR" nicht mehr leben wollen, bedeutet für das SED-Regime eine gewisse Entlastung. Sie kann gleichzeitig aber auch dazu genutzt werden, in der Bundesrepublik Illusionen zu erzeugen, leichten Glauben.

Über welche Spielräume die Ostberliner Führung verfügt, läßt sich an den militanten Schulterschluß-Formeln des Armeegenerals Hoffmann zuverlässiger ablesen als an den Worten und Gesten Honeckers bei der Völkerstehparty von Leipzig. Der Staatsratsvorsitzende kann bestimmte Gratifikationen gewähren, um die politische und wirtschaftliche Kreditwürdigkeit seines Systems anzuheben, er mag sich auch in Fragen der Taktik in Moskau durchsetzen können, aber er bleibt eine Figur im sowjetischen Schach. Ihn deutsch-deutsch zu hofieren, wie es der persönliche Profilierungswille manchem Koalitionspolitiker zu empfehlen scheint, ändert daran nichts. Erleichtert wird dadurch wahrscheinlich nur der immer noch gesamtöstliche Vorsatz, die deutsche Frage irreführend zu instrumentieren, um mit der deutschen auch die westliche Diskussion zu verwirren.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies gelingt. Nachdem die Nachrüstung nicht verhindert werden konnte, sucht Moskau den Rückweg zur einst so gewinnbringenden Entspannung. Mit ihr ließ sich das westliche Bewußtsein verändern, während man selbst bei seinen Tatsachen bleiben konnte.

Kiechle: Landwirte brauchen Klarheit

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

„Die deutschen Landwirte müssen möglichst rasch wissen, woran sie sind." Und: „Die Landwirte können nicht darunter leiden, daß sich die Regierungschefs nicht einigen können." Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle läßt in einem Gespräch mit der WELT seiner Enttäuschung über den Ausgang des Brüsseler Gipfels freien Lauf. Denn selbst das, was die Agrarminister in monatelangen Beratungen mühsam abgehakt haben, könne jetzt nicht in Kraft treten. Damit fehle den Bauern selbst für Ersatzinvestitionen die Grundlage für Entscheidungen. Immerhin war ein Teil der Maßnahmen bereits auf den 1. April terminiert worden. Wenn alles so weiterlaufe, dann stehe die Gemeinschaft spätestens im Frühherbst vor dem finanziellen Kollaps.

Ignaz Kiechle will darauf dringen, daß die Landwirte möglichst rasch Orientierungshilfen erhalten. Eine erste Möglichkeit dazu bietet die Ratstagung der Agrarminister am Montag in Brüssel. Nach der Sitzung des Kabinetts ergänzte gestern Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu diesem Punkt, die Bundesregierung werde sich dafür einsetzen, daß die Beschlüsse, auf die sich die Regierungen verständigt haben, umgehend in europäisches oder nationales Recht gegossen werden, so daß sie sofort in Kraft gesetzt werden können, wenn eine Einigung mit den Briten erreicht ist. Eine alleinige Anwendung der Agrarbeschlüsse komme nicht in Betracht. Das Stuttgarter Paket, also die gleichzeitige Einigung über Finanzfragen, über die Erweiterung und über die Agrarprobleme, sollte nicht aufgeschnürt werden.

Für Ignaz Kiechle ist es nicht möglich, daß der Agrarkompromiß, der weitgehend seine Handschrift trägt, noch einmal in Frage gestellt werde. Dafür seien die Probleme zu eng verwoben, beispielsweise das deutsche Einlenken beim Abbau des Grenzausgleichs mit dem französischen Zugeständnis bei der Quotenregelung für die Milchproduktion.

Die vorgesehene Senkung einiger Marktordnungspreise um ein Prozent bezeichnete Kiechle als Opfer für Europa. Daß sich die Agrarminister bei der Milchproduktion auf höhere Quoten, für die weiterhin Garantiepreise gezahlt werden sollen, verständigt haben, als er angestrebt hatte, hält Kiechle nicht für schwerwiegend. Wichtig sei der Einstieg in eine Reform, nach der künftig Garantiepreise nur noch für bestimmte Mengen gezahlt werden sollen. Dieses Prinzip werde nach und nach auch auf andere Marktordnungsprodukte ausgedehnt. Vor diesem „Systemwechsel" hat Kiechle „keine Angst".

Bürgerkrieg in Libanon verschärft sich

AP/AFP, Beirut

Nach dem Ende der von Beiruter Zeitungen als „Fehlschlag" bezeichneten libanesischen Aussöhnungskonferenz in Lausanne hat sich der Bürgerkrieg in Libanon wieder verschärft. Beiderseits der „grünen Linie" in der Hauptstadt Beirut wurden in der Nacht zu gestern die heftigsten Kämpfe seit mehr als einer Woche ausgetragen. Beide Seiten setzten Artillerie, Granatwerfer und Maschinengewehre ein. Nach Mitteilung der Polizei gab es vier Tote und 22 Verwundete. Viele Bewohner der von den Kämpfen betroffenen Stadtteile suchten wieder Zuflucht in Bunkern und Kellern.

Daß das von Beginn an gespannte Treffen in Lausanne auf dem Hintergrund der Beiruter Kämpfe nicht auch formell scheiterte, ist offenbar den intensiven Bemühungen der als Beobachter fungierenden Vertreter Syriens und Saudi-Arabiens, Vizepräsident Khaddam und Botschafter Massud, zu verdanken.

Wie die libanesische Presse berichtete, soll der Präsident wegen der Feindseligkeit, die ihm Drusenführer Walid Dschumblatt und der Chef der Amal-Miliz, Nabih Berri, während der Konferenz entgegenbrachten, seinen Rücktritt angeboten haben. Syriens Vertreter Khaddam habe dies jedoch verhindert. Präsident Gemayel reiste von Lausanne aus nach Paris, wo er mit Staatspräsident Mitterrand unter anderem über die künftige Präsenz der in Beirut stehenden französischen Truppen konferieren wollte.

Seite 2: Kein syrisches Diktat

Heidemann unter Anklage wegen Betrugs

dpa, Hamburg

Gegen den früheren „stern"-Reporter und Beschaffer der gefälschten Hitler-Tagebücher, Gerd Heidemann, sowie gegen den geständigen Fälscher Konrad Kujau hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg nach fast einjährigen Ermittlungen jetzt Anklage wegen Betrugs erhoben.

Wie die Pressestelle der Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilte, wird dem Stuttgarter Militaria-Händler Kujau vorgeworfen, in der Zeit zwischen Januar 1981 und April 1983 über Heidemann dem Verlag Gruner + Jahr 60 selbst geschriebene „Hitler-Tagebücher" geliefert und dafür mindestens 1,577 Millionen Mark erhalten zu haben.

Heidemann wird zur Last gelegt, den Verlag für den Ankauf der Bücher zur Zahlung von mindestens 9,34 Millionen Mark veranlaßt zu haben, von denen er mindestens 1,725 Millionen Mark für sich behalten haben soll. Wo der Rest der vom „stern" gezahlten Millionen geblieben ist, wurde bisher nicht geklärt.

Sowohl Heidemann, der unmittelbar nach der Aufdeckung des Tagebuch-Skandals Anfang Mai 1983 fristlos vom „stern" entlassen worden war, als auch Kujau befinden sich in Hamburg in Untersuchungshaft. Kujau hat bereits kurz nach seiner Festnahme im Mai vergangenen Jahres gestanden, die angeblich aus der Zeit vom 22. Juli 1933 bis Mitte April 1945 stammenden Tagebücher Hitlers selbst geschrieben zu haben.

Moskau stellt „DDR"-Militärs heraus

Tschernenko empfing den Verteidigungsminister / Kein Hinweis auf Abrüstungsinitiative

hrk. Berlin

Mit einem demonstrativen Empfang von „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann beim neuen sowjetischen KP-Chef Konstantin Tschernenko unterstrichen die beiden führenden Kräfte im Warschauer Pakt den Vorrang der Militärs. Abgesehen von einem Zusammentreffen Erich Honeckers mit Tschernenko bei den Trauerfeierlichkeiten für Andropow, war der Besuch der Ostberliner Militärdelegation der erste offizielle Kontakt zwischen der „DDR"-Führung und der neuen Moskauer Spitze. Die Plazierung dieses Besuchs auf der Titelseite des „Neuen Deutschland" vom Mittwoch samt Foto unterstrich den Stellenwert, den Ost-Berlin dieser Reise einräumte.

Die ADN-Mitteilung über das Zusammentreffen in Moskau enthält Angriffe gegen die USA, wie sie beispielsweise in dem gemeinsamen Kommuniqué von Georges Marchais und SED-Chef Erich Honecker von Ende Februar vermieden worden waren. Während damals lediglich auf die „aggressive Konfrontationspolitik der Reagan-Administration" hingewiesen wurde, heißt es in dem Moskauer Bericht: „Im Verlauf des Treffens hoben beide Minister die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR sowie ihren Streitkräften als einen wichtigen Faktor für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus und die Wahrung des Friedens hervor. Sie bekräftigten die Entschlossenheit beider Bruderländer, gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages, angesichts der von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus, insbesondere den USA, zugespitzten internationalen Lage die Verteidigungskraft auf dem erforderlichen Niveau zu halten ..."

Ebenfalls im Gegensatz zu dem Marchais-Honecker-Kommuniqué fehlen jegliche Hinweise auf die Wiederaufnahme der Genfer Gespräche oder gleichgewichtige Abrüstungsbemühungen. Die Rede ist davon, beide Seiten hätten einmütig betont, „daß sich die Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges mit der Stationierung amerikanischer Erstschlagsraketen in Westeuropa beträchtlich erhöht hat".

Der mehrfache Hinweis in dem ADN-Bericht auf die Grüße, die Honecker an Tschernenko und Verteidigungsminister Ustinow habe ausrichten lassen, knüpft an das Ergebenheits-Telegramm aus Ost-Berlin anläßlich des 66. Jahrestages der Roten Armee am 23. Februar an. In dem Telegramm, das auch Willi Stoph unterzeichnete, wird auf die Waffenbrüderschaft zwischen Sowjetarmee und Nationaler Volksarmee verwiesen.

Ost-Spion bei Amerikareise gefaßt

Zusammenarbeit der deutschen und amerikanischen Spionageabwehr führte zum Erfolg

WERNER KAHL/DW. Bonn

In engstem Zusammenspiel hat die deutsch-amerikanische Spionageabwehr einen mutmaßlichen Militär-Spion des „DDR"-Geheimdienstes enttarnt. Der 43jährige Ernst Forbrich aus Eislingen (Württemberg) wurde am vergangenen Wochenende, wie gestern bekannt wurde, während einer Reise in den USA verhaftet. Dem aus der Niederlausitz („DDR") stammenden und Mitte der sechziger Jahre in die Bundesrepublik eingeschleusten Geheimdienstler wird vor allem Ausspähung neuer Waffen und Elektroniksysteme der US-Armee und der NATO-Streitkräfte vorgeworfen.

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI hat Forbrich gestanden, 17 Jahre für den „DDR"-Staatssicherheitsdienst gearbeitet zu haben. Die Ehefrauen aus zwei geschiedenen Ehen leben in der „DDR". Als Gebrauchtwagenhändler und Kraftfahrzeugmechaniker hatte sich Forbrich in Eislingen niedergelassen. Am Montag wurde er bei dem Versuch verhaftet, sich von einem als Armeeoffizier getarnten FBI-Beamten geheime Papiere zu verschaffen. Bei dem Treffen in einem Motel in Tampa (Florida) hatte der Agent dem vermeintlichen Informanten eine Anzahlung für ein ihm übergebenes Dokument geleistet und versprochen, den Rest der Summe nach der Weitergabe des Papiers an Experten in Europa nachzureichen.

Forbrich war nach Informationen der WELT am Samstag vergangener Woche mit einem Billig-Flug von Pakistan Airways von Frankfurt nach Florida und Kalifornien gestartet. An Bord der Maschine befanden sich bereits mehrere Verfolger. Die Abteilung 4 des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) hatte zusammen mit Kollegen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes seit längerer Zeit Forbrich observiert, der häufiger in die USA reiste und dort angeblich Bekannte aufsuchte, die als Angehörige der US-Streitkräfte in Europa stationiert gewesen sein sollen. Dazu rechnete er vor allem Mitglieder der 1. US-Infanteriedivision, die in Göppingen untergebracht ist. Während Forbrich in Amerika in die sorgsam aufgebaute FBI-Falle ging, nahmen Beamte des deutschen polizeilichen Staatsschutzes in Württemberg seinen Bruder und einen zivilen US-Staatsbürger aus dem Raum Giessen fest. Der Amerikaner wurde gestern dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe vorgeführt.

Unter der Tarnung eines jederzeit dienstbaren Automechanikers und Gebrauchtwagenhändlers hatte

▲ Fortsetzung Seite 8

Anzeige



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erstens kommt es anders

Von Peter Gillies

Es ist erst ein gutes Jahrzehnt her, da gingen die Sozialpolitiker aller Parteien mit einem Füllhorn übers Land, in dem sie hundert, gar zweihundert und mehr Milliarden Mark zur Verteilung wähnten. Frühere Rente, höhere Rente, Babyjahr – es durfte gern ein bißchen mehr sein. Hätte man damals auf die einsamen Mahner zur Solidität gehört, wären die Probleme der Rentenfinanzen heute geringer.

Auch heute zieht uns wieder das Aroma der Verheißung durch die Nase. Lieber 35 Stunden in der Woche, lieber mit 58 Jahren in die Rente – oder besser ein längerer Urlaub, vielleicht gar ein Sabbath-Jahr? Demoskopen haben Konjunktur und Mühe, die Reihenfolge der deutschen Vorlieben zu ordnen. Alle Parteien, Gruppen und Tarifpartner favorisieren eine oder mehrere Formen dieser Verheißung. Die Warner und Mahner, stets von gestern und wie immer gänzlich unprogressiv, sind wiederum abgedrängt.

Zur Zeit gilt es als unpassend, die Vorfrage zu stellen, ob wir uns eine längere bezahlte Freizeit überhaupt leisten können. Wer daran erinnert, daß bezahlte Freizeit von irgend jemandem – wie trickreich auch immer – bezahlt werden muß, habe kein Herz für die Arbeitslosen, so heißt es, keinen Nerv für Humanität und keine Einsicht in den Wert des sozialen Friedens.

Über die künftige Wirtschafts-, Wohlstands- oder Produktivitätsentwicklung wissen wir wenig. Unsere Prognosen waren bisher so zuverlässig wie Wettervorhersagen. Aber den Lebensbaum der Deutschen kennen wir, weit über das Jahr 2000 hinaus. In gut zwei Generationen, etwa im Jahre 2050, braucht ein Rentner die Arbeits- und Beitragskraft eines Aktiven. Immer mehr Ruheständler und zu wenig Aktive deuten den Bruchpunkt des Generationenvertrages an. Vor diesem Hintergrund wäre es also grob fahrlässig, den Ruhestand immer weiter vorzuverlegen. Das schiere Gegenteil ist geboten: Wir müssen uns darauf einstellen, die Altersgrenze wieder hinaufzuschrauben. Wirklich sehr sperrig, was uns diese Rentenexperten so zumuten, wo wir doch gerade an die Frührente mit 55 denken!

Klarheit aus Kuba

Von Monika Germani

Im Jahre 1976 erklärte Fidel Castro: „Angola ist der geopolitische Schlüssel für das südliche Afrika." Das war wenige Monate nach der Machtübernahme der kommunistischen MPLA-Regierung in Luanda unter Präsident Agostino Neto, nach dem Bürgerkrieg, der die beiden prowestlichen Guerillabewegungen, Holden Robertos FNLA und die Unita des Dr. Jonas Savimbi, wieder in die sogenannte Illegalität trieb.

Während die FNLA sich bis heute nur mühsam erholt hat, erkämpfte sich der erfahrene Buschstratege Savimbi seinen Platz in Angola und eroberte Stück um Stück bis heute gut ein Drittel des Landes. Er ist der Regierung in Luanda bedenklich nahe gerückt. Hauptsächlich seinetwegen wurden die, meist schwarzen, kubanischen Truppen nicht nur im Land behalten, sondern laufend verstärkt.

Experten schätzen ihre Zahl auf 25 000 bis 45 000. Sie stützen das Regime in Luanda. Ihr Abzug wurde gemeinsam von den USA und Südafrika im sogenannten „Linkage" als Vorbedingung für die Einführung der UNO-Resolution 435 für die Unabhängigkeit von Südwestafrika gefordert.

Zweifellos sind die Kosten der kubanischen „Schutztruppe", die sich auf jährlich 1,1 Milliarden Mark belaufen, für das an Erdöl und anderen Bodenschätzen reiche, wirtschaftlich aber bankrotte Angola eine finanzielle Belastung. Aber für Kubas Staatskasse sind sie ein Segen, und ohne diesen Aufwand wäre die marxistische Regierung dos Santos längst von der Unita weggefegt worden.

Die jüngsten Verhandlungen mit Südafrika haben in manchen Kreisen Hoffenungen geweckt, daß der kubanische Aufmarsch, dieses größte Problem der Region, zu einem Abmarsch werden könnte. Aber es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Regierung in Luanda an Selbstmord denkt. Derzeit werden gewaltige Mengen sowjetischer Waffen in Angola ausgeladen. Mit Südafrika will man anscheinend vorerst Frieden. Aber offenbar nicht um des Friedens willen, sondern weil man sich ungestört auf den Kampf gegen Savimbi konzentrieren will. Die brutale gemeinsame Erklärung von Havana hat einiges klargestellt.

Demontage-Strategie

Von Cay Graf Brockdorff

Peter Glotz, der SPD-Bundesgeschäftsführer, empfiehlt wieder einmal die Abkehr von der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion". Wirksam ist eine solche Strategie freilich nur, wenn dafür angemessene nukleare und konventionelle Streitkräfte unterhalten werden.

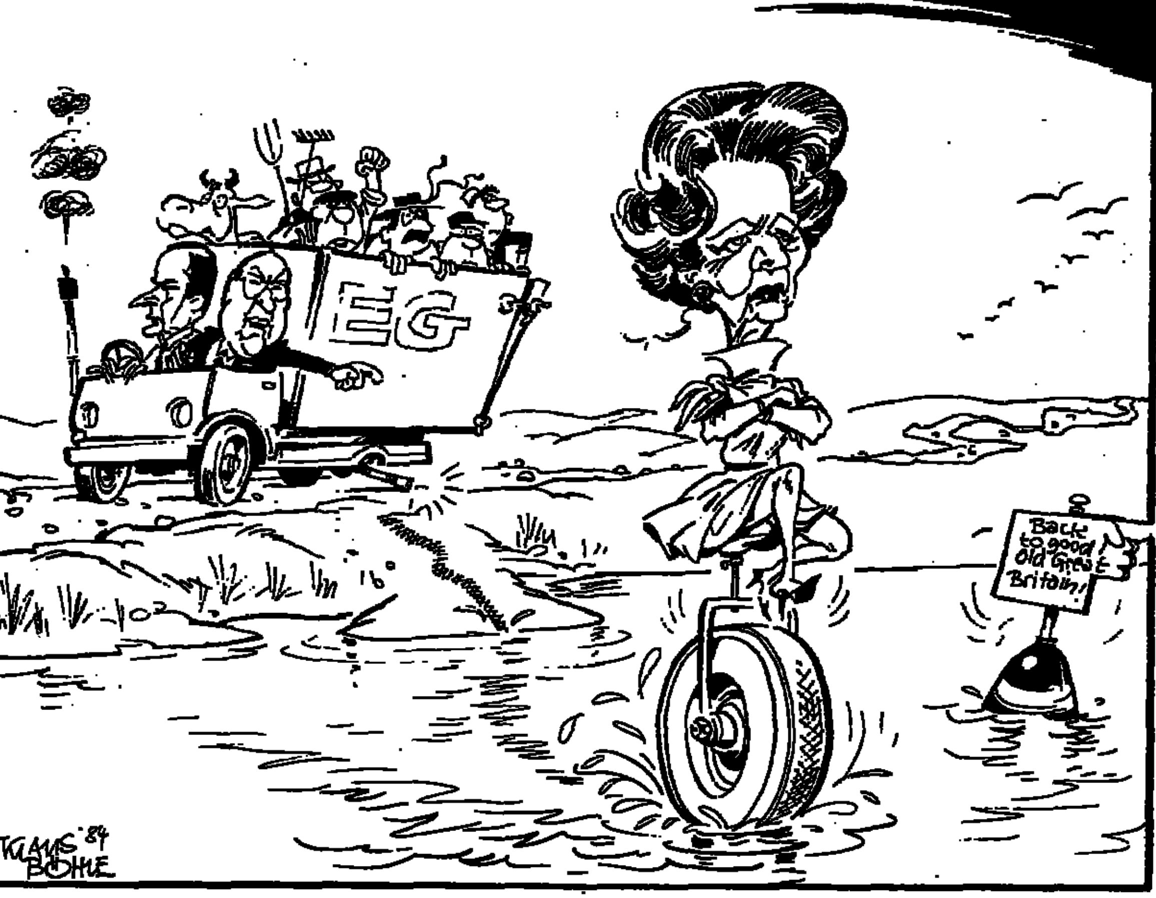
Zwar verweisen Kritiker warnend auf den militärischen Fortschritt des Warschauer Pakts; indes ist von niemanden bislang überzeugend dargelegt worden, daß die westliche Abschreckung schon zusammengebrochen sei. Die Allianz ist mehr als die Summe ihrer Teile. Aber Glotz hat sich jetzt daran begeben, die Teile aus dem Ganzen zu brechen.

Er beginnt mit dem Herauslösen der nuklearen Komponente aus der Strategie. Er behauptet – wie auch Biedenkopf und Helmut Schmidt –, das nukleare Element der Strategie sei nicht mehr mehrheitsfähig. Bemerkenswert daran ist, wie Politiker resignieren und ihren Führungsanspruch aufgeben.

Glotz beteuert ferner, daß die westliche nukleare Abschreckung im Warschauer Pakt an Glaubwürdigkeit verloren habe. Wenn man das oft genug sagt und die es eines Tages womöglich wirklich glauben, wird der Frieden davon nicht sicherer. Doch Glotz geht noch einen Schritt weiter: Die Gliederung und Ausrüstung der westlichen Streitkräfte müsse so verändert werden, daß sie auch im militärisch-taktischen Bereich nur noch defensiv kämpfen könnten.

Er will eine reine Verteidigungsarmee, die, so wie er das beschreibt, unfähig sein soll, den Feind im Gegenangriff zu werfen. Das heißt: er will den Streitkräften, die den Auftrag zur Verteidigung von der Politik erhalten, vorschreiben, wie sie den Auftrag ausführen sollen.

Gegenüber den hochmobilen Armeen des Ostens gibt es nur eine Aussicht, wirksam abzuschrecken, damit der Krieg erst gar nicht geführt zu werden braucht: Die westlichen Armeen müssen ebenfalls zum Bewegungskrieg unter Panzerschutz imstande sein. Die Fähigkeit zum Gegenangriff ist die Wurzel jeder überzeugenden Abschreckung. Hier denkt einer darüber nach, was geschieht, wenn die Abschreckung versagt. Politiker sollten für eine bessere Abschreckung sorgen. Dann würden sie der Öffentlichkeit weniger Sorgen machen.



„He, Maggie – unser Reserverad!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rette sie, wer kann

Von Ulrich Lüke

Noch in der Stunde der Wahrheit zeigten sich die Herren als Gentlemen. Als in der Nacht zum Mittwoch wieder einmal ein EG-Gipfel an der Kompromißlosigkeit Margaret Thatchers gescheitert war, verkniffen sich die anderen Regierungschefs jede verletzende Kritik.

Sie haben allerdings auch Anlaß dazu, sich zurückzuhalten. Denn alle sind sich darüber im klaren, daß Frau Thatcher dem Grunde nach im Recht ist. Die EG sollte eine Gemeinschaft des Gebens und Nehmens sein, aber eigentlich nicht in der Form, daß zwei geben und acht nehmen. Großbritannien kann zudem darauf hinweisen, daß hier tatsächlich Reiche von Armen unterstützt werden. Frau Thatcher will eine grundlegende Lösung. Die anderen meinen, daß der von ihnen unterbreitete Kompromißvorschlag doch sehr weit gegangen sei. Unter der Hand heißt es, Frau Thatcher habe wohl innenpolitische Gründe, wieder so eine Art Falkland-Sieg heimzubringen. Aber da besteht zum Spott kein Anlaß; innenpolitische Gründe hat jeder, zumal Frankreich.

Gipfelgastgeber François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl wollen auf der Tagesordnung der Europäischen Gemeinschaft künftig Margaret Thatchers Beitragsproblem nicht mehr an erster Stelle halten. Man will den Bürgern zum Sinn der Gemeinschaft mehr bieten als Nachrichten über Streit und Krisen. Einer Gemeinschaft, die acht Millionen Bauern alimentiert, aber immer noch nicht einen wirklichen Binnenmarkt geschaffen hat. Einer Gemeinschaft, die an Grenzbarrieren festhält und sich nicht einmal über die Höhe der Freimengen im innereuropäischen Reiseverkehr einigen kann. Einer Gemeinschaft vor allem, die politisch weit davon entfernt ist, eine einflußreiche Größe zu sein.

Margaret Thatcher zum Sündenbock für all die Fehler der letzten Jahre zu machen, wäre ungerecht, auch wenn Bürgerzorn tatsächlich den einen oder anderen Regierungschef dazu verleiten könnte, die Parole „Briten raus aus der EG" auszugeben. Großbritannien ist wahrlich nicht das einzige Problem der EG. In den letzten Monaten aber hat es sich entgegen allen Klischees gezeigt, daß Europa reformfähig ist. Wie bescheiden und unzulänglich es auch sein mag, bis gestern nacht lag ein unterschriftsreifes Reformpaket für die Agrarpolitik auf dem Tisch. Es gab die Einigung über die dringend notwendige Erhöhung der Europafinanzen, es gab Einigung über das Beitrittsdatum für Spanien und Portugal.

Das alles soll nach dem Willen des französischen Staatspräsidenten nicht Makulatur werden, nur weil es in Stuttgart zu einem Paket geschnürt wurde, nach dem Motto: gelingt die Reform in einem Teilbereich nicht, ist alles blockiert. Diese Stuttgarter Formel war nicht der Weisheit letzter Schluß. Allein schon die leeren Kassen werden die Regierungschefs dazu zwingen, zumindest die Agrarreform zu verabschieden. Es kann ja wohl nicht angehen, daß Brüssel in den nächsten Monaten nicht spart, weil Margaret Thatcher sich mit den anderen über ihre Milliarden nicht einigen kann.

Die Kompromisse zusammenzuhalten, erfordert eine ähnliche diplomatische Anstrengung, wie sie die Franzosen beim Zusammenstellen dieser Lösung erbrachten. Für die aktuellen EG-Probleme heißt das, die Bilanz ist in einem wichtigen Punkt getrübt – doch irgendwie werden die Zehn den Scherbenhaufen schon zusammenkehren.

Zur Gemeinschaft, pflegt Helmut Kohl zu sagen, gibt es für uns Deutsche keine Alternative. Genauso deutlich müßte er allerdings auch sagen, daß die Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft auf zunächst neun, später zehn, bald zwölf Mitglieder zentrifugale Kräfte freigesetzt hat, die schwer zu bändigen sind. Jede Erweiterung der EG – das war schon Helmut Schmidts durchaus zutreffende Einsicht – geht auf Kosten ihrer Vertiefung.



Die Dame stehenlassen? Gipfelpartner Mitterrand, Thatcher FOTO: DPA

Mitterrand und Kohl sind derselben Meinung. Sie hegen nicht die Illusion, daß im Kreis der sechs Gründerstaaten alles eitel Sonnenschein sei, wohl aber hegen sie die Hoffnung, daß auf das Fundament der EG ein neues Stockwerk gesetzt werden kann. Ein Stockwerk, in dem sich die zusammenfinden, die weitergehen wollen, die einen (nahezu) uneingeschränkten Binnenmarkt verwirklichen, die politisch tatsächlich mit einer Zunge reden, die eine gemeinsame Sicherheitspolitik entwickeln wollen.

Wenn man an diesem banal klingenden Hebelpunkt für ein künftiges vertieftes Kerneuropa ansetzt, der Verbesserung des Binnenmarktes, so gibt es das Risiko von Mißverständnissen. Die heutige EG – also die Länder außerhalb der Zwei oder Sechs des Kerns – darf nicht zu einer bloßen Freihandelszone degradiert, sie muß vielmehr fortentwickelt werden. Mit denen, die dazu bereit sind. Margaret Thatcher soll nicht aus der EG hinausgedrängt werden. Allenfalls kommt es dazu, daß sie stehenbleibt, während die anderen weitergehen. Für den Augenblick rechnet man jedenfalls nicht damit, daß Großbritannien austritt oder auch nur die Zahlungen storniert; man rechnet mit einem „endgültigen" finanziellen Arrangement Londons mit der EG im Juni.

Das größte Mißverständnis allerdings wäre es, wenn die Initiatoren des neuen Kerneuropa glaubten, damit die aktuellen Probleme der Zehner-Gemeinschaft lösen zu können. Die gehören weiterhin auf dem Ministerratstisch von Brüssel. Aber Kohl und Mitterrand haben das richtige Gespür für die Stimmung unter den Bürgern, wenn sie meinen, daß das allein nicht ausreicht.

IM GESPRÄCH G. Ranocchini

Kommunistin an der Spitze

Von Klaus Rühle

Eine der kleinsten und ältesten Republiken der Welt, San Marino, hat seit kurzem ein weibliches Staatsoberhaupt oder, genauer gesagt, ein halbes Staatsoberhaupt weiblichen Geschlechts. Denn die Verfassung von San Marino sieht vor, daß die Leitung der Zwergrepublik von einem Zweigespann wahrgenommen wird, den sogenannten „Capitani Reggenti". Jetzt besteht das Tandem aus dem Sozialisten Giorgio Crescentini und der 27jährigen Kommunistin Gloriana Ranocchini. Es ist das erste Mal, daß ein westeuropäisches Land eine Kommunistin an die Staatsspitze gestellt hat.

Gloriana Ranocchini ist ebenso hübsch wie tatkräftig. Sie stammt aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und will eine ganze Reihe von Reformen durchsetzen. Vor allem geht es ihr um das Familienrecht. In San Marino gibt es bis heute weder die Scheidung noch die Gütertrennung. Mit beiden Vorschlägen kann sich auch eine Kommunistin dort beliebt machen. Ebenso liegt ihr die Frage der San Marineser Staatsangehörigkeit am Herzen. Nach einem Gesetz aus dem 17. Jahrhundert verlieren Frauen, die einen Ausländer heiraten, automatisch das Bürgerrecht von San Marino. Ein Volksbegehren vor mehr als zwei Jahren blieb ohne Folgen. Obwohl nach der Verfassung der Minirepublik die Gesetzgebung dem aus sechzig Abgeordneten bestehenden Parlament vorbehalten ist, spricht viel dafür, daß es der Energie Frau Ranocchinis gelingen wird, ihre Reformpläne zu verwirklichen.

San Marino zählt rund zwanzigtausend Staatsbürger, von denen jedoch fast ein Drittel im Ausland, vorwiegend in Italien, lebt. Die Geschichte der Zwergrepublik beginnt im Jahre 300 n. Chr., als sich ein dalmatinischer Sklave namens Marino, Steinmetz von Beruf, der Verfolgung unter Kaiser Diokletian durch die Flucht



In San Marino gewählt: Gloriana Ranocchini FOTO: AP

entzog und auf dem Titanusberg bei Rimini eine religiöse Gemeinschaft gründete. Die neue Gemeinde gewährte immer mehr Verfolgten Asylrecht und entwickelte sich zu einem eigenen kleinen Staatswesen, dessen Unabhängigkeit im Jahre 885 Anerkennung erlangte. Der italienische Staat respektierte von seiner Gründung an die Unabhängigkeit der Republik San Marino.

Heute ist die Zwergrepublik vor allem bei Urlaubern und Briefmarkensammlern bekannt und beliebt. Staatschefin Gloriana Ranocchini dementiert nachdrücklich, schon die Parteiehre gebietet es ihr, daß San Marino wie Liechtenstein und andere Miniaturstaaten ein Steuerparadies sei. „Wir sind ein Volk, das arbeitet und produziert und einen hohen Lebensstandard hat, einen höheren als Italien. Aber für Schmarotzer ist bei uns kein Platz. Und Verbrecher haben wir hier auch nicht – abgesehen von ein paar Taschendiebstählen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der gescheiterte EG-Gipfel ist das Thema vieler Zeitungen:

THE TIMES

Das Verhalten sowohl Mitterrands wie Frau Thatchers bei getrennten Pressekonferenzen nach dem Gipfeltreffen zeigte, daß beide bereits versuchten, mögliche Kritik politischer Opponenten an der Heimatfront abzuwehren. Keiner von beiden zeigte auch nur das geringste Anzeichen zur Übernahme von Verantwortung für den Fehlschlag. **(London)**

BERLINGSKE TIDENDE

Die Konfrontation zwischen Großbritannien und den übrigen EG-Staaten wird sich nun voll entfalten. Die EG wird die Rückzahlungen an London vorläufig weiter blockieren. Margaret Thatcher will ihre Drohung wahr machen und alle Zahlungen an die EG einstellen. **(Kopenhagen)**

Il Messaggero

Es steht nun das Überleben des Gebäudes selbst auf dem Spiel, das vor 25 Jahren zur Bildung einer wirtschaftlichen und politischen europäischen Einheit geschaffen würde. Der Bruch ist total. Die Hauptverantwortung dieses Fiaskos trägt Großbritannien. **(Rom)**

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die von Frau Thatcher eröffnete Debatte führt weit über das Geld hinaus. Wenn die Eiserne Lady so sehr auf ihrer Position beharrt, dann nur, weil sie ein anderes als das jetzige Europa will. Nicht das Europa, das 60 Prozent des Geldes ausgibt, um runde acht Millionen Bauern, also kaum vier Prozent der Bevölkerung, zu unterstützen. Die Industriellen, die Geschäftsleute in Frankreich, Deutschland und Italien sind nicht weit von der Tonlage der Britin entfernt.

FINANCIAL TIMES

Die Sackgasse birgt kurzfristig das Risiko einer wachsenden politischen Kluft zwischen Großbritannien und seinen Partnern ... Viele europäische Politiker werden versuchen, eine mögliche Blockade der EG-Beiträge durch Großbritannien auszunutzen, um den Eindruck der totalen britischen Isolation und Unnachgiebigkeit zu verstärken. **(London)**

NEUE RUHR ZEITUNG

Trotz aller Zugeständnisse der anderen neun focht „Maggie" mit dem Rücken zur Wand für britische, nicht für europäische Interessen. Das britische Hemd – mag es auch noch so klein sein – scheint ihr näher zu sein als der geflickte europäische Rock. Dazu kam der Eklat durch den irischen Ministerpräsidenten. Zum erstenmal in der EG-Geschichte verließ ein Regierungschef aus Verärgerung einen Gipfel. Solange die EG nur krämerhaft als „Selbstbedienungsladen" gesehen wird, kann es keine europäische Zukunft geben. **(Essen)**

Zumindest gab es kein syrisches Diktat in Lausanne

Teilung, Krisen und Ungewißheit bleiben das Schicksal Libanons / Von Peter M. Ranke

Vor dem Abflug aus der Stadt Lausanne kaufte sich der Drusen-Chef Walid Dschumblatt (34) eine Pistole. Ein Hinweis auf das, was in Libanon nach der „Versöhnungs-Konferenz" ohne Versöhnung bevorsteht? Neun Jahre Krieg und Krise in diesem kleinen Staat haben alle Fronten so verfestigt, daß es nicht gelang, Libanon in einer neuntägigen Konferenz wieder zu befrieden und die Macht neu zu verteilen.

Man spricht in Lausanne von einem Fehlschlag, weil keine politischen Reformen und kein neues Kabinett der nationalen Einheit vereinbart werden konnten. Dieser Fehlschlag trifft vor allem Staatspräsident Amin Gemayel und den syrischen Vizepräsidenten Khaddam, den angeblich so mächtigen „Vermittler". Ein Erfolg ist aber zweifellos, daß er in Lausanne kein syrisches Diktat durchsetzen konnte – oder auch nicht wollte.

Die Syrer brauchen jetzt Ruhe in Libanon, in ihrer „West Bank", nicht zuletzt wegen innerer Machtkämpfe. Zudem sind ihnen die Stärke und der revolutionäre Elan der fanatischen Schiiten in Beirut unheimlich, weil abzusehen ist, daß der gemäßigte Amal-Chef Nabih Berri unter den Druck der „Khomeinisten" gerät. Auch die Drusen sind keine gehorsamen Bundesgenossen.

Walid Dschumblatt erwies sich in Lausanne als Enfant terrible der Konferenz. Er ist unberechenbar, auch in seinen Kontakten mit den Israelis oder der PLO. Aus diesen Gründen will Khaddam das vorsichtige Zusammenspiel zumindest mit der christlichen Kataeb-Partei des Präsidenten Amin Gemayel und seines greisen Vaters Pierre keineswegs aufgeben. Kurz: Damaskus sucht noch nach einem Gleichgewicht in Beirut und will keine unkontrollierbare Vorherrschaft der radikalen Kräfte. Syrien hat sich nach dem Sieg in Libanon ein neues Ziel gesetzt: Damaskus will mit Hilfe der Saudis und anderer Araber-Staaten Ägypten aus dem Friedensvertrag von Camp David (1979) herausbrechen. Damaskus wird dabei durch den Abzug der Amerikaner aus Beirut und die Tatsache bestärkt, daß die USA die libanesich-israelischen Abmachungen nicht retten konnten. Die syrische Strategie, die nicht die Abhängigkeit, aber die Unterwerfung der Christen vorläufig ausschließt, kam auch den sunnitischen Vertretern wie Kerame aus Tripoli und Saeb Salam aus Beirut zugute, die ähnlich den christlichen Politikern um ihren Einfluß fürchten. Wie der christliche Ex-Präsident Frandschieh, der sich gegen die Verringerung der Präsidentenmacht aussprach, wandten sich Kerame und Salam gegen geschmälerte Befugnisse für den sunnitischen Regierungschef. Damit standen sie unversehens in einer Front mit den christlichen Politikern, die die von Drusen und Schiiten angestrebte Neuverteilung der Macht in einem entkonfessionalisierten „neuen Libanon" ablehnen. Die in Damaskus gezimmerte Oppositionsfront ist durch das Ausscheiden von Frandschieh, der ein guter Freund der Präsidentenfamilie Assad ist, beträchtlich geschwächt.

Es bleibt zunächst beim Religionsproporz, wie er im Nationalpakt von 1943 zwischen Christen und Sunniten verabredet worden war. Allerdings sind auch die älteren christlichen Politiker wie Pierre Gemayel und Chamoun durchaus bereit, in Parlament und Verwaltung statt des bisherigen Verhältnisses 6:5 zu ihren Gunsten ein Gleichgewicht von 5:5 zwischen Christen und Moslems gelten zu lassen. Das war den starrköpfigen Chefs der Drusen und Schiiten nicht genug, wohl aber dem Syrer Khaddam.

Trotz zahlloser Einzelgespräche waren zentrale Konferenzthemen wie die neue Regierungsbildung und die Entscheidung, ob der „neue Libanon" ein eher säkularer Zentral-Staat oder besser eine Föderation aus drei oder vier autonomen Gebieten (entsprechend den Religionsgrenzen) sein soll, wegen der Halsstarrigkeit auf allen Seiten nicht zu lösen. Dabei entspricht der christliche Vorschlag für eine künftige Föderation am besten den Realitäten, wie sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Niemand kann heute nach unsäglichen Blutopfern und Vertreibungen Christen, Drusen oder Schiiten zwingen, zusammen zu leben. Nur ein Nebeneinander scheint noch möglich.

Die christlichen Parteien, vor allem die jetzt unabhängig von den Gemayels operierende Streitmacht „Forces Libanaises" unter Fadi Frem, nutzen das für ihre Politik der Unabhängigkeit gegenüber Syrien. Absprachen mit Drusen und sogar Israelis über ein friedliches Nebeneinander sind nicht mehr unmöglich. Denn die Christenmiliz hat auf ihrer Seite die Familie Chamoun, die aus dem Schuf stammt, als Clan politisch immer mit den Drusen zusammengearbeitet hat, für ihre Miliz aber als erste Waffen aus Israel bezog.

Die Konferenz in Lausanne hat zwar viele Hoffnungen enttäuscht, aber auch Möglichkeiten für ein Weiterleben Libanons eröffnet. Doch die Teilung ist vorläufig das Schicksal, das Land bleibt den mächtigen Nachbarn unterworfen. So ohnmächtig wie die Libanesen im Luxushotel „Beau Rivage" den abendlichen TV-Nachrichten über die Kämpfe in Beirut zuschauten, so ohnmächtig haben sich wieder ihre Politiker erwiesen.

Auch wer billig fliegt, darf bald umsteigen

Für Touristen werden die Linienflüge in die USA billiger. Was den Reisenden freut, hat aber auch seine Schattenseiten.

Von GERD BRÜGGEMANN

Mitte Februar gab das Bundesverkehrsministerium in Bonn bekannt, es habe die Tarifbestimmungen für Linienflüge nach Nordamerika so geändert, daß mit Beginn des Sommerflugplans Mitte Juni die Touristen-Preise für Transatlantikreisen wesentlich gesenkt werden könnten. Die Deutsche Lufthansa zögerte nicht und verkündete neue Preise, die teilweise um mehrere hundert Mark unter den bisherigen Tarifen liegen.

Anerkennung für diese vermeintlich gute Tat blieb beiden bisher jedoch versagt. Die fachlich orientierte Presse bezeichnete die Maßnahme nahezu übereinstimmend als unverständlich und der Präsident des Deutschen Reisebüroverbandes Otto Schneider nannte sie „dirigistisch".

Um was geht es? Die internationalen Linienfluggesellschaften haben seit Beginn der siebziger Jahre Schwierigkeiten, die damals neu angeschafften Flotten von Großraumflugzeugen rentabel zu füllen. Die Zahl der Geschäftsreisenden, die bevorzugten Kunden dieser Unternehmen, ließ sich nicht vergrößern. Den Touristen aber waren die Liniengesellschaften zu teuer. Die nun einsetzende Preisschleuderei und das Experimentieren mit zahllosen Sondertarifen erhöhte zwar den Ladefaktor, führte aber zu Erlösverfall und Verlusten.

Ende der siebziger Jahre dann entschlossen sich die Unternehmen das Tarifchaos wenigstens etwas zu entwirren. Neben der feinen ersten Klasse werteten sie die Economy-Klasse etwas auf und nannten sie Business-Klasse. Zusätzlich wurde die Touristen-Klasse geschaffen, für die ein neues Preissystem entwickelt wurde, das den Namen Holiday-Tarif erhielt und im Durchschnitt nicht einmal halb so teuer ist wie der Business-Tarif.

Um nun die Geschäftsreisenden davon abzuhalten, auf ein wenig Bequemlichkeit und den freien Ausschank alkoholischer Getränke zu verzichten, dafür aber tausend Mark und mehr zu sparen, wurden die Holiday-Tarife mit einem Zaun von Restriktionen umgeben. So muß die Buchung von Hin- und Rückflug spätestens 30 Tage vor dem Abflug erfolgen, der Mindestaufenthalt im Zielland beträgt zwei Wochen. Zubringer und Anschlußflüge müssen gesondert zu Normaltarifen gebucht werden und Umbuchungen sind nicht erlaubt.

Um den besonderen Auffüllcharakter dieses Tarifs deutlich zu machen, war er nur bei Punkt-zu-Punkt-Verkehr anwendbar von Deutschland aus also nur von den Orten, die Direktverbindungen nach Amerika haben, vor allem also Frankfurt.

Ein großer Teil der Touristen nahm diesen Tarif an und die Linienflugzeuge füllten sich wieder besser. Ein größerer Teil des Publikums jedoch mochte nicht in der dritten Klasse des Linienflugzeugs sitzen und flog lieber gleich mit einklassigen Chartergesellschaften (unter dem Stichwort ABC-Flug) in gleichen modernen Maschinen wie die Liniengesellschaften, vielfach mit großzügigerer Sitzplatzanordnung und besserem Service als in der „Holzklasse" der Linie. Und dies zu einem Preis, der noch um 100 bis 200 Mark unter den Holiday-Tarifen liegt.

Alles in allem bildete sich im Laufe der Jahre zwischen den beiden Verkehrssystemen ein relativ stabiles Gleichgewicht aus, das in letzter Zeit allerdings zunehmend durch die amerikanische Luftverkehrspolitik gestört wird. Die Amerikaner hatten in der Carter-Präsidentschaft alle Regulierungen des Luftverkehrs im eigenen Lande aufgehoben und bei dem Versuch, diese Errungenschaft zu exportieren, den europäischen Liniengesellschaften, darunter auch der Lufthansa, eine Vielzahl neuer Verkehrsrechte eingeräumt, die diese auch eifrig nutzen.

Die Amerikaner gewannen freilich den Eindruck, daß die Europäer ihre Großzügigkeit nicht angemessen honorierten und sie begannen deshalb Druck auszuüben.

Die Wünsche der amerikanischen Luftverkehrspolitiker richteten sich in erster Linie auf die Holiday-Tarife. Sie wollten sie bei Beibehaltung von Vorausbuchungspflicht und Mindestaufenthalt so umgestalten, daß Anschlußflüge, Umsteigen und ein Wechsel der Fluggesellschaft für Hin- und Rückflug möglich wird. Die Lufthansa hat sich gegen dieses Ansinnen einige Zeit gesperrt, dann aber erkannt, daß der Widerstand wohl nicht durchzuhalten ist und sich deshalb an die Spitze der Bewegung gestellt.

Lufthansa-Verkaufsvorstand Günter Eser verspricht sich von den neuen Tarifen ein „erhebliches Mehraufkommen". Die praktisch ertragslosen Zubringerflüge für Holiday-Passagiere von Hannover oder Stuttgart zum Beispiel nach Frankfurt stören, so Eser, den innerdeutschen Luftverkehr nicht, denn, so meint er, sie erfolgen durchweg zu Zeiten, in denen es sowieso kein eigenständiges Aufkommen dafür gibt. Die Preissenkungen nach Amerika lassen in der Tat zusätzliche Passagiere erwarten. Sie differieren je nach deutschem Abflughafen zwischen 302 Mark (Hamburg) und 100 Mark (Nürnberg).



Ob Linie oder Charter: Nur mit Touristen lassen sich die Großraumflugzeuge kostendeckend füllen. FOTO: DPA

Was jedoch nicht so recht klar wird, ist, wie die Lufthansa das „erhebliche Mehraufkommen" aufnehmen will. Die deutsche Gesellschaft beförderte im vergangenen Jahr auf der Nordatlantik-Strecke schon 50 Prozent des Transatlantik-Linienverkehrs; die andere Hälfte teilen sich amerikanische Gesellschaften. Genausoviele saßen in Chartermaschinen. Von den 1,125 Millionen Lufthansa-Passagieren von und nach den USA entfielen fünf Prozent auf die erste (Ladefaktor 30 Prozent), und 18 Prozent auf die Business-Klasse (Ladefaktor 40 Prozent). 77 Prozent benutzten die Tourismus-Klasse (Ladefaktor 78 Prozent).

Nun weiß jeder, der sich mit Linien-Luftverkehr beschäftigt, daß ein Ladefaktor von fast 80 Prozent praktisch nicht mehr zu erhöhen ist. Wenn die Lufthansa also nicht den Platz der hochtarifierten Geschäftsleute, die den Ertrag bringen, einschränken will, um Raum für die billig fliegenden Touristen zu gewinnen, wird sie selber das Mehraufkommen nur zum geringen Teil abfliegen können. Dieses Geschäft, wenn es denn eines ist, ginge also an die amerikanischen Luftverkehrsgesellschaften.

Nicht ohne Grund argwöhnt denn auch Reisebüro-Verbandspräsident Schneider, daß die Gewichte zwischen dem Charter- und dem Linienverkehr verschoben werden sollen, daß deutsche Charterfluggesellschaften mit Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums zugunsten amerikanischer Linienfluggesellschaftenbeabsichtigt werden könnten. Ob solche Sorgen berechtigt sind, steht noch dahin, denn bisher haben die Chartergesellschaften sich wegen ihres guten Preis-Leistungsverhältnisses immer noch als sehr lebensfähig erwiesen. Aber darum geht es gar nicht in erster Linie. Vor Preiswettbewerb, der auch den Kunden nützt, fürchten sich weder die Reisebranche noch die Chartergesellschaften. Was sie aber verärgert, ist der administrative Eingriff der Luftverkehrsbehörde in den Markt, das heißt: Sie stört der Zeitpunkt zu dem die neuen Tarifmaßnahmen in Kraft treten.

Die Organisatoren des ABC-Verkehrs nach Amerika haben ihre Prospekte für den Sommer 1984 seit Dezember vorigen Jahres auf dem Markt. Daß vom 15. Juni ab nun verbilligt auf der Linie geflogen werden kann – das Bundesverkehrsministerium wollte zunächst gar den 1. April – brachte sie in arge Verlegenheit. Um ihre Kundschaft nicht zu verprellen, sahen sie sich veranlaßt, auch ihre Flugpreise zu senken, was die größeren Unternehmen, die ja schon vor Monaten die Fluggesellschaften gechartert haben, durchaus einige Millionen Mark kosten kann.

WIE WAR DAS?

Als François Mitterrand gegen die KPF kämpfte

Von A. GRAF KAGENECK

Vor einigen Wochen gab es in der französischen Nationalversammlung einen ganz seltenen Fall: Drei Abgeordnete der Opposition wurden vom sozialistischen Kammerpräsidenten Mermaz von drei Sitzungen ausgeschlossen, weil sie die Vergangenheit des Staatspräsidenten Mitterrand als Widerstandskämpfer im Zweiten Weltkrieg in Zweifel gezogen hatten.

Ungleich wichtiger für den politischen Alltag in Frankreich ist ein anderer Aspekt der Vergangenheit Mitterrands: War er, ist er immer noch ein Anti-Kommunist? Und da gibt just ein neu erschienenes Buch erschöpfende Auskunft über die Frage.

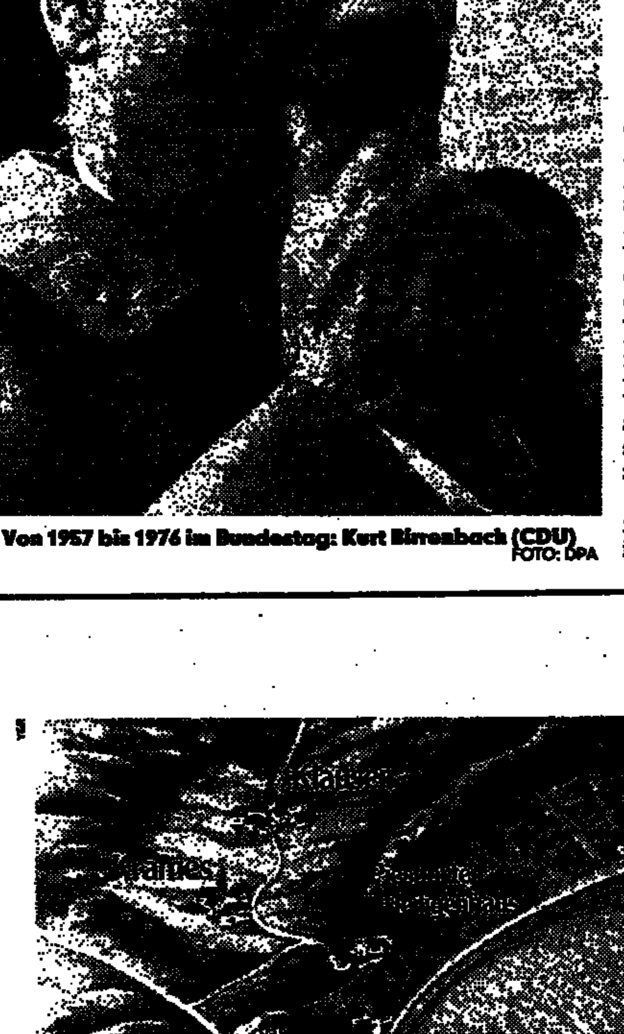
Es beschäftigt sich mit einer 1946 gegründeten politischen Partei, deren Renommee in Frankreich einmal sehr groß war, kaum jedoch über die Grenzen des Landes hinaus gedrungen ist. Sie hieß „Union der demokratischen und sozialistischen Widerstandskämpfer" (UDSR). Zu ihren Gründern gehörte, neben Gaullisten, Sozialisten und Volksrepublikanern auch ein gewisser François Mitterrand. Von Beruf Anwalt, Ex-Präsident des Kriegsgefangenen-Verbandes und frisch gewählter Abgeordneter des Nièvre-Departements. Bald konnte sich der feurige junge Mann an die Spitze der kleinen Partei schwingen.

In den Jahren bis zur Gründung der 5. Republik spielte die UDSR bei den häufigen Regierungswechseln der 4. Republik oft eine ausschlaggebende Rolle, sah sich der gewitzte Politiker Mitterrand immer wieder in den Stand des „Königsmachers" versetzt, wenn es galt, diesen oder jenen Ministerpräsidenten zu bestimmen. 1958 gehörte die UDSR mit ihren 12 Abgeordneten zu den Fraktionen der Nationalversammlung, die gegen die Verfassung der 5. Republik stimmten.

Was aber viele heute nicht mehr wissen: Mitterrand war damals keineswegs ein Sozialist, sondern ein Mann der Rechten, ja der extremen Rechten. Er war vor allem ein fanatischer Anti-Kommunist. Er hat sich damals mehrfach gegen die von den Kommunisten befürworteten Verstaatlichungspläne der ersten Nachkriegsregierungen gewandt, die er dann fast 40 Jahre später als sozialistischer Präsident Frankreichs aufgriff. 1947 war Mitterrand Minister im Kabinett des Sozialisten Ramadier, der die seit 1945 andauernde Beteiligung der Kommunisten an der Regierung beendete.

Vier Jahre später wollte Mitterrand die Verhältniswahl einführen, weil sie erlaubt hätte, alle demokratischen Parteien gegen die KPF zusammenzuschließen, die der Parteichef damals als „extremistisch" einstufte. Heute sitzen vier Kommunisten in Mitterrands Volksfrontregierung. Doch die KPF hat dem Staatschef jene Jahre nicht vergessen.

Kurt Birrenbach – der geheime Diplomat



Von 1957 bis 1976 im Bundestag: Kurt Birrenbach (CDU) FOTO: DPA

Ein Mann, der diskret und wirkungsvoll deutsche Außenpolitik beeinflußt hat, erinnert sich: Kurt Birrenbach schildert in einem neuen Buch seine Sondermissionen im Auftrag der Kanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Von GEORG SCHRÖDER

Als Bundeskanzler Adenauer im Januar 1963 in der Fraktionssitzung der CDU/CSU den Inhalt des von ihm mit General de Gaulle ausgehandelten deutsch-französischen Vertrages vortrug, widersprach ihm ein einziger Bundestagsabgeordneter der Union mit der Begründung, daß eine deutsch-französische Union unter gleichzeitiger Ablehnung des Beitritts Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft sowohl für den Bestand der EG als auch des Atlantischen Bündnisses gefährlich sein könnte. Dieser Mann war Kurt Birrenbach.

Der Sturm, den der deutsch-französische Vertrag nicht nur in Bonn entfesselte, gehört längst der Geschichte an. Aber wer weiß eigentlich, daß Kurt Birrenbach der Vater der Präambel ist, mit der gegen den Widerstand Adenauers der deutsch-französische Vertrag in die Gesamtstruktur der deutschen Nachkriegspolitik eingebaut wurde?

Besprechungen mit Jean Monnet, mit Herbert Wehner, der ebenso wie Birrenbach Mitglied des Monnet-Komitees für die Einigung Europas war, Auskünfte, die Birrenbach bei dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes über die Konsequenzen einer solchen Präambel einholte, eine geheime Reise nach Paris, um sich bei einem ihm bekannten Kabinettsmitglied der Regierung de Gaulle nach der französischen Einschätzung einer Präambel zu erkundigen, drei Unterredungen mit Konrad Adenauer – das waren die Aktivitäten Birrenbachs, an deren Ende am 16. Mai 1963 die Annahme dieser Präambel im Bundestag stand.

Ist dies ein Musterbeispiel für Außenpolitik, die ein Mann auf eigene Rechnung und Gefahr an der von ihm mitgetragenen Bundesregieurng vorbei betreibt? Diese Frage der Doppelgleisigkeit deutscher Außenpolitik hat über viele Jahre hinweg Bonn immer wieder beschäftigt, und das keineswegs erst seit der Syrien-Reise des bayerischen Ministerpräsidenten. Daß führende Männer der SPD wie Brandt und Bahr unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts eine doppelgleisige Außenpolitik entwickelten, die bewußt im Gegensatz zum offiziellen Kurs und damit zum Auswärtigen Amt stand, war peinlich, aber im Grunde nicht neu.

Aber Kurt Birrenbach ist ein anderer Fall. Wer je daran gezweifelt haben sollte, dem liegt der Gegenbeweis jetzt auf dem Tisch. Der 76jährige hat sich die Zeit genommen für ein Buch ("Meine Sondermissionen", Econ Verlag), an dem kein Historiker vorbeigehen kann, weil es viele bisher unbekannte Fakten aus zwei Jahrzehnten deutscher Außenpolitik zugänglich macht.

Kurt Birrenbach, ein deutscher Patriot, der von seinen Jugendjahren an ein leidenschaftliches Interesse der Außenpolitik entgegenbrachte, kehrte 1952 aus Argentinien zurück, um seinem Vaterland wieder dienen zu können. Er wurde der Mann von Thyssen, wurde einer der führenden Industriemanager und nutzte seine finanzielle Unabhängigkeit und zugleich seine hervorragenden Verbindungen – vor allem zu maßgebenden Amerikanern, um als Bundestagsabgeordneter und freier Mann außenpolitisch zu wirken. Ohne einen Anflug von Eitelkeit, aber – um Kurt Georg Kiesinger zu zitieren – mit analytisicher Kraft, prognostischem Mut und unglaublich zäher Beharrlichkeit pflegte er seine weltweiten persönlichen Verbindungen mit größter Diskretion und unverkennbarer Wirkung im Dienste deutscher Außenpolitik.

Dieser Hintergrund muß erwähnt werden, um zu erklären, warum die drei Bundeskanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger diesen keineswegs bequemen Kurt Birrenbach in kritischen Situationen mit Sondermissionen beauftragt haben. Der Öffentlichkeit wurde davon nur eine bekannt. 1963 hatte ihm Erhard den dornigen Auftrag erteilt, in Israel über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die gleichzeitige Ablösung geheimer deutscher Waffenlieferungen zu verhandeln.

Adenauer entsandte ihn während der Berlin-Krise 1961 in die USA. Über seine damaligen streng vertraulichen Gespräche mit führenden Amerikanern erfährt man jetzt zum Teil bedrückende Fakten. Ebenso ist vieles neu, was bei einer anderen von Erhard veranlaßten Amerika-Reise auf der Suche nach einer politischen Ersatzlösung für die gescheiterte mehrseitige amerikanisch-europäische Atomflottte erörtert wurde. Was würden die Amerikaner militärisch tun, wenn die in Böhmen einmarschierten Sowjet-Streitkräfte dort nicht an der deutschen Grenze stehen bleiben würden? Im Auftrag des Bundeskanzlers Kiesinger suchte Birrenbaach 1968 die Amerikaner von dem Ernst der Lage zu überzeugen.

Es waren Probleme, die heute nicht minder schicksalhaft sind und an deren Bewältigung Birrenbach mitwirkte.



SELBST IN PIESPORT KRIEGEN SIE MIT EINER EUROCARD NOCH DIE KURVE.

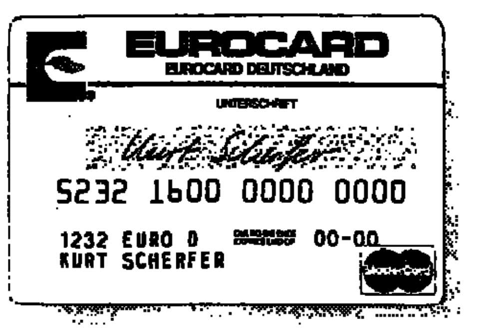
An der Alster, der Spree oder der Isar mit einer Kreditkarte zu zahlen ist einfach. Damit es auch einfach bleibt, wenn Sie das Großstadtpflaster mal verlassen, sollte auf Ihrer Kreditkarte EUROCARD stehen.

Mit nahezu 30 000 Vertragspartnern in Deutschland haben wir sichergestellt, daß Sie sogar in idyllischen Moselstädtchen zu einem guten Essen, einem guten Tropfen und einem „Gute Nacht" im Hotel kommen.

Genauso wie in allen anderen landschaftlich reizvollen Ecken Deutschlands: ob Sie im Schwarzwald ein Auto mieten, in der Lüneburger Heide eine heidschnuckelige Wolljacke kaufen oder an der Ostsee fangfrische Scholle schlemmen.

Und dieses dichte Netz bietet Ihnen EUROCARD nicht nur zu Hause: Durch die Zusammenarbeit mit Access, einer der englischen Top-Cards, und Amerika's MasterCard stehen Ihnen 3,3 Millionen Vertragspartner offen – rund um die Welt.

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postscheckamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Mysteriöser Tod am Grenzübergang Herleshausen

BERND HUMMEL, Eschwege

Bei der Paßkontrolle am nordhessischen Grenzübergang Herleshausen hat sich am Dienstagabend der 36 Jahre alte Polizeihauptmeister Rolf-Dieter Maier aus Zweibrücken erschossen. Kriminalpolizei und Grenzschutzeinzeldienst schließen nicht aus, daß der Beamte zuvor versucht hatte, in die „DDR" umzusiedeln.

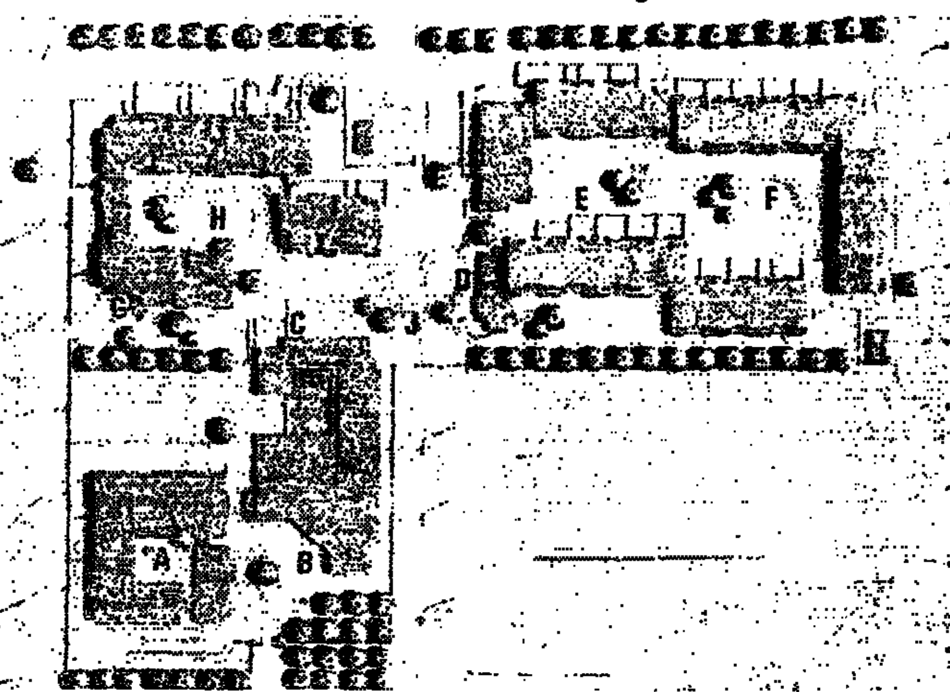
Nach ersten Ermittlungen hatte der 36jährige gegen 17 Uhr bei der Ausreise in Richtung „DDR" nach seinem Reiseziel befragt, West-Berlin angegeben. Am Abend fiel das Fahrzeug Beamten des Grenzschutzeinzeldienstes auf, als der Mann seinen Paß zur Wiedereinreise in die Bundesrepublik vorlegte. Weil er einen Führerschein nicht vorweisen konnte, wurde er mit seinem Pkw in eine Sonderspur gewinkt, auf der er während der Überprüfung warten sollte.

Als Grenzschutzbeamte den 36jährigen zu einer Befragung aus dem Fahrzeug holen wollten, war der Mann bereits tot. Er hatte sich hinter dem Lenkrad seines Wagens mit seiner Dienstpistole des Fabrikats Walter P5 durch einen Herzschuß getötet.

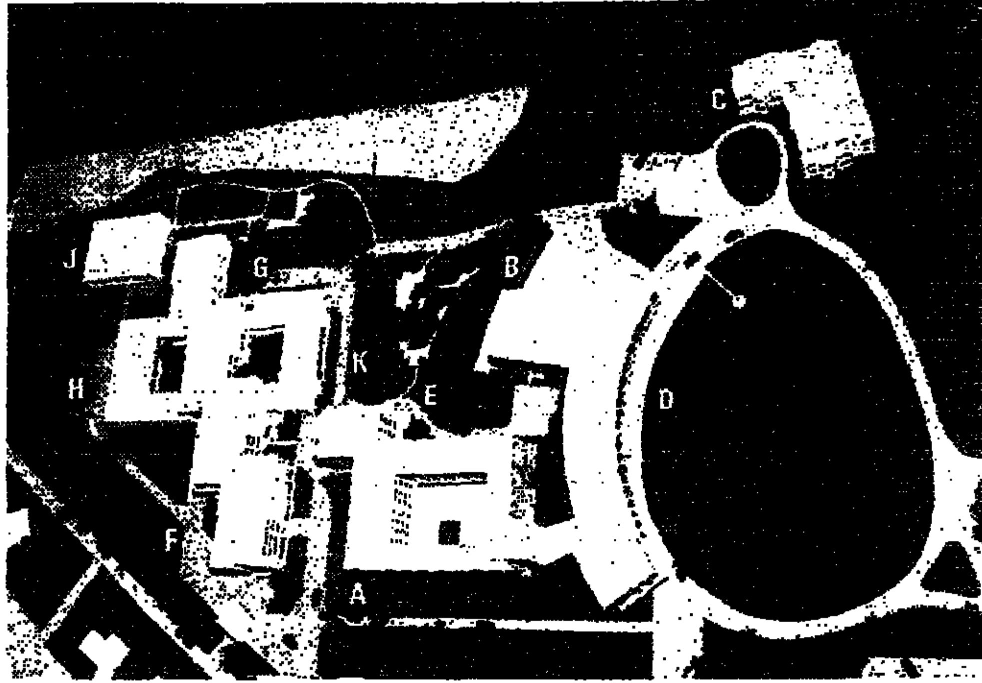
Unklar ist, wo sich der Beamte zwischen Ausreise und Wiedereinreise aufgehalten hat. Die Kriminalpolizei in Eschwege prüft derzeit, ob der in Halle an der Saale geborene Mann zuvor vergeblich versucht hatte, bei den „DDR"-Behörden am thüringischen Kontrollpunkt Wartha eine Umsiedlungsgenehmigung zu erhalten. Finanzielle Probleme und die Tatsache, daß dem Beamten vor zwei Wochen wegen eines Alkoholdelikts der Führerschein abgenommen wurde, lassen diesen Schluß zu.

Im Fahrzeug des Mannes befanden sich außer der Dienstpistole noch Handschellen sowie zwei Polizeimützen, zwei Uniformjacken und sein Dienstausweis. Die Kriminalpolizei schließt daraus, daß der 36jährige am „DDR"-Übergang Wartha von den „DDR"-Grenzposten nicht genauer kontrolliert wurde.

Deutschland und die Sowjetunion bauen neue Botschaften in Moskau und Bonn



Deutsche Botschaft in Moskau auf den Leninhügeln: A: Botschaftskanzlei. B: Mehrzweckbau mit Empfangssaal, Schwimmbad, Turnhalle. C: Schule für die deutschen Kinder im Bereich des Mehrzweckbaus. D: Kindergarten. E: Großer Wohnkomplex für die Angehörigen der Botschaft und das Personal. F: Teich in einer hügeligen Gartenlandschaft. G: Wohnung für den Gesandten der Botschaft. H: Zweiter Wohnbereich für Mitarbeiter. J: Schulhof. FOTO: ROGALLA



Die Botschaft der Sowjetunion auf der Viktorshöhe in Bonn: A: Kanzleigebäude. B: Großer Eingangsbereich mit Repräsentationsräumen für Empfänge und Kino. C: Die alte Botschaft, das Haus „Viktorshöhe". D: Große Diplomatenauffahrt. E: Botschaftsgarten. F: Wohntrakte für Diplomaten und Botschaftspersonal. G: Club der Botschaft mit Bar und Billard. H: Schule. J: Turnhalle. K: Turmförmiger Anbau mit Wohnung für den Botschafter. FOTO: KEIL

Auf der Viktorshöhe wurden die Bäume numeriert

Von EVI KEIL

Als die Botschaft bis in die siebziger Jahre in Rolandseck saß, überflutete der Rhein im Winter regelmäßig den Eingang zur Botschaft. Solche Sorgen mit wiederkehrendem Hochwasser gehören für die Sowjets endgültig der Vergangenheit an. Um die Viktorshöhe in Bad Godesberg zu überschwemmen, „müßten schon die Polkappen schmelzen", so ein Sowjetdiplomat. In einer sehr kurzen Bauzeit von nur drei Jahren will der sowjetische Bauingenieur Gratschow das Prestigeobjekt, die neue Botschaft, mit sämtlichen Nebengebäuden, fertigstellen.

Der Auftrag für den Neubau der Botschaft ging an die deutschen Firmen Hoch-Tief und Wayss-Freytag, Frankfurt. Vorher wurde im Bonner Auswärtigen Amt ein Übergabeprotokoll unterzeichnet, das eine umweltfreundliche Klausel enthält: Jeder wertvolle Baum im Bereich der Viktorshöhe wurde numeriert und muß erhalten werden. Gratschow zur WELT: „Das hat uns die deutsche Seite vorgeschlagen, den Park auf jeden Fall zu bewahren".

Die Sowjets haben es in dem alten englischen Garten besonders leicht, Einrichtungen für die Kinder der Botschaftsangehörigen einzuplanen. Und da wurde fast an alles gedacht: An ein Schwimmbad, an die Schaukel, die Rutsche, an ein Schach im Freien und an eine Torwand. Im Club finden die Eltern Billard und Bar.

Dem Bestreben, möglichst autark zu sein, Kontakte nach außen zu vermeiden, dienen weitere Einrichtungen: Im halbrunden Empfangsgebäude werden ein Kino und eine Bibliothek für den Hausgebrauch untergebracht. Am Rande des Parks entsteht ein Volleyball- und ein Tennisplatz. Das bisherige Wohnhaus der Sowjets in der Peter Schwingenstraße im Bereich des Metzentals in Bad Godesberg, soll verkauft werden. Gratschow verweist auf ein Regierungsabkommen mit Bonn aus dem Jahr 1974. Auch die deutsche Botschaft in Moskau soll ihre bisher genutzten Gebäude, außer der Residenz, an den sowjetischen Staat zurückgeben.

Das große Projekt der deutschen Botschaft in Moskau bereitet den Verantwortlichen viel größere Sorgen. Die Sowjets verlangten ursprünglich, den großen Baukomplex, in dem sie die Rohbauten erstellen, in Fertigteilen zu bauen. Sie stießen auf den heftigen Widerstand der deutschen Seite. Bonn setzte sich durch: Es bleibt bei der anspruchsvolleren konventionellen Bauweise. Dies haben sowjetische Handwerker aber so gut wie verlernt. Das Gros ihrer eigenen Bauten entsteht mit Fertigteilen. Die deutsche Seite wünschte aus diesem Grunde, für alle Arbeiten deutsche Firmen einzusetzen. Die sowjetische Seite ihrerseits, die zum Beispiel für den Bau des Leningrader Flughafens schwedische Spezialisten heranzog, lehnte dies ab. Die „deutsche Visitenkarte", die man so gerne möglichst vollständig in Moskau abgeben möchte, wird sich deshalb vor allem auf den Innenausbau erstrecken.

Wie die Sowjets legen auch die Deutschen Wert auf Autarkie: Kanzlei, Wohnungen, Schule, Turn- und Schwimmhalle, Tennis und Teich samt Seerosen entstehen umzäunt auf exterritorialem Territorium.

Der deutsche Architekt Dieter Rogalla rechnet mit einer Gesamtbauzeit von vier bis fünf Jahren. Der strenge russische Winter erlaubt nicht ein so schnelles Bauen wie in Bonn. Die Inneneinrichtung ist dem Hamburger Architekturbüro Mensinga, Rogalla und Partner nicht übertragen worden, obwohl es sinnvoll wäre, „aus einem Guß" zu bauen und zu planen.

„DDR" verstärkt Grenzsperren nach Hessen

BERND HUMMEL, Eschwege

Die „DDR" baut entlang der innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen ihre Hinterlandsperren weiter aus. Das Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel gab bekannt, daß zu diesem Zweck derzeit über 200 „DDR"-Soldaten eingesetzt sind.

Zwischen der nordhessischen Ortschaft Rittmannshausen und der „DDR"-Gemeinde Ifta wird durch ein 30 Mann starkes Arbeitskommando ein zweiter Schutzstreifenzaun errichtet. Er verläuft parallel zum eigentlichen Hinterlandzaun, der dort erst im Herbst 1983 durch zusätzliche Signaldrähte – insgesamt 24 – verstärkt worden war.

Nach Mitteilung des BGS sind außerdem 130 „DDR"-Pioniere nahe Wanfried eingesetzt, um auf zwei Kilometer Länge zwischen Hildebrandshausen und Katharinenberg (Thüringen) einen neuen Hinterlandzaun zu errichten. Ähnliche Arbeiten werden auch von einem 60 Mann starken Arbeitskommando nahe der „DDR"-Ortschaft Treffurt ausgeführt. Beim BGS in Kassel geht man davon aus, daß der Verstärkung der „DDR"-Hinterlandsperren der Abbau von Selbstschußanlagen des Typs SM 70 folgen soll. Sie wurden an der Grenze zu Hessen auf bislang 13,5 Kilometer Länge demontiert.

Spendenaktion soll Umsiedlern helfen

E. N. Bonn

Die Bahnkapazität der „DDR" reicht nicht aus, um die Umzüge der seit Jahresbeginn bisher in den Westen entlassenen 10 300 Bewohner der „DDR" zu bewältigen. Auf diesen Umstand hat der „Bund der Mitteldeutschen" am Mittwoch in Bonn hingewiesen. Weil jetzt zunehmend Unternehmen aus der Bundesrepublik im Auftrag diese Umzüge durchführen, entstehen den Aussiedlern Kosten, die sie mit ihren Mitteln kaum bezahlen können.

Der Präsident des Bundes, Manfred Schmidt, möchte die Anfangsschwierigkeiten der deutsch-deutschen Aussiedler mit einer bundesweiten Spendenaktion „Deutsche helfen Deutschen" mildern, wobei Beträge für diesen Zweck bei allen Banken, Sparkassen und Postscheckämtern unter diesem Stichwort auf das Konto 12 12 12 eingezahlt werden können. Über die Auszahlung der Mittel befindet ein Spendenausschuß unter Beteiligung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Da besonders viele „DDR"-Aussiedler nach Berlin (West) ziehen möchten, macht der „Bund der Mitteldeutschen" darauf aufmerksam, daß dort Hunderte von (Sozial-)Wohnungen leer stehen, weil sie den Berlinern zu teuer sind.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Nur wenig über grüne Perspektiven

Attacken gegen die etablierten Parteien / Rückkehr in den Landtag fraglich

STEFAN HEYDECK, Tübingen

Otto Schily, einer der drei Sprecher der Grünen im Bundestag wettert gegen die „Alt-Parteien". Mit betont leiser, schleppender Stimme und dem ihm eigenen ironisierenden Ton macht er ihnen Vorhaltungen zum Beispiel wegen der Parteienfinanzierung, stellt die politische Moral amtierender und ehemaliger Minister in Frage.

Dabei, so bekundete er vorher, hat er etwas gegen polemische Ausfälle. Er setze sich lieber argumentativ mit dem politischen Gegner auseinander. Davon ist an diesem Abend in Tübingen, beim letzten von einem halben Dutzend Einsätzen in Baden-Württemberg vor den Wahlen am Sonntag, so gut wie nichts zu spüren.

Unklar ist noch, ob die Grünen, die 1980 mit 5,3 Prozent erstmals den Einzug in einen Landtag geschafft hatten, die Rückkehr schaffen. Denn ihre sechs Abgeordneten der „ersten Stunde" treten nicht mehr an. Doch die im Baden-Württemberg etwa 5000 Mitglieder zählende Partei gibt sich zuversichtlich, die erforderlichen knapp 250 000 Stimmen wieder zu holen. Für sie spielen die Streitigkeiten um die früheren Sprecher, Wolf-Dieter Hasenclever und Winfried Kretschman, sowie der sich abzeichnende Kurswechsel im Wahlkampf jetzt keine Rolle mehr. Auch nicht der Krach um Holger Heimann, dessen Anmeldung für die Wahl vergessen wurde und der daraufhin empfahl, die SPD zu wählen.

So gibt sich Bundesvorstandsmitglied Ali Schmeißner zuversichtlich, daß z. B. in Tübingen, wo 1980 mit 9,9 Prozent das drittbeste Ergebnis erzielt wurde, diesmal noch auf zwölf Prozent zugelegt werden kann. Auch Otto Schily meint, wachsende Zustimmung auszumachen: Man könne noch zulegen.

Doch so recht scheint sein einstündiger Vortrag an diesem Abend bei dem über 500 Besuchern in der Hepper-Turnhalle in der Universitätsstadt nicht zu verfangen. Schily setzt sich nämlich fast ausschließlich mit den anderen Parteien auseinander. Das aber wollen die überwiegend jungen Grünen-Wähler offenbar nicht hören. Sie wollen etwas über die Perspektiven ihrer Partei erfahren.

Das weiß auch das promminente „Aushängeschild", als er selbstkritisch bei der anschließenden Diskussion meint: „Es sollte eigentlich keine Veranstaltung der Grünen geben, wo nicht auch über Wald- und Bodensterben geredet wird." Anders als in Schwäbisch-Hall oder Karlsruhe, wo die Forderungen nach möglichen Bündnissen mit der SPD und Vorbehalte gegen das Rotationsprinzip beklatscht werden, wird in Tübingen mit Schweigen reagiert.

Zur Diskussion darüber kommt es jedoch praktisch nicht mehr. Denn plötzlich blockieren fünf Mitglieder der Marxistischen Gruppen mit Vorwürfen die Aussprache. Auch die Grünen haben inzwischen ihrer Störer von linksaußen – wenn auch noch in gemäßigter Form.

300 Millionen für Umweltforschung

Bundeskabinett verabschiedete gestern ein Programm für die nächsten vier Jahre

HEINZ HECK, Bonn

Über 300 Millionen Mark will Forschungsminister Heinz Riesenhuber im Vierjahreszeitraum 1984 bis 1987 aus seinem Etat für Umweltforschung bereitstellen. Das geht aus dem gestern vom Kabinett verabschiedeten Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie" hervor.

Zusammen mit Investitionszuschüssen für Vorhaben der Umweltforschung von über 200 Millionen Mark stellt das BMFT insgesamt rund 530 Millionen Mark bereit (Mittelfristige Finanzplanung).

Die Politik der Bundesregierung sei „konsequent und zielgerichtet" darauf angelegt, alle schädlichen Emissionen aus Abluft, Abwasser oder festen Abfällen weitestgehend zu beseitigen und andere Umweltbelastungen zu vermeiden, heißt es in dem Programm. Forschung und Technologie könnten und müßten mit dazu beitragen, die Voraussetzungen und Handlungsspielräume für die Umweltpolitik zu verbessern, indem sie:

– ökologische Zusammenhänge und kausale Ursachen/Wirkungsketten aufklären und

– umweltfreundliche Techniken vor allem bei industriellen Produktionsprozessen entwickeln und bis zur Anwendungsreife vorantreiben.

Wirksamer Umweltschutz und gesunde Wirtschaft seien keine Gegensätze; sie müßten vielmehr als Einheit gesehen werden: „Ökologie ist Langzeitökonomie, denn gerade in unserem dicht besiedelten und hochindustrialisierten Land hat es sich gezeigt, daß Umweltschutz auch ein Gebot ökonomischer Vernunft ist."

Die Ziele einer zukunftsorientierten Umweltpolitik müßten mit denen zum Beispiel der Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik in Einklang gebracht, also bei konkurrierender Zielsetzung in die Güterabwägung einbezogen werden. „Umweltschutz muß dabei den Vorrang haben, soweit die Gesundheit der Bevölkerung oder die langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet ist."

Umweltpolitik müsse sich an drei Leitlinien orientieren:

– Umweltschutz dürfe sich nicht in der Abwehr drohender Gefahren und der Beseitigung eingetretener Schäden erschöpfen; schädliche Umwelteinwirkungen müßten schon im Vorfeld der Gefahrenabwehr möglichst gering gehalten werden. Das Programm sieht daher bereits Handlungsbedarf, wenn Schadenszuordnungen in naturwissenschaftlichem Sinne „noch nicht mit letzter Sicherheit möglich sind" (Vorsorgeprinzip).

– Die Kosten für Vermeidung, Beseitigung oder Ausgleich von Umweltbelastungen seien dem Verursacher zuzurechnen (Verursacherprinzip).

– Umweltpolitische Entscheidungen müßten in enger Kooperation mit den Ländern, den Unternehmern und Arbeitnehmern, den Verbänden der betroffenen Bürger sowie der Wissenschaft vorbereitet werden (Kooperationsprinzip).

Anzeige

Kabinettsitzung vom 8. Juli 1981: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit Staatssekretär Kurt Becker (rechts), in der Mitte Beckers Stellvertreter Lothar Rühl.

Welches Gewicht hat Genscher?

Von Kurt Becker

Siebzehn Monate lang haben Kurt Becker und Hans-Dietrich Genscher gemeinsam am Bonner Kabinettstisch gesessen. Der eine als Regierungssprecher der sozialliberalen Koalition, der andere als Vize-Kanzler und Außenminister. Diese Position hat Genscher auch nach der Wende, die er so befördert hat, behalten. Ist auch sein Einfluß geblieben?
Helmut Schmidt war ein außenpolitischer Regierungschef. Nachfolger Helmut Kohl ist dies nicht. Kann Genscher dies ummünzen in politisches Gewicht, oder wächst daraus Rivalität und damit Verunsicherung, die durch das rastlose Reisen des Münchner Hobby-Außenpolitikers Franz Josef Strauß noch genährt würde?
Zehn Jahre ist Genscher im Amt; weltweit übertrifft ihn da nur der sowjetische Kollege Gromyko (27 Jahre). Das brachte viel Professionalität, nicht jedoch: Kreativität, intellektuelle Phantasie. Sein Pragmatismus steht dem Entwurf neuer außenpolitischer Gedanken im Wege. Seine konzeptionelle Kraft erschöpft sich oft darin, den Gang der Dinge durch Verfahrensregeln in Ordnung zu halten.
Lesen Sie Kurt Beckers Analyse diese Woche in der ZEIT.

DIE ZEIT

Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur.

Außerdem in dieser ZEIT:

Angst vor dem Sturm
Michael Jungblut plädiert für neue Ideen und Initiativen zur Vermeidung einer Ausbildungskatastrophe.

Awhopabaloopba! Awhopbamboom!
Michael O. R. Kröhers Dossier über 30 Jahre Rock'n'-Roll.

Anwalt der Entrechteten oder Anbeter der Gewalt?
Rüdiger Wischenbart sprach mit Jean Genet, einem Autor, der seit Jahrzehnten schweigt.

Vorsorge ohne Biß
Mathias Hacker: Warum die Deutschen noch immer so schlechte Zähne haben und ihren Zahnärzten jährlich 15 Milliarden zahlen.

Und im ZEITmagazin:

Der Überfall
Helmut Gollwitzer erinnert sich anhand erst jetzt veröffentlichter Privatfotos deutscher Soldaten aus dem Rußlandfeldzug.

„Altersgrenze auf 65 Jahre heraufsetzen“

Forum in Tutzing zum Thema „Renten 2000“

GISELA REINERS, Bonn

Bei Rentenfachleuten und Politikern verdichtet sich immer mehr die Ansicht, daß künftig länger gearbeitet werden muß, wenn die Renten bezahlbar bleiben sollen. Auf einem Forum „Renten 2000“ der Politischen Akademie Tutzing wurde deutlich, daß für absehbare Zeit dies die einzige politische Reaktion auf die Gefahr sein kann, die dem jetzigen Rentensystem durch den ungesunden Bevölkerungsaufbau droht.

Während alle anderen Daten für die Zeit nach der Jahrtausendwende im Dunkeln liegen, sind die Zahlen über die Rentner und die Arbeitsfähigen für die Jahre 2030, ja sogar 2050 schon jetzt klar. Durch den Geburtenrückgang, der Ende der sechziger Jahre einsetzte, wird sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern auf 3:2 im Jahr 2030, auf etwa 1:1 im Jahr 2050 verschlechtern. Die Entwicklung wird verschärft dadurch, daß die Menschen immer früher in Rente gehen - im Durchschnitt schon mit 58 Jahren – und daß die Lebenserwartung auf mehr als 70 Jahre gestiegen ist. Das bedeutet, der einzelne Rentner wird immer teurer, denn er zahlt kürzer Beiträge und bezieht länger Leistung. Dies zwingt zum Handeln, wenn nicht die Beiträge ins Unbezahlbare steigen oder die Renten auf das Unerträgliche schrumpfen sollen.

Da über Wirtschaftswachstum, Produktivitätsfortschritt, Arbeitslosigkeit, internationale Arbeitsteilung und Zu- oder Abwanderung von Ausländern keine annähernd sicheren Prognosen abgegeben werden können,bietet sich nach Professor Helmut Meinhold, Vorsitzender des Sozialbeirats, nur ein Bündel von Lösungen an. Es werde u.a. bestehen aus Rentenkürzungen, Beitragserhöhungen, einer Harmonisierung der Versorgungssysteme und eben aus einer Heraufsetzung der Altersgrenze.

Dem stimmte auch der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Helmut Kaltenbach zu: „Die größte Gefahr für das Rentensystem liegt in der Demographie.“ Die Altersgrneze müsse wieder auf 65 Jahre heraufgesetzt werden. Eine Modellrechnung der BfA habe ergeben, daß eine Beitragserhöhung nicht notwendig werde, wenn alle Arbeitnehmer bis 65 weiterarbeiten würden. Eine nur maßvolle Anhebung von jetzt 18,5 auf etwa 23 bis 25 Prozent statt 30 bis 35 Prozent werde fällig, wenn man davon ausgehe, daß nicht alle Arbeitsfähigen auch eine Arbeitsstelle hätten. Aufjeden Fall werde ein späterer Renteneintritt das Problem mildern.

Bei den Parteien stößt dieser Plan im Prinzip auf Zustimmung. Vom FDP-Wirtschaftsminister war diese Ansicht schon früher zu hören. Auch der Sozialexperte der SPD-Fraktion, Eugen Glombig, hält die Lösung für „vernünftig“. Er gab in Tutzing jedoch zu bedenken, daß man in dieser Zeit hoher Arbeitslosigkeit, in der man danach trachte, junge Leute in Arbeit zu bringen, indem man die Älteren vorzeitig nach Hause schicke, in einen Zielkonflikt gerate. – Auch Professor Meinhold warnte davor, jetzt schon die Hinausschiebung der Altersgrenze zu beschließen; sonst gebe es 2030 womöglich noch mehr Rentner. Kaltenbach glaubt, daß in den 90er Jahren entschieden werden muß, wenn über die Entwicklung von Wirtschaft und Produktivität verläßlichere Daten vorliegen.

Seite 2: Erstens kommt es anders

„Die Schönheitsfehler werden ernst genommen“

CSU-Wahlanalyse / SPD-Verluste auf dem Land

PETER SCHMALZ, München

Das Ergebnis der bayerischen Kommunalwahl droht das Klima zwischen München und Bonn zu verschlechtern. Nachdem die CSU nach der noch immer nicht endgültigen Auszählung in den kreisfreien Städten und Landkreisen gegenüber 1978 vier Prozent eingebüßt hat und auf 50,7 Prozent abgerutscht ist, sucht die CSU-Spitze zunehmend die Schuld dafür in der Bonner Politik.

Nach ersten Andeutungen von Parteichef Franz Josef Strauß bereits am Tag nach der Wahl vertieft nun Generalsekretär Gerold Tandler den Vorwurf, eine mangelhafte Diskussion über die Erblast der sozialliberalen Koalition habe sich für die CSU negativ ausgewirkt. Im „Bayernkurier“ schreibt Tandler in einer ersten Wahlanalyse, in der Bevölkerung sei das Bewußtsein weitgehend verlorengegangen, das schmerzhafte Bonner Sparbeschlüsse „das Ergebnis liberalsozialistischer Mißwirtschaft“ sind. Die nach dreizehnjähriger SPD/FDP-Herrschaft vorgefundene Erblast sei „von den Unionsparteien zu früh, vielleicht aus einer an sich verständlichen Rücksichtnahme auf den neuen Koalitionspartner FDP heraus, aus den politischen Diskussionen und Argumenten herausgelassen“ worden. „Die CSU wird diese Praxis gründlich überdenken und überprüfen“, kündigt Tandler an.

Insgesamt sieht der CSU-Generalsekretär im Wahlausgang eine „Bestätigung auch der kommunalpolitischen Stabilität“ der CSU, dennoch werde jeder „Schönheitsfehler“ ernst genommen. Die SPD, so Tandler, sei „keineswegs der große Sieger“, als der sie sich selbst feiert.

In der Tat konnte die SPD nur in den Großstädten ihre Position gegenüber 1978 deutlich ausbauen, während sie auf dem Land sogar weitere Verluste hinnehmen mußte und landesweit ihr Ergebnis von 1978 (29,8 Prozent) mit nun 29,6 Prozent nur knapp behaupten konnte. Mit 3 Prozent haben die erstmals angetretenen Grünen die FDP klar geschlagen, die von 2,5 auf 2,1 Prozent gesunken ist. Tandler bewertet dies als ein Zeichen dafür, daß die FDP „in der politischen Landschaft noch immer keinen sicheren Standort gefunden hat, von dem aus die tödliche Gefahr der 5-Prozent-Marke als abgewendet angesehen werden kann“. Erwartungsgemäß angestiegen ist der Anteil der Wählergemeinschaften von 10,2 auf 11 Prozent.

Unterdessen werden in München die Stimmzettel nochmals gezählt, nachdem Auszählungsfehler entdeckt wurden. Kreisverwaltungsreferent Gauweiler verfügte eine Informationssperre, nach zu verlässigen Informationen bahnt sich aber eine neue Überraschung an. Hatte das in der Nacht zum Mittwoch verkündete vorläufige Endergebnis eine Mehrheit von SPD (35) und Grünen (6) im achtzigköpfigen Stadtrat ergeben, während das bürgerliche Lager aus CSU (34), SPD (4) und Münchner Block (1) über nur 39 Mandate verfügen konnte, so scheint inzwischen sicher, daß die CSU ein weiteres Mandat dazugewinnt. Somit würde eine Pattsituation von 40 : 40 eintreten, bei der die Stimme des Oberbürgermeisters den Ausschlag geben würde. Möglich erscheint aber sogar die knappe bürgerliche Ratsmehrheit von einem Sitz.

Rebellen in Sudan erhalten Libyens Hilfe

M. GERMANI, Johannesburg

Die USA und Sudan haben erneut Libyen des Angriffs auf die sudanesische Stadt Omduran bezichtigt. US-Außenminister Shultz sprach von „unprovoziertem aggressiven Verhalten“; er warnte die Regierung Khadhafi zugleich, die nach Ägypten verlegten Flugzeuge mit dem Frühwarnsystem Awacs anzugreifen. Sudans UNO-Delegierter behauptete in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, die angreifende Maschine sei vom libyschen Stützpunkt Kufra gekommen. Der Angriff sei Teil einer „ununterbrochenen Serie aggressiver Akte und Bedrohungen von seiten Libyens gegen die Sicherheit des Sudan.

Amerika verspricht Hilfe

Schon im Februar 1983 hatte Washington zwei Awacs-Maschinen geschickt, nachdem ein Angriff Libyens befürchtet worden war; im August hatte Präsident Reagan in einer persönlichen Botschaft an Staatschef Numeiri versichert, „Aggressionen gegen den Sudan“ nicht zu dulden.

Strategisch nimmt das mit acht Milliarden Dollar hochverschuldete Land für die USA einen wichtigen Platz bei einer eventuellen Bedrohung der Golfstaaten ein. Im vergangenen Jahr erhielt Sudan 200 Millionen Dollar an Wirtschafts- und 50 Millionen Dollar an Militärhilfe von den USA. Weitere Zahlungen kommen aus Saudi-Arabien, nicht ohne Grund: Etwa 50 Prozent der 20 Millionen Sudanesen sind Araber. Dreiviertel der Bevölkerung, hauptsächlich im Norden, gehören dem Islam an. Die schwarze Bevölkerung des Südens ist teils christlich, teils animistisch.

Numeiri, der 1969 als Oberst die Zivilregierung von Mohamed Maghoub stürzte, gehört selbst dem Islam an und führte auf Druck der Fundamentalisten im Lande im September vergangenen Jahres die islamische Rechtsprechung (Sharia) wieder ein.

Die Sharia wurde gegen den Widerstand des schwarzen, christlich-animistischen Südens eingeführt und hat der Guerrilla Auftrieb gegeben. Die Rebellen fordern eine Sezession vom Norden.Bereits von 1955 bis 1972 tobte ein Bürgerkrieg, der mehr als eine Million Menschenleben forderte. Numeini gelang es dann, mit dem „Vertrag von Addis Abeba“, Frieden mit den Anyanya-Rebellen (Gift der Kobra) zu schließen: Er gestand ihnen eine halbautonome Regierung mit einer Hauptstadt, Juba, zu.

Unterstützt werden die Anyanya-Rebellen von Libyens Staatschef Khadhafi, der nur zu gut weiß, welche Hilfe Numeiri dem jetzigen Präsidenten des benachbarten Tschad, Hissen Habre, geleistet hat, um den Khadhafi-Schützling Weddeye zu stürzen.

Offiziere verhaftet

Numeiri beschuldigt nicht nur Libyen, sondern auch Äthiopien, Kuba und Iran, die Rebellen zu unterstützen. Obwohl er bisher drei Wahlen haushoch gewonnen hat und die Macht fest in den Händen zu halten scheint, wurden seit August mehr als 20 Armee-Offiziere unter der Beschuldigung verhaftet, einen Coup geplant zu haben.

Der Präsident versucht sich den Rücken freizuhalten, indem er sich um eine Aussöhnung mit dem Süden bemüht. Er berief einen erfahrenen Politiker, Clement Mboro als Minister in sein Kabinett, um mit den Guerrillas zu verhandeln. Beobachter erwarten, daß Mboro Numeiri zu überzeugen versucht, im Interesse der Einheit des Landes wieder eine Regional-Regierung im Süden einzusetzen, die Einnahmen aus den Ölquellen gerechter zu verteilen.



Springer bei Shamir in Jerusalem

(DW.) Zu einem politischen Meinungsaustausch traf sich am 21. März der Berliner Verleger Axel Springer mit dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir (auf dem Foto rechts) an dessen Amtssitz in Jerusalem. Ausführlich kamen dabei auch wieder die israelischen Sorgen über die Möglichkeit deutscher Waffenverkäufe an Saudi-Arabien zur Sprache.

Angebliche Äußerungen des Bundeskanzlers in Washington hatten die Diskussion darüber erneut entflammt. Nach Presseberichten soll Helmut Kohl gesagt haben, Bonn müsse seinen durch das Khomeini-Regime bedrohten arabischen Freunden, besonders Saudi-Arabien, auch deshalb helfen, weil Israel noch immer Waffen an Iran liefere und damit helfe, den Golf-Krieg zu verlängern.

Zu diesem Thema erklärte ein Sprecher des Premierministers in dessen Gegenwart: „Seit mindestens drei Jahren sind keinerlei Waffen mehr aus Israel an Iran geliefert worden.“ Shamir hatte sich für das Gespräch mit Springer ausführlich Zeit genommen, obwohl er wegen der letzten innenpolitischen Entwicklungen in großer Terminnot war.

Man nimmt in Jerusalem allgemein an, daß sich auf der Knesset-Sitzung vom 22. März eine Mehrheit für vorgezogene Parlamentswahlen in Israel finden wird.

FOTO: SAD

Die Tami-Partei erzwingt Neuwahlen

Israels Wirtschaftsmisere und Libanon-Verstrickung als Ursache / Chancen für Peres

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Heute entscheidet das israelische Parlament über einen Antrag auf vorgezogene Wahlen. Solche Anträge sind für die Knesset nichts Neues. Auch die Begründung, die katastrophale wirtschaftliche Situation des Landes, ist seit Jahren die Regel. Neu ist vielmehr, daß der Wunsch nach Neuwahlen nicht von der oppositionellen Arbeiterpartei gestellt wird, sondern von der Tami-Partei.

Die Tami war bei den letzten Wahlen angetreten, „das Los der benachteiligten (orientalisch-stämmigen) Mitglieder der israelischen Gesellschaft zu verbessern“. Hintergrund: Der damalige Religionsminister Abuhazeira fand sich in einer Reihe finanzieller Skandale verwickelt. Um davon abzulenken, spielte er auf die teilweise berechtigten Ressentiments der orientalisch-stämmigen Juden an, die sich von den etablierten Parteien übergangen fühlten.

Bei den Wahlen des Jahres 1981 errang die Tami drei Mandate. Ihr fiel bei den knappen Mehrheiten in der Knesset die Rolle eines Züngleins an der Waage zu. Auf Empfehlung Abuhazeiras schloß sich die Tami der Regierungskoalition unter Begin an.

Israels Feldzug in Libanon führte in seiner Konsequenz zu einer Erosion des politischen Gewichts der Tami. Als indirekte Folge trat auch der populäre Ministerpräsident Menachem Begin zurück. Sein Nachfolger Shamir konnte nie die Beliebtheit seines Vorgängers erreichen.

Die Kosten der Intervention in Libanon führten zu einer Zuspitzung der chronischen Wirtschaftsmisere. Der neue Finanzminister Cohen Orgad war gezwungen, drastische Sparnahmen durchzusetzen, die naturgemäß die sozial schwachen Bevölkerungsschichten am härtesten trafen, also die potentiellen Wähler der Tami. Viele ihrer früheren Wähler zeigten sich mit Recht von der Tami enttäuscht, denn außer lautstarken Parolen gegen die Benachteiligung der Sephardim hatte die Partei wenig für ihre Klientel getan.

Da trifft es sich gut, daß der Chef der Arbeiterpartei, Peres, jetzt rasch handeln muß: Meinungsumfragen beweisen, daß die Arbeiterpartei sich in einem stetigen Aufwind befindet. Nicht wegen Peres, der bei den meisten Israelis unbeliebt ist, sondern trotz Peres. Die Arbeiterpartei profitiert vielmehr aus den Fehlern des Likud: Der katastrophalen Wirtschaftslage (fast 200 Prozent Inflation) und der unpopulären Verstrikkung israelischer Soldaten in Libanon. In dieser Situation hat der frühere Staatspräsident Yitzhak Navon zu verstehen gegeben, daß er als Parteivorsitzender und potentieller Regierungschef zur Verfügung steht. Navon, der in Israel sehr populär ist, hat ein zusätzliches Plus, das für die Tami bei Wahlen ein Todesurteil bedeuten könnte: Er ist Sepharde.

Diese Lage hat die seltsame Koalition Peres-Abuhazeira geschaffen. Nur durch gemeinsames Handeln kann der Chef der Arbeiterpartei jetzt Wahlen erzwingen, die ihm, wie es zur Zeit aussieht, das heißbegehrte Amt des Premiers einbringen könnten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Peres Abuhazeira durch großzügige Zusagen überzeugen konnte, gerade jetzt die wirtschaftliche Misere Israels zu „entdecken“.

Weizmans Partei soll Israel „retten“

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Kaum hatte sich die israelische Öffentlichkeit mit der Vorverlegung der Wahlen um ein Jahr vertraut gemacht, da platzte eine neue Bombe: Begins einstiger Favorit und jetziger Erzfeind, der ehemalige Verteidigungsminister und Generalmajor i. R., Eser Weizman, kehrt nach drei Jahren Rückzug aus der Politik mit der Ankündigung zurück, er werde eine Wahlliste unter seiner Führung aufstellen. Der wahrscheinliche Name: Mahal – ein Akronym der hebräischen Worte für „Partei zur Rettung Israels“.

In einem Fernseh-Interview sagte er: „Noch nie hat in Israel ein solches Gefühl der Unsicherheit geherrscht wie jetzt, eine solche Bedrücktheit, eine solche soziale, ethnische und religiöse Zerklüftung ...“

Falls er gewählt wird, strebt Weizman an, einen neuen Weg zum Zusammenleben mit den Arabern einzuschlagen. Er fordert den Rückzug aus Libanon nach gewissen Sicherheitsregelungen.

Weizmans Entschluß hat den Überlegungen der großen Parteien einen Strich durch die Rechnung gemacht. Um das zu verstehen, muß man seine auch jetzt noch große Popularität und seine Vergangenheit in Betracht ziehen. Er war Kampfflieger in der britischen Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg, dann im israelischen Unabhängigkeitskrieg, später Kommandant der Luftwaffe. 1977 leitete er mit großem Erfolg Begins Wahlkampf, wurde Verteidigungsminister und war zusammen mit seinem Schwager Moshe Dayan wesentlich am Zustandekommen des Friedensvertrages mit Ägypten beteiligt.

Drei Jahre später überwarf er sich mit Premier Begin, weil dieser „die historische Gelegenheit eines gemeinsamen Weges mit der arabischen Welt“ ungenützt hatte verstreichen lassen, und zog sich aus der Politik zurück.

Bezeichnend für Weizmans Haltung ist, daß er keine Überläufer aus den jetzigen Koalitionsparteien annehmen will: „Wer bei einem Vertrauensvotum für die jetzige Regierung – insbesondere nach Libanon – seine Hand erhoben hat, der ist für mich nicht annehmbar.“ (SAD)

Tarifstreit verschärft sich weiter

dpa/DW. Frankfurt

Begleitet von Warnstreiks sind am Mittwoch die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in der fünften Runde ergebnislos abgebrochen worden. In beiden Fällen kritisierte die IG-Metall, daß sich die Arbeitgeber bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche unnachgiebig gezeigt hätten. Nach Angabe der IG Metall-Zentrale in Frankfurt hatten bis zum Mittag etwa 20 800 Metaller an kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen teilgenommen. Den Schwerpunkt bildete danach Nordrhein-Westfalen mit 10 200 Beschäftigten in 56 Betrieben. In Baden-Württemberg sollen sich laut Gewerkschaft 7900 Arbeitnehmer in sechs Betrieben für eine halbe Stunde im Ausstand befunden haben. Genannt wurden in diesem Zusammenhang Daimler-Benz in Untertürkheim mit 5000 Metallern und Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen mit 2300 Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz nahmen in sieben Betrieben nach Darstellung der IG Metall gut 2000 Arbeitnehmer an Warnstreiks teil, während es im Saarland rund 600 waren.

Das Tarifgespräch für die 940 000 Beschäftigten der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen in Krefeld wurde nach zwei Stunden abgebrochen. Einen neuen Gesprächstermin gibt es derzeit nicht. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber sagte, die Metallarbeitgeber seien bereit, über eine generelle Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Nur eine Stunde saßen die Tarifpartner der rheinland-pfälzischen Metallindustrie in Mainz zusammen, bevor die Tarifverhandlungen für die etwa 130 000 Beschäftigten in diesem Industriezweig vorerst abgebrochen wurden.

Der Verhandlungsführer für Arbeitgeber in Mainz sagte anschließend, es solle nicht für alle Zeiten an der 40-Stunden-Woche festgehalten werden. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation mit den gravierenden Strukturproblemen könne eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit wegen der Gefährdung vorhandener Arbeitsplätze jedoch „jetzt und in absehbarer Zeit“ nicht in Frage kommen.

Nach einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag des Magazins „Stern“ sind etwa 56 Prozent der Bundesbürger für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Danach sprachen sich 20 Prozent für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und 17 Prozent für einen längeren Jahresurlaub aus.

Anzeige

PHILIPS

Das „Merken“ intelligent gelöst.

Merk + Findsystem im Philips 595 Pocket Memo.
Bitte verlangen Sie: „Erfahrungen mit Philips Pocket Memos“ und Bezugsquellen b. Bürofachhandel.
Philips Data Systems W 1
GB Bürotechnik, Postfach 10 53 23, 2000 Hamburg 1

START

Investitionen anpacken

Investitionen sind notwendig. Wir müssen investieren, um die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart zu lösen. Und die Zukunft zu meistern. Diese Investitionen kosten Geld. Wir geben es Ihnen. Durch Leasing. Als Investitionskredit. Oder Mietkauf. Je nachdem, welche Lösung sich für Sie am besten eignet.



GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (02 02) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal

Ein Fiasko ohne Rachsucht, doch wie geht es nach dem gescheiterten EG-Gipfel weiter?

Die schon geschnürten Reformen der EG bleiben in der Schwebe

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Scheitern des Brüsseler Gipfels hat die Europäische Gemeinschaft erneut in Ungewißheit und Ratlosigkeit gestürzt. Niemand am Sitz der EG vermochte gestern die Folgen des Mißerfolgs genau abzuschätzen. Bis auf weiteres jedenfalls bleibt das gesamte „Paket" zur Reform der Gemeinschaft in der Schwebe. Das hat vor allem erhebliche Auswirkungen für die acht Millionen Landwirte im Zehner-Europa.

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand hat zwar die Absicht bekundet, die im Vorfeld des Gipfels getroffenen Vereinbarungen über die Agrarpreise und die Begrenzung der Milcherzeugung auch ohne Einigung über den britischen Beitragsausgleich in einen Ratsbeschluß umzusetzen. Ob dies gelingt, ist indes zweifelhaft. Ein Beschluß würde die Bereitschaft Bonns voraussetzen, trotz der ungeklärten anderen Punkte des „Stuttgarter Pakets" den deutschen Grenzausgleich für Agrarprodukte zu senken. Ebensosehr gilt als fraglich, ob Italien und Griechenland sich noch an den Agrarkompromiß gebunden fühlen, falls es nicht gleichzeitig zu einer Erhöhung der EG-Einnahmen und damit zu einem größeren finanziellen Spielraum für Projekte in den wirtschaftich zurückgebliebenen Regionen der Gemeinschaft kommt.

Schon vor zwei Jahren hatte der Ministerrat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Großbritannien bei den Agrarpreisverhandlungen zu überstimmen. Ein ähnlicher Schritt ist heute weniger wahrscheinlich, weil der Druck auf schnelle Agrarbeschlüsse geringer geworden ist. Die Landwirte müssen ohnehin bei den wichtigsten Erzeugnissen erstmals mit Preissenkungen rechnen.

Immerhin hat Margaret Thatcher nach dem Scheitern des Gipfels ausdrücklich auf den „Luxemburger Kompromiß" hingewiesen, der in Fragen von vitaler politischer Bedeutung Mehrheitsabstimmungen ausschließt. Die Landwirtschaftsminister der EG werden sich am kommenden Montag erstmals mit der veränderten Lage beschäftigen.

Wie wird sich London entscheiden?

Als eine Eskalation im Streit mit den EG-Partnern würde eine Entscheidung Londons betrachtet werden, die weitere Blockierung des britischen Beitragsausgleichs für 1983 mit einer Einbehaltung eines Teils der britischen Zahlungen nach Brüssel zu beantworten. In einer dreiminütigen formellen Ratssitzung hatten Frankreich und Italien nach dem Abbruch des Gipfels der Freigabe dieser bereits im Juni 1983 ausgehandelten Rückerstattung von rund 1,7 Milliaden Mark widersprochen. Margaret Thatcher kündigte daraufhin an, sie werde über etwaige Gegenmaßnahmen zunächst mit den zuständigen Mitgliedern ihrer Regierung beraten.

Das Scheitern der Bemühungen um eine dauerhafte Neuverteilung der Finanzlasten ist nach einhelliger Meinung der übrigen Gipfelteilnehmer ausschließlich der kompromißlosen Haltung der britischen Premierministerin zuzuschreiben. Dagegen versuchte Frau Thatcher die Schuld besonders den kleineren EG-Ländern zu geben, die Nettoempfänger aus der Brüsseler Kasse sind. Für diese Länder (vor allem die Beneluxstaaten und Dänemark) wäre es nach ihrer Meinung nicht schwer gewesen, auf einen Teil ihrer Zuflüsse zu verzichten. Dagegen wäre Großbritannien über eine Annahme des Angebots der Neun erheblich schlechter weggekommen als in früheren Jahren.

Das „letzte Angebot" an die Briten sah eine Ermäßigung der Mehrwertsteuerüberweisungen Londons an die EG um jährlich 2,25 Milliarden Mark vor und zwar für einen Zeitraum von fünf Jahren. Dieser Betrag entspricht etwa der Hälfte des bisherigen britischen Nettobeitrags. Margaret Thatcher bestand jedoch auf einen „Rabatt" von mindestens 2,81 Milliarden Mark. Sie war allenfalls bereit, im ersten Jahr auf einen niedrigeren Betrag zu gehen.

Vor der Presse betonte die „eiserne Lady" erneut ihre Forderung nach einer dauerhaften Lösung des Beitragsproblems. Der von der französischen Präsidentschaft entworfene Mechanismus für den Ausgleich sei zwar für London akzeptabel, nicht aber die angebotenen Beträge. Auch für die Bundesregierung war das geplante Modell kompromißfähig, da es die Möglichkeit eröffnete, die deutschen Beitragsleistungen zu begrenzen. An dem zuletzt angebotenen Betrag wollte sich Bonn nicht – wie sonst üblich – mit 36 Prozent, sondern nur mit 24 Prozent beteiligen, was von allen Partnern außer den Briten akzeptiert wurde. Ein „Rabatt" von über 2,25 Milliarden Mark hätte die Bundesrepublik noch stärker in eine Zahlmeisterrolle gebracht.

Darf Irland mehr Milch produzieren?

Strittig blieb in den fast 30stündigen Beratungen bis zuletzt auch die von den Iren gewünschte Ausnahmeregelung bei den Milchquoten. Schon die Landwirtschaftsminister hatten vor dem Problem kapitulieren müssen. Dublin verlangt, daß seine Bauern nicht weniger, sondern mehr Milch als zum gegenwärtigen Zeitpunkt produzieren dürfen. Premierminister Garret FitzGerald verließ deshalb zeitweilig den Sitzungsraum, um einen Druck auf die übrigen Regierungschefs auszuüben.

Gegen die irischen Ausnahmewünsche machten wiederum vor allem die Briten Front. Frau Thatcher wollte den Bauern in der Republik Irland nicht mehr Konzessionen machen, als sie die Landwirte in Nordirland erhalten. Nach allgemeiner Auffassung wäre der Gipfel indes an dieser Frage nicht gescheitert. Immerhin waren die Staats- und Regierungschefs Dublin bereits durch die Gewährung einer zusätzlichen Milchquote von 400 000 Tonnen im Jahr und das Angebot einer Finanzhilfe aus dem Brüsseler Agrarfonds deutlich entgegekommen.

Die Bundesregierung rechnet es sich als einen Verhandlungserfolg an, daß die Aufstockung der EG-Einnahmen nach den gegenwärtigen Plänen zunächst auf 1,4 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer begrenzt wird. Erst durch einen einstimmigen Ratsbeschluß soll diese Grenze von 1988 an auf 1,6 Prozent heraufgesetzt werden können.

Unklar ist schließlich, ob auch der vorgesehene Zeitplan für den Beitritt Spaniens und Portugals aufrechterhalten bleibt. Erstmals war ein Termin (30. September 1984) für den Abschluß der Verhandlungen in den Entwurf eines Gipfelkommuniques aufgenommen worden. Nur in diesem zeitlichen Rahmen wäre es möglich, die Ratifikation der Beitrittsverträge und der Einnahmeerhöhung bis zum 1. Januar 1986 abzuschließen.





Margaret Thatcher FOTO: AP



François Mitterrand FOTO: AP



Garret FitzGerald FOTO: AP

Am Morgen machte „Maggie" einen Fehler – dann lief nichts mehr

Von BERNT CONRAD

Achtundzwanzig Stunden lang hatte das Tauziehen in Brüssel gedauert – mit taktischen Winkelzügen, persönlichen Angriffen und zwischenzeitlich aufflackernden Hoffnungen, mit Überredungsversuchen unter vier Augen und einem immer wieder erneuerten Nein Margaret Thatchers. Um 22.20 Uhr schließlich mußte Präsident François Mitterrand das Fiasko verkünden: Alle Mühe war umsonst gewesen; die Europäische Gemeinschaft stand vor einem Scherbenhaufen.

Das Drehbuch für einen solchen Ausgang, bei dem alle als Verlierer dastanden, schien vorgezeichnet: Zorn und Rachsucht, Untergangsstimmung und beleidigende Vorwürfe waren kaum zu vermeiden. Doch es kam ganz anders. Nicht gellende Fanfaren, sondern gestopfte Trompeten bestimmten ein verblüffend gedämpftes Tonbild. Von Mitterrand und Helmut Kohl bis hin zur „Eisernen Lady" zeigte sich jeder bemüht, den anderen zu schonen und die Tür zu künftigen Arrangements offenzuhalten. Als ein britischer Fernsehreporter seine Premierministerin fragte: „Keine Verbitterung?", erwiderte sie spontan: „Nein, keine Verbitterung."

Tatsächlich hatte sich die Atmosphäre der Gipfelkonferenz mit dem näherrückenden Scheitern paradoxerweise versachlicht. Waren die zermürbenden, bis lange nach Mitternacht dauernden Diskussionen des ersten Tages von Teilnehmern noch als „wild" und „außerordentlich scharf" charakterisiert worden, so ging es am zweiten Tag eher geschäftsmäßig zu. Zwar klafften die Meinungen unverändert auseinander, aber man giftete sich nicht an.

Wie bei allen Europäischen Räten der letzten Jahre stand am Beginn des Abschlußtages ein deutsch-französisches Frühstück. Mitterrand und Kohl steckten ihre gemeinsame Marschroute ab. Darüber äußerte sich ein Sprecher des Staatspräsidenten sehr befriedigt. Gerade das wird Frau Thatcher nicht gefallen haben. Sie stand ohnehin unter dem Eindruck, bei ihrem Ringen um einen niedrigeren britischen Finanzbeitrag mit dem Rücken zur Wand zu stehen und deshalb um so härter kämpfen zu müssen. Dieses Gefühl verleitete die Briten dazu, am Dienstagmorgen eine Chance auszuschlagen, die ihr schon am Nachmittag nicht mehr geboten wurde.

Es handelte sich um ein neues Vorschlagspapier, das Experten der französischen Präsidentschaft in den letzten Nachtstunden ausgearbeitet hatten. Danach hätte Margaret Thatcher 1984 mit einer Milliarde Ecu (europäische Verrechnungseinheit), 1985 mit 1,1 Milliarden und dann in jedem Jahr mit weiter erhöhten Rückzahlungen aus dem EG-Haushalt rechnen können. Aber die energische Dame lehnte das als ungenügend ab.

Dieser Fehler war nicht wiedergutzumachen. Denn die anderen Partner rasteten sichtlich ein. War „Maggie" unnachgiebig, so konnten sie es ebenfalls sein.

Doch nicht nur die Britin machte Schwierigkeiten. Auch der irische Premierminister Garret FitzGerald wurde zunehmend unwillig. Ihm ging es um die Milch, deren Produktion er auf der „Grünen Insel" nicht, wie im übrigen Europa, reduzieren, sondern erhöhen will. Auf Kompromißvorschläge reagierte er um so verdrossener, als sie auch noch von Engländern, Dänen und Holländern verworfen wurden. Schließlich stand FitzGerald ärgerlich auf und ging aus dem Saal.

> „Neun Nationen gegen eine Mauer von Starrsinn geprallt"
>
> Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi zum gescheiterten EG-Gipfel

Daß dies ein „Protest-Auszug" sein sollte, merkten die Journalisten allerdings früher als die Gipfelteilnehmer. Erst aufgrund einer Bonner AP-Meldung fragte die deutsche Delegation bei den Iren nach, ob deren Chef wirklich „ausgezogen" sei. „Er ist noch im Haus", lautete die vielsagende Antwort. FitzGerald hatte seinen Außenminister Peter Barry als „Stallwache" bei den Beratungen gelassen und wollte anscheinend im Fall verbesserter irischer Aussichten selbst wieder zurückkehren. Frau Thatcher kommentierte später: „Ich halte einen Auszug nie für einen guten Schritt."

Währenddessen drängte der Bundeskanzler im Kreis der Amtskollegen auf rasche Ergebnisse. Als jemand anregte, die Sitzung zu unterbrechen und zum Lunch zu gehen, winkte Kohl energisch ab: „Ich halte mehr davon, zu arbeiten. Das Essen können wir uns sparen." Das wurde akzeptiert. Um sich mit Experten abzusprechen, ging der Pfälzer dann kurz in das deutsche Delegationsbüro. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kam bald darauf nach und sagte: „Wir müssen jetzt rauf zum Essen." Kohl überrascht: „Warum denn das?" Genscher: „Kaum warst du draußen, haben sie das Essen doch beschlossen."

Am Nachmittag ergriff der Kanzler eine konkrete Initiative. Er richtete einen Appell zur Verständigung an alle Partner und schlug vor, den Briten fünf Jahre lang je eine Milliarde Ecu als Rückzahlung zu bewilligen. „Es war eindrucksvoll, wie acht andere Delegationen den Plan Helmut Kohls unterstützten", berichtete der Bundesaußenminister.

Frau Thatcher erbat Bedenkzeit. Die Sitzung wurde unterbrochen. In einem bilateralen Tête-à-tête bemühte sich der Kanzler mit Geduld und Nachdruck, die britische Kollegin zu überzeugen. Vergeblich – Maggie sagte „no". Immer wieder gab es nun Verhandlungspausen, traten Delegationen zusammen, redeten besorgte Partner, allen voran Tagungsleiter Mitterrand, auf Frau Thatcher ein. Die versuchte ihrerseits, mehr herauszuschlagen. „Wie wäre es, wenn wir im ersten Jahr eine Milliarde und im zweiten Jahr 1,25 Milliarden Ecu bekämen?" fragte sie die Teilnehmer. Aber keiner stimmte zu.

Jetzt ging nichts mehr. Als die Britin dies merkte, schien sie etwas nachdenklich, ja unsicher zu werden. Doch es war zu spät. Der französische Präsident, der zwei Tage lang unendliche Geduld bewiesen hatte, erklärte die Konferenz für beendet. Anschließend erhielt Frau Thatcher in einer nur drei Minuten dauernden formellen Ministerratssitzung noch einen abschließenden trockenen Kinnhaken: Italien und Frankreich blockierten die Auszahlung der schon auf dem Stuttgarter Europagipfel im Sommer vergangenen Jahres grundsätzlich bewilligten Rückzahlung an England für 1983.

Die „Eiserne Lady" zeigte Wirkung. Etwas blaß geworden, drehte sie unruhig einen Kugelschreiber zwischen den Fingern. Aber sie nahm auch diesen Schlag mit Fassung hin. Über eventuelle Gegenmaßnahmen wollte sie nichts sagen. „Darüber müssen wir noch im Kabinett beraten", meinte sie, nun schon wieder mit etwas Rouge auf den Wangen, zurückhaltend vor der Presse. Auf die Frage: „Ist die Gemeinschaft gefährdet?" antwortete sie kühl: „Nein." Ihre Prognose: „Wir müssen es natürlich noch einmal versuchen."

Genauso sah es Helmut Kohl: „Ich bleibe bei meiner Überzeugung, daß dieser mühselige, manchmal aufregende, auch deprimierende Prozeß des Aufbaus Europas durchgestanden werden muß. Es gibt für uns keine Alternative für Europa", sagte er gelassen, ohne eine Spur von Depression. Offensichtlich waren sich der Kanzler und Mitterrand schon vorher darin einig gewesen, die europäischen Geschäfte trotz des Fiaskos energisch weiterzuführen.

Frau Thatcher kehrte nicht in Sack und Asche aus Brüssel zurück

FRITZ WIRTH, London

Nun weisen aus den Trümmern des Brüsseler EG-Gipfels wieder einmal alle Zeigefinger strafend auf das „perfide Albion". Das Erstaunliche an diesen europäischen Wehklagen über Frau Thatcher ist eigentlich jedoch nur noch die Tatsache, daß ihren Verhandlungspartnern seit dem stürmischen EG-Gipfel von Dublin im Jahre 1979 und der Serie folgender Gipfelkräche immer noch nicht die Fähigkeit zum Staunen abhanden gekommen ist.

Wer heute noch Überraschung oder gar Verdruß über Taktik, Stil und Substanz der britischen Europapolitik unter Margaret Thatcher zeigt, beweist eigentlich nur, daß er diese Frau und ihre Politik immer noch nicht begriffen hat. Ein solches Versäumnis aber ist politische Fahrlässigkeit.

Für viele Staatsmänner in der Welt mag es ein Alptraum sein, sich auf einer internationalen Konferenz plötzlich in einer Minderheit von 1 zu 9 zu sehen. Diese Frau jedoch hat die Nerven, mit solchen Konstellationen fertig zu werden. Mehr noch: Sie ist in der Lage, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Es sind Duelle dieser Art, wie sie in den letzten beiden Tagen in Brüssel geschlagen wurden, die ihr die Chance geben, sich als britische Nationalistin, Patriotin und Kämpferin zu profilieren. Das genau ist der Stoff, aus dem ihre Popularität bei den Briten und ihr Image von der „eisernen Lady" geschnitten sind.

Wer also glaubt, Frau Thatcher kehre in Sack und Asche aus Brüssel zurück, irrt. Denn was in den anderen neun Ländern als eine Niederlage beweint wird, verbreitet in Großbritannien deutliche Siegerlaune. So ist nun einmal das Europaklima in diesem Lande.

Reform zu eigenem Nutzen?

Frau Thatcher hat in den letzten Wochen immer wieder betont, daß die Reformen, die sie anstrebt, kein britisches, sondern ein europäisches Problem seien. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß diese Gemeinschaft besonders mit ihrer Finanz- und Agrarpolitik von Grund auf reform- und reparaturbedürftig ist. Man sollte auf der anderen Seite jedoch nicht den Briten erlauben, hinter diesem Schutzschild die Rolle des Europaretters zum Nutzen eigener Interessen zu spielen.

Tatsächlich hat es seit dem britischen EG-Betritt vor zwölf Jahren beträchtliche Änderungen in der britischen EG-Haltung gegeben. Edward Heath war ein überzeugter europäischer Fundamentalist. Seine Nachfolger als Premierminister von Harold Wilson bis Margaret Thatcher dagegen sind und waren überzeugte europäische Minimalisten, die mit einem Minimum an politischem und finanziellem Engagement ein Maximum an materiellem Nutzen zu erzielen versuchten.

Die Frage nach Brüssel ist: Wie lange werden die Briten diesen Poker weiterspielen, und wo ist die Grenze in diesem Spiel? Es gibt keinen Zweifel, daß Frau Thatcher innenpolitisch noch sehr viel Spielraum für eine Fortsetzung ihrer Taktik hat. Es gibt im Augenblick eine spürbare Anti-Europastimmung im Lande, die durch eine Meinungsumfrage des „Guardian" in dieser Woche ausgewiesen wurde, nach der 55 Prozent der Briten heute bei einem Referendum für einen EG-Austritt stimmen würden. Frau Thatcher hat mit diesem Argument auch geschickt in Brüssel agiert und behauptet, sie brauche eine Lösung, die sie daheim verkaufen könne.

Kampfreden vor dem Gipfel

Tatsächlich aber sollte man diese Umfragen nicht überbewerten. Die Europastimmung in diesem Lande ist seit Jahren höchst wandelbar und nicht zuletzt das Ergebnis der von der Regierung verfolgten Europapolitik. Frau Thatcher aber hat im Vorfeld des Brüsseler Gipfels mit mehreren Reden eine deutliche Kampf- und Konfrontationsstimmung geschaffen.

Sie glaubte, daß dies für Brüssel nützlich sei. Sie kann jedoch auch anders. Vor knapp einem Jahr spielte sie im Unterhauswahlkampf nur mit positiven Europakarten, die ein derart proeuropäisches Klima schufen, daß die Labour Party sich nach der Wahl veranlaßt sah, ihre EG-Politik, die bis dahin auf den Austritt programmiert war, zu ändern und auf proeuropäischeren Kurs zu gehen.

Wesentlich enger aber ist für die britische Regierung nach Brüssel der außenpolitische Spielraum. Seit dem Grenada-Konflikt ist für Frau Thatcher die atlantische Brücke zumindest leicht beschädigt. Die Affäre ist bis heute noch nicht bereinigt und vergessen. Vor dem Hintergrund dieser anglo-amerikanischen Klimastörungen kann sie es sich jetzt kaum erlauben, in die europäische Isolation zu gehen.

Hier liegen die wirklichen Grenzen des britischen EG-Pokers, und hier ist der Punkt, wo ihr vor allem das britische Außenministerium, das seit Jahren unglücklich ist über den europäischen Konfrontationskurs, wie er von Downing Street aus gesteuert wird, Stopsignale in den Weg stellen wird.

„We live to fight another day", sagte Frau Thatcher unverdrossen nach dem Brüsseler Gipfelsturz. Das klingt zwar kämpferisch, ist aber zugleich ein Signal dafür, daß die Tür zu neuen Verhandlungen weiter offen ist. Für die neun auf der anderen Seite des Pokertischs ist es nützlich zu wissen: die „eiserne Lady" hat außenpolitisch nicht die besten Karten in der Hand. Ihrem Vermögen, nein zu sagen, sind Grenzen gesetzt.

Tiefe Enttäuschung nach dem Brüsseler EG-Gipfel

■ Fortsetzung von Seite 1

Weniger versöhnlich gab sich der redegewandte Bauernführer François Guillaume. Wenige Stunden nach dem Mißerfolg in Brüssel war er der erste, der die Stimmung unter den Politikern seines Landes widergab. „Jetzt müssen wir eben ein Europa ohne Großbritannien konstruieren", erklärte Guillaume. „In der Gemeinschaft gibt es einen Partner, der nicht mitspielt, und deshalb müssen Konsequenzen gezogen werden."

Etwas nuancierter, aber in derselben Richtung, gab Allain Juppe, Berater des französischen Oppositionschefs Jacques Chirac, den Ratschlag, nun ein „Europa der Neun" ins Leben zu rufen. „Wenn man die Probleme nicht mit allen zehn Partnern regeln kann, dann eben nur mit denen, die dieselbe Europa-Konzeption haben."

Ungewöhnlich undiplomatisch zeigte sich auch einer der französischen EG-Kommissare, der ehemalige gaullistische Landwirtschaftsminister Edgar Pisani. Im französischen Fernsehen meinte Pisani: „Die Europa-Idee darf nicht nur deshalb geopfert werden, damit Großbritannien in der Gemeinschaft bleibt. Es ist jetzt wichtig, daß die Engländer verstehen, daß Grenzen für ihre unbeugsame Haltung bestehen."

ROM: „Neun Nationen gegen eine Mauer von Starrsinn geprallt." Mit diesen Worten kommentierte der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi das Scheitern des Brüsseler EG-Gipfels, das die linksliberale Zeitung „La Repubblica" gestern morgen mit der Schlagzeile „die Thatcher torpediert Europa" plakatierte. „Starrsinnig", so Craxi, habe die Premierministerin alle ihr angebotenen Kompromißvorschläge in der Frage des englischen EG-Beitrags zurückgewiesen. Die britische Regierung habe sich damit über die Grundregel des Europäischen Rats hinweggesetzt, die „gegenseitiges Verständnis und Bereitschaft zu vernünftigem, ausgewogenem Übereinkommen" vorschreibe. Im Gegensatz zum letzten EG-Gipfel in Athen seien in Brüssel „viele Fragen gelöst" worden. Ein positiver Abschluß habe sich angekündigt. Aber dann habe die Weigerung von Frau Thatcher, einen Beitragskompromiß zu akzeptieren, einen „Rückschlag mit Kettenreaktion" bewirkt, der alle getroffenen Entscheidungen wieder suspendiere.

BRÜSSEL: Der Europäische Rat einigte sich auf eine Reihe von Entscheidungen und Richtlinien, um eine Wiederbelebung der Gemeinschaft sicherzustellen und eine solide Grundlage für ihre weitere Entwiklung in diesem Jahrzehnt zu schaffen." So lautete der erste Satz des überarbeiteten Schlußkommunique-Entwurfs, den französische Diplomaten im Auftrage ihres Staatschefs François Mitterrand am frühen Morgen des zweiten Tages der Brüsseler EG-Gipfelkonferenz in den sieben Amtssprachen der Europäischen Gemeinschaft an die übrigen Delegationen und die journalistischen Beobachter aus mindestens drei Dutzend Ländern verteilt hatten. Als in der Frühe des gestrigen Mittwochs belgische Putzfrauen die Räume des „Charlemagne"-Gebäudes von den papierenen Überbleibseln der beiden chaotischen Konferenztage und -nächte säuberten, waren die Hunderte von Exemplaren dieses 14seitigen Entwurfes ebenso Makulatur geworden wie die unzähligen Berechnungen der Fachberater aller zehn Regierungschefs, welche finanziellen Auswirkungen die Annahme dieses oder jenes Kompromißvorschlages gehabt hätten. Nur eines steht für Kenner der komplizierten Materie unumstößlich fest: Der Europäischen Gemeinschaft droht auch nach der Brüsseler Katastrophe nicht die Auflösung.

Rätselhafter Papier-Krieg des MAD gegen Kießling

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ein Damoklesschwert hängt über zwei Schlüsselfiguren des Falles Kießling: Beide gehören zum Amt für die Sicherheit der Bundeswehr (ASBw), das den MAD führt. Beide müssen am heutigen Donnerstag abermals vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Bundestages aussagen. Die SPD kündigte bereits an, sie werde die Vereidigung von Oberst Schröder, einem Abteilungsleiter im ASBw, und Regierungsdirektor Waldmann, der in der Abteilung Schröders früher ein Dezernat leitete, verlangen. Das hat für beide Zeugen die Folge, daß sie bei nachgewiesener Falschaussage eventuell eine mehrjährige Gefängnisstrafe zu gewärtigen hätten.

Warum hegt man im Untersuchungsausschuß ein derartiges Mißtrauen gegen beide MAD-Männer? Der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn hat es Journalisten gegenüber in einer Sitzungspause unverblümt gesagt. Schröder, Waldmann und zusätzlich der Ministerialrat Karrasch aus dem Verteidigungsministerium, der im Juli letzten Jahres durch einen Hinweis auf Kießlings angebliches Brüsseler „Händchenhalten mit einem Oberst" die Affäre ins Rollen gebracht hatte, sind nach Jahns Vermutung die Schmiede eines Komplotts, das dem Ziele diene, ihre Verantwortung darin zu vertuschen. Ob sich das beweisen läßt, steht dahin.

Der Angelpunkt dafür dürften die Aussagen über die Entstehung des sogenannten Rot-Berichts werden. Solche Rot-Berichte entstehen im ASBw generell bei Sicherheitsüberprüfungen von Soldaten dann, wenn die Nachforschungen über ihre Vergangenheit und gegenwärtige Lebensumstände Zweifel über ihre Zuverlässigkeit beim Umgang mit Verschlußsachen ergeben haben. Der Rot-Bericht kennzeichnet dann schon äußerlich die Ablehnung des Überprüften. Im andern Falle, wenn also die Sicherheitsbescheide ausgehändigt werden, entsteht im ASBw vorher ein „Weiß-Bericht".

Im Falle des Generals Kießling ist ein solcher Rot-Bericht auch entstanden, obwohl die daran direkt oder indirekt Beteiligten dessen Entstehungsgeschichte nicht schlüssig zu erklären wußten. Es gab zwischen den Aussagen von Oberst Schröder, Regierungsdirektor Waldmann und dessen Sachbearbeiter, Hauptmann Fasoli, eklatante Widersprüche. Bislang ist gänzlich unklar, warum überhaupt in der Mitte des letzten Novembers ein derartiger Rot-Bericht entstand. Grundsätzlich steht seine Abfassung am Ende einer vollständigen Sicherheitsüberprüfung. Die für Kießling war aber Mitte September von Verteidigungsminister Wörner persönlich gestoppt und ihre Wiederaufnahme von ihm erst Anfang November gutgeheißen worden, nachdem Staatssekretär Hiehle bei ihm darauf gedrungen hatte.

DIE ● ANALYSE

Dies erfuhr aber Schröder, wie er jetzt vor dem Ausschuß aussagte, nicht von seinem Amtschef. Brigadegeneral Behrendt wies den Oberst nur an, in dieser Sache einen Sachstandsbericht anfertigen zu lassen. Diese Aufgabe bekam Fasoli. Und nun beginnen die Ungereimtheiten. Der Hauptmann sagte jetzt aus, er sei deswegen unsicher gewesen, weil seit Mitte September keine weiteren Ermittlungen angestellt worden seien, er also über den General „nichts hatte" und sich wegen Hilfe an Waldmann, seinen Vorgesetzten, wandte. Der Regierungsdirektor diktierte Fasoli dann einen Text, der sich im Januar schließlich als „Rot-Bericht" einfand. In diesem Schriftstück wird Kießling langjähriger Umgang in Homosexuellen-Lokalen „bescheinigt". Diese Ungeheuerlichkeit erklärte Fasoli als „hypothetische Überzeichnung" durch Waldmann. Waldmann habe den „Rot-Bericht" lediglich für Ausbildungszwecke haben wollen. Gekennzeichnet dafür war es aber nicht. Waldmann zeichnete es ab, auch Schröder setzte seine Paraphe darunter. So war ein „Schulungsbericht" entstanden, der den vollen Namen eines aktiven Vier-Sterne-Generals der Bundeswehr und zu dessen Lasten schwere Beschuldigungen enthielt. Wo dieses Papier dann schließlich landete, blieb unklar, nach einer Version im Panzerschrank von Oberst Schröder, nach einer zweiten in der Schreibtischschublade des Hauptmanns Fasoli, jedenfalls aber nicht in der Sicherheitsakte des Generals Kießling.

Der Abgeordnete Jahn machte deutlich, daß er dies nicht schlüssig finde. Mit beißender Ironie hielt er Schröder und Waldmann die „Zufälligkeit" vor, daß dann in eben diesen Tagen, in denen dieser „Schulungsbericht" gefertigt worden war, auch der erste Entwurf für den Sachstandsbericht von Fasoli geschrieben worden war. Auch den Hauptmann fragte er, ob ihm nicht aufgefallen sei, daß wesentliche Passagen des „Schulungsberichts", die Kießling in „hypothetischer Überzeichnung" sehr belasteten, auch im Entwurf für den Sachstandsbericht vorkämen.

Dies ist tatsächlich so. Schließlich legte der Chef des ASBw am 6. Dezember dem Verteidigungsministerium einen Bericht vor, in dem es über Kießling wörtlich hieß: „Er wurde in der Homo-Szene Köln eindeutig identifiziert." Diese Aussage aber basierte auf der von Waldmann Fasoli diktierten Verzerrung der Ermittlungen durch zwei Polizeibeamte, die der Regierungsdirektor seinerzeit auch nur zu Schulungszwecken „hypothetisch überzeichnet" haben will. Jetzt vor dem Untersuchungsausschuß versuchte Waldmann sein Verhalten damit zu erklären, Fasoli so verstanden zu haben, von Schröder zur Abfassung eines Schulungsberichts beauftragt gewesen zu sein.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Frankreich nicht erwähnt

Sehr geehrte Herren,

nach Rückkehr von einer Reise nach Moskau und Ost-Berlin habe ich den Artikel „Zusammenarbeit Bonn-Paris macht Egon Bahr Sorgen" vom 14. März zur Kenntnis genommen.

Dazu nehme ich wie folgt Stellung: Im „Vorwärts" habe ich einen Artikel über den „Deutschland-Plan" der SPD geschrieben, der vor 25 Jahren veröffentlicht wurde. Davon ist in dem Artikel der WELT, der sich angeblich darauf bezieht, mit keinem Wort die Rede.

Statt dessen wird über angebliche Sorgen oder Berfürchtungen unseres Verhältnisses zu Frankreich geredet. Das Wort Frankreich kommt aber in meinem Artikel gar nicht vor und ist auch nicht sein Gegenstand.

Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß die SPD ausdrücklich begrüßt, daß die von Helmut Schmidt eingeleitete intensivere Erörterung deutsch-französischer Sicherheitsinteressen zwischen Kohl und Mitterrand fortgesetzt wird. Ich selbst bin mit einer Arbeitsgruppe, an der seitens der SPD die Herren Wischnewski, Ehmke, Voigt und von Bülow teilnehmen, dabei, mit unseren Partnern in Paris die Möglichkeiten einer Revitalisierung der WEU zu erörtern. Wir sind dabei nach meinem Informationsstand mindestens so weit wie die Bundesregierung.

Gemeinsame Sicherheit ist die mit dem potentiellen Gegner; gemeinsame Sicherheit gestattet aber auch innerhalb des Westens weder Isolierung noch Ausgrenzung oder Aussteigen.

Ich wäre für eine Veröffentlichung dankbar und habe diesen Brief auch meinen französischen Partnern zugängig gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
Egon Bahr, MdB

Bundeswehr ohne Rückhalt?

„Berkhan: Kein Schaden durch Nachrüstungsdebatte"; WELT vom 15. März

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

der Wehrbeauftragte hat seinen Bericht über das Jahr 1983 vorgelegt.

Seine Feststellungen über mangelnde Wehrmotivation der Jugend und fehlenden Rückhalt für die Opferbereitschaft der Soldaten in der Bevölkerung müßten fast 28 Jahre nach Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich allen Bundesbürgern die Schamröte ins Gesicht treiben. Wir alle leben trotz Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Atomangst immer noch relativ gut. Wir fahren in Urlaub, machen Anschaffungen und lassen auch sonst erkennen, daß wir uns in unserem Land ganz wohl fühlen. Daran kann auch die Angstmacherei nichts ändern, die von bestimmten Kreisen geschürt wird.

Wenn wir gerne hier und nicht anderswo leben, ist denn die Bundesrepublik nicht auch wert, geschützt und verteidigt zu werden? Man könnte sich mit Recht fragen: Ist die Bundeswehr die Gesellschaft, für die sie „dient" überhaupt wert? Statt den Begriff „Bürger in Uniform" mit Leben zu füllen, wird die Bundeswehr zunehmend isoliert, mitunter sogar diffamiert und von manchen Leuten für überflüssig erklärt. Warum hat es die Bundeswehr in unserem Lande so schwer? Ist es Gleichgültigkeit, Desinteresse oder vielleicht auch Feigheit unserer Bürger, sich zu „ihren" Soldaten zu bekennen?

Wer sein Land nicht für verteidigungswert ansieht, der braucht keine Bundeswehr. Wer aber weiterhin in Frieden und Freiheit leben möchte, sollte auch den Mut aufbringen sich zur Opferbereitschaft der Soldaten zu bekennen. Nur wenn die Soldaten wissen und spüren, daß sie von der Bevölkerung getragen werden und von den Bürgern Rückhalt erwarten können, werden sie Begeisterung für ihre Schutzaufgaben entwickeln können. Denn Freude, Überzeugung und Begeisterung sind die Grundlagen für jede Motivation.

Helfen wir unseren Soldaten, indem wir ihnen – auch öffentlich – zeigen, daß wir sie brauchen und sie anerkennen als „Bürger in Uniform". Es liegt an uns Bürgern dieser Republik!

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann,
Hamburg 73

Wahrheitsgemäß

„Wo der Waldschutz geboren wurde, sterben die Bäume am schnellsten"; GEISTIGE WELT vom 10. März

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

in dem sehr interessanten Artikel von Karl Friedrich Wentzel über das Waldsterben ist vom „sächsisch-tschechischen Erzgebirge" die Rede. Ich finde eine derartige Ausdrucksweise vom deutschen Standpunkt aus ausgesprochen ungehobelt. Jenseits der sächsischen Grenze hat es jahrhundertelang keine Tschechen, sondern ausschließlich Deutsche gegeben, Sudetendeutsche. Diesen Bereich mir nichts, dir nichts als tschechisch zu bezeichnen, wirkt, als ob es die wider alles Menschenrecht durchgeführte Austreibung unserer sudetendeutschen Landsleute nie gegeben hätte. Geschichtlich richtig und damit wahrheitsgemäß wäre es gewesen, wenn es „sächsisch-böhmisch" geheißen hätte. Damit wäre für das Gebiet jenseits der sächsischen Grenze eine Bezeichnung gewählt worden, die dieses Gebiet als Teil eines Raumes ausgewiesen hätte, der angesichts seiner vielfältigen Durchdringung durch Deutsches – man denke nur an das Stadtbild von Prag – mit dem Wort „tschechisch" allein nie erschöpfend definiert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans Merkel
Bad Honnef

Die Steigerung

„Pankraz, das Geld und die flambierte Frau"; WELT vom 27. Februar

Lieber Pankraz,

lange war ich Ihr fleißiger Leser und habe meist zustimmend, oft belehrt, aber stets mit besonderer Aufmerksamkeit Ihre Glossen gelesen. Das hat sich leider geändert, seit ich infolge von Netzhautschäden nicht mehr lesen kann, sondern auf Vorleser angewiesen bin.

Ich wollte meinen Ohren nicht trauen, als mir von Pankraz, der so oft sprachliche Nachlässigkeit gerügt hat, vorgelesen wird, „auch die naheliegendsten noch."

Wenn ich von Beruf auch Hygieniker bin, will ich doch der Jahreszeit entsprechend heute in das Gewand des Oberlehrers schlüpfen: Liegen kann man nicht steigern. Man kann richtig oder falsch liegen, hart oder weich, krumm oder gerade, schief und schräg, zuoberst oder unten, auf dem Bauch oder dem Rücken liegen. Aber liegender als liegend kann auch die ungewöhnlichste Lage nicht werden. Ein Gedanke kann naheliegend sein, ein anderer noch näherliegend, aber der, auf den man zuerst verfällt, ist der nächstliegende und nicht der naheliegendste.

Der nächstliegende Gedanke beim Zuhören war bei mir, die falsche Wortbildung beim guten Stilisten Pankraz auf sich beruhen zu lassen, näherliegend der Gedanke, den Vorleser zu befragen, ob ich richtig gehört habe, dann bin ich aber auf den naheliegenden Gedanken verfallen, diesen freundschaftlichen Brief Pankraz, dem Befürworter des guten Deutsch auch in der Zeitung, zu schreiben.

Prof. Dr. med. Gerhard Rose,
Obernkirchen

Wort des Tages

„Wir müssen es wieder lernen, nicht nur an der Welt mit Hingebung zu arbeiten, sondern ebensosehr und ebenso früh an unserer Innenwelt. Ohne echte Selbstkultur bleibt alles Gerede von der Rettung der Humanität leer, im wörtlichsten Sinne der Selbsttäuschung."

Eduard Spranger, dt. Philosoph und Pädagoge (1882–1963)

Abschreibungen

„Das Füllhorn ist reich ausgestattet"; WELT vom 7. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausführungen über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten von Herstellungs- oder Anschaffungskosten von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen können – da zu unvollständig – leider nicht befriedigen.

Natürlich stimmt es, daß man nach dem Paragraph 7b jährlich 5 Prozent dieser Kosten steuerlich abschreiben kann. Dies aber nur 8 Jahre, so daß lediglich 40 Prozent davon abschreibungsfähig sind. Was mit den restlichen 60 Prozent ist, bleibt offen.

Dieses abschreibungsfähige Quote von 40 Prozent kann aber nicht einmal erreicht werden, wenn die Herstellungs- oder Anschaffungskosten über dem Höchstbetrag von 200 000,– DM liegen, der für ein Eigenheim schon die untere Grenze darstellen dürfte, so daß sich die Relation 40:60 noch mehr verschlechtert.

Weiter erweckt die Formulierung „Den 7b kann jeder in Anspruch nehmen ..." den Eindruck einer Wahlmöglichkeit in dem Sinn, auf den 7b verzichten und lieber eine pro Jahr geringere, dafür aber hundertprozentige Abschreibung vorziehen zu können. Auch darauf gibt Ihr Artikel leider keine Antwort.

Zudem wirft die jetzt mögliche steuerliche Absetzung der Schuldzinsen noch die Frage auf, ob und inwieweit der Fiskus daraufhin die Eigennutzung von Eigenheim oder Eigentumswohnung steuerlich in Ansatz bringt, die anscheinend bisher lediglich gegen die Schuldzinsen aufgerechnet wurde.

Mit freundlichem Gruß
H. Ellingen,
Trier

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Es ist schon Tradition, daß der Präsident der Handwerkskammer, des Regierungsbezirks Düsseldorf, **Georg Schulhoff**, prominente Namen verpflichtet, an der Meisterfeier teilzunehmen. In diesem Jahr hält am Sonntag der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** die Festrede. 1951 Jungmeister werden ihren Meisterbrief entgegennehmen. Weit mehr als 5000 Gäste erwarten von den Ansprachen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, **Norbert Blüm**, und der FDP-Generalsekretärin **Irmgard Adam-Schwaetzer**, während der Feierstunde Antworten auf ihre Fragen zur Existenz- und Mittelstandsförderung der Bundesregierung. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister **Josef Kürten** und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, **Paul Schnitker**, werden Grußworte sprechen. Der 85jährige Schulhoff wird es sich auch in diesem Jahr nicht nehmen lassen, die 21 Besten des Jahrganges 1983 selbst zu ehren.

*

Bei einem Abendessen in Hamburgs „Anglo-German Club" begrüßte Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** die Mitglieder des „Aktionsrates ehemaliger Regierungschefs für Internationale Zusammenarbeit". Zu dem Treffen im Hotel „Atlantic" hatte Altbundeskanzler **Helmut Schmidt** eingeladen. Zu den Teilnehmern gehörten der frühere UNO-Generalsekretär **Kurt Waldheim**, der auch Vorsitzender des Aktionsrates ist, sowie **Bradford Morse**, Generalsekretär des Aktionsrats, ferner **Takeo Fukuda**, ehemaliger Premierminister von Japan und „Clusegun Obasanjo **aus Nigeria**.

*

Bundesjustizminister **Hans Arnold Engelhard** und der niedersächsiche Minister für Bundesangelegenheiten, **Wilfried Hasselmann**, zählten zu den Gästen bei der Eröffnung einer Vernissage in der Bayerischen Vertretung beim Bund. Bis zum 30. März werden Gemälde der zwischen München und Bonn hin und herpendelnden Malerin **Elionore A. Berchtold** gezeigt. Sie ist eine der sechs bildenden Künstlerinnen, die derzeit im Haus an der Schlegelstraße ausstellt. Der Bayerische Staatsminister **Peter Schmidhuber** bezeichnete diese Ausstellung als Beitrag seines Landes zur Emanzipation.

*

Inmitten der Altstadt von Marburg soll im ehemaligen Fürstenhof von 1744 ein deutsches Fachwerkmuseum eingerichtet werden. Zu diesem Zweck hat der Oberbürgermeister von Marburg, Dr. **Hanno Drechsler** zur Gründung einer Stiftung aufgerufen, an der sich auch das Land Hessen beteiligen soll.

MILITÄR

Bei dem zum 1. April üblichen Stellenwechsel in der deutschen Bundeswehr tritt eine Ernennung besonders hervor. Zum neuen Kommandeur der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese wurde Generalmajor **Dieter Clauß** ernannt. Der 1935 in Leipzig geborene General-



Generalmajor Dieter Clauß
FOTO: KNIPPERTZ

major war bislang Kommdaneur der 6. Panzergrenadier-Division in Neumünster. An der Führungsakademie – der höchsten Ausbildungs- und Erziehungsstätte der Streitkräfte – werden jüngere Offiziere für ihre Verwendung im Generalstabsdienst vorbereitet.

*

Joseph Maria Luns, seit 1971 der Generalsekretär der NATO und vorher niederländischer Außenminister, ist gestern abend von Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** auf der Bonner Hardthöhe mit einem Großen Zapfenstreich geehrt worden. Bei einem vorausgegangenen Empfang hatte Wörner die Verdienste um den Zusammenhalt des Nordatlantischen Bündnisses des scheidenden Generalsekretärs der NATO besonders hervorgehoben. Zu seinem Abschied kamen zahlreiche Botschafter und Attachés, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, **Alfred Biehle**, der Stellvertreter von Luns, **Eric Darin**, sowie hohe Offiziere befreundeter Streitkräfte. Heute wird Luns auch von Bundestagspräsident **Rainer Barzel** empfangen. Anschließend gibt ihm Bundeskanzler **Helmut Kohl** ein Mittagessen.

EHRUNGEN

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, **Günter Triesch**, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt worden. Der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Dr. **Franz Möller**, der die Auszeichnung im Hause der Arbeitsgemeinschaft in Köln überreichte, würdigte in seiner Ansprache die Verdienste von Triesch als Mitglied des Rundfunkrats beim Westdeutschen Rundfunk, als Vorsitzender der CDU im Rhein-Sieg-Kreis, als Mitglied des Vorstands des Instituts für Gesellschaftswissenschaften in Walberberg und schließlich als Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** hat den Vorsitzenden des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands im Landesverband Niedersachsen e. V., **Paul Friedrich**, mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Der Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, **Klaus von Richthofen**, würdigte während einer Feierstunde das große Engagement von Friedrich für die Kriegsopfer und Behinderten in den letzten Jahrzehnten.

Der Präsident des Kirchenamtes der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, **Horst Göldner**, ist nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren in Kiel gestorben. Der 1924 in Pommern Geborene hatte nach dem Krieg Jura studiert und war danach als Assessor in das Landeskirchenamt Kiel eingetreten. 1964 kam er als Oberkirchenrat zur Lübecker Kirche und wurde 1968 deren Verwaltungsleiter. Während der Verhandlung zur Bildung der Nordelbischen Kirche wurde Göldner zum kommissarischen Verwaltungschef berufen und mit Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung im Jahr 1977 als erster Präsident des Nordelbischen Kirchenamtes bestätigt. Im selben Jahr trat Göldner, der von 1966 bis 1970 der SPD-Fraktion der Lübecker Bürgerschaft angehört hatte, aus der SPD aus. 1969/70 bekleidete er als Stadtpräsident das höchste politische Amt in Lübeck. 1974 gehörte Göldner zu den Mitbegründern der Julius-Leber-Gesellschaft in Lübeck, die die Politik des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt unterstützte und vor einem Linksruck der Partei warnte.

ANZEIGE

WIE LANGE SIE BEI UNS MIT STABILEN ZINSSÄTZEN RECHNEN KÖNNEN.

Wer – wie bei Investitionen – Entscheidungen mit langfristiger Wirkung trifft, tut gut daran, für eine solide finanzielle Basis zu sorgen. Da ist es gut zu wissen, daß Sie bei uns Investitionskredite mit bis zu 10 Jahren Festzinsgarantie bekommen können. Denn eine Finanzierung mit langfristigen Festzinskrediten hat nicht nur den Vorteil, daß man von einer voraussehbaren Zahlungsbelastung ausgehen kann. Ein Langfristkredit trägt auch dazu bei, daß Sie sich als Unternehmer voll auf die unternehmerischen Aufgaben und den Markt konzentrieren können. Und zwar frei von Entscheidungszwängen und Risiken im finanziellen Bereich.

Als eine der großen Banken Deutschlands sind wir gerade im Langfristkredit besonders stark: 2/3 unseres Kreditvolumens sind langfristige Festzinskredite.

Weit gefehlt, wenn Sie annehmen, daß wir Ihnen damit einseitig langfristige Kredite empfehlen. Unsere Spezialisten werden Sie bei der Erarbeitung eines individuellen Finanzierungskonzeptes und bei der Mischung der für Sie vorteilhaften Kreditlaufzeiten beraten. Klarer Fall, daß wir dabei auch das Angebot staatlicher Förderungsmittel berücksichtigen.

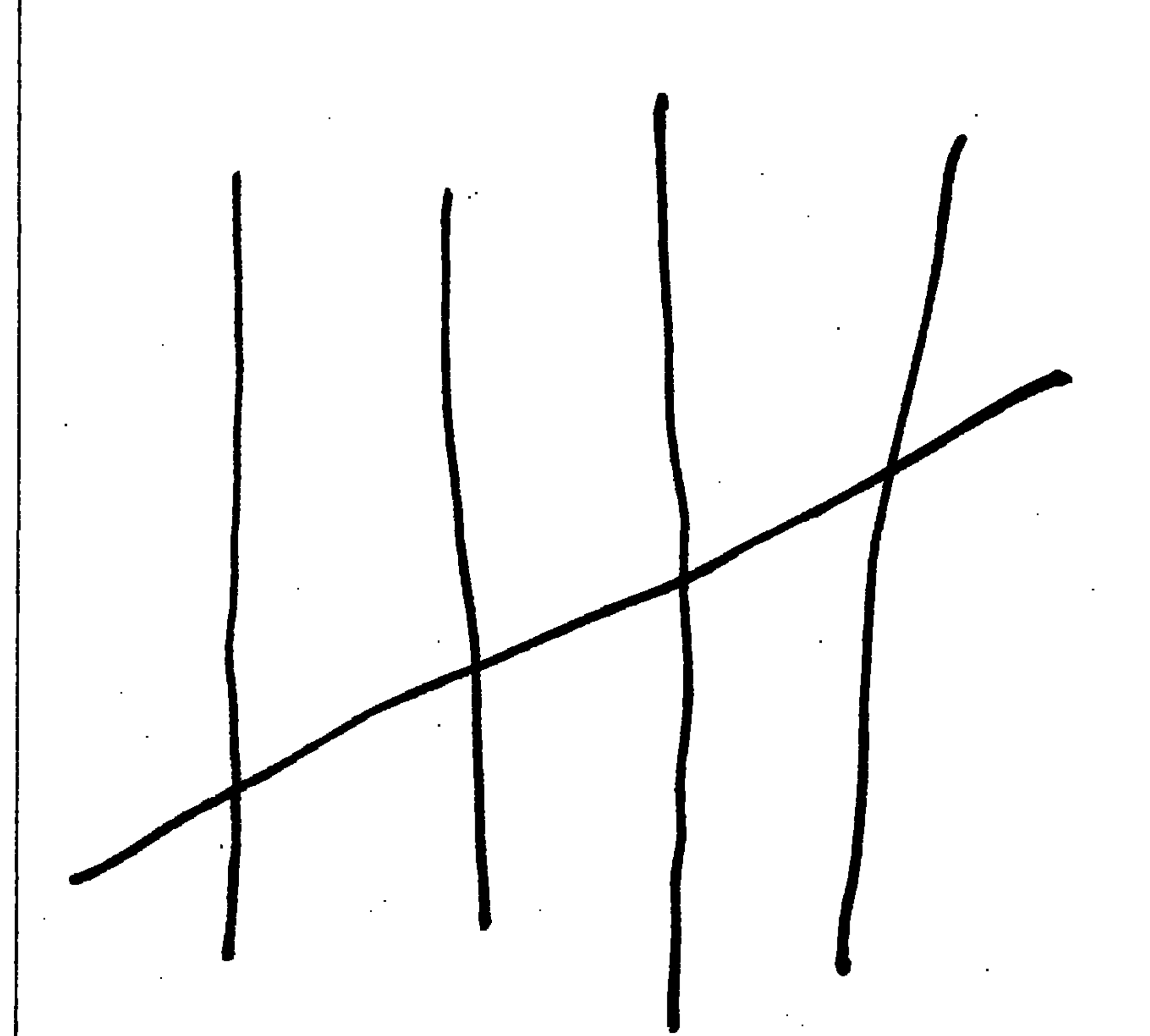
Mit der NORD/LB können Sie also rechnen, wenn eine Investition ansteht. Vielleicht sprechen Sie mal mit uns.

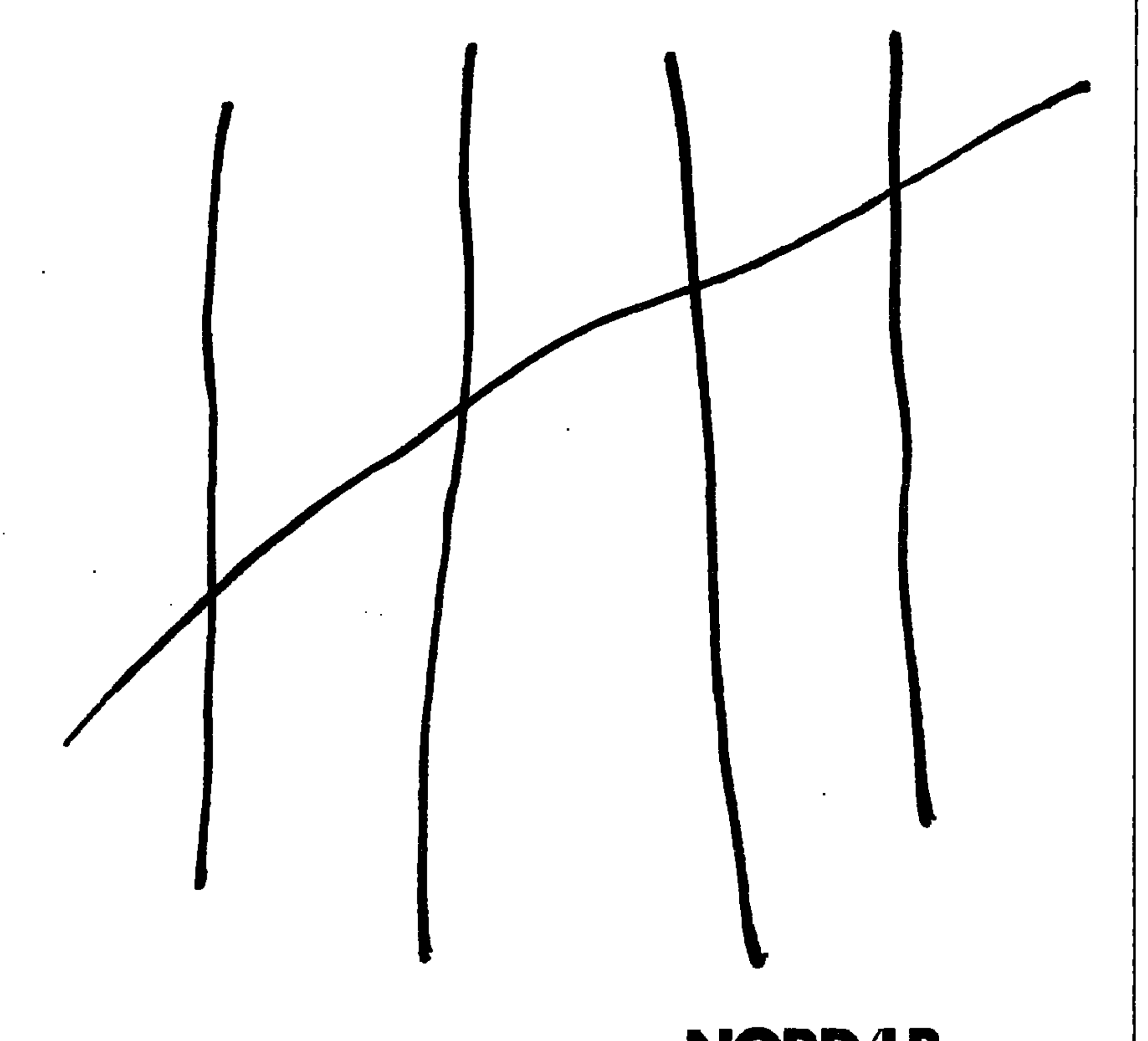
NORD/LB
Georgsplatz 1
3000 Hannover 1
Tel. 05 11/103-0
Telex 9216-20

NORD/LB
NORD/LB-Zentrum
3300 Braunschweig
Tel. 05 31/487-1
Telex 952540

NORD/LB
Luxembourg
26, Route d'Arlon
L-1140 Luxembourg
Tel. 00352/4723911
Telex 048/2263

Zentralbank der niedersächsischen Sparkassen.





NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
GIROZENTRALE

Mondale konnte Vorsprung vor Hart weiter ausbauen

Klare Siege in den Vorwahlen von Illinois und Minnesota

D. SCHULZ/DW. **Washington**

Walter Mondale, der im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten zwischenzeitlich ins Straucheln geraten war, hat wieder Tritt gefaßt und konnte seinen Vorsprung gegenüber Gary Hart weiter ausbauen. Er errang am Dienstag im Kernland Amerikas, im Bundesstaat Illinois, einen klaren Vorwahlsieg über seinen jüngeren Rivalen. Der dritte Mitbewerber, der farbige Baptistenprediger Jesse Jackson, hatte im Bemühen um die Stimmen seiner schwarzen Mitbürger vor allem in Chicago eindrucksvolle Erfolge.

Da Mondale gleichzeitig auch in seinem Heimatstaat Minnesota bei der Wahl der Parteitagsdelegierten einen eindeutigen Vorsprung erzielte, ist er nun wieder Favorit für die Nominierung als Herausforderer Präsident Reagans auf dem Wahlparteitag in San Francisco im Juli. Der frühere Vizepräsident glaubt, daß sich auf lange Sicht beim Wähler die Einsicht durchsetzen werde, daß er, Mondale, die größeren Erfahrungen für das Präsidentenamt mitbringe. Dies wird sich bei den nächsten Vorwahlen in den Bundesstaaten Connecticut (27. 3.), New York (3. 4.) und Pennsylvania (10. 4.) erweisen. New York hat mit 285 die nach Kalifornien zweitgrößte Zahl von Delegiertenstimmen zu vergeben. Für Mondale war das Ergebnis von Illinois das beste seit den Vorwahlen in Iowa vor einem Monat. Beobachter sprechen ihm für die kommenden Vorwahlen eine wesentlich verbesserte Ausgangsposition zu.

Aggressiver Wahlkampf

Den Wahlkampf in Illinois führte Mondale ausgesprochen aggressiv. Das Nachrichtenmagazin News Week gebrauchte die Adjektive „schmutzig" und „unflätig". Es gelang ihm, den Herausforderer einige Male aus der Fassung zu bringen, so unter anderem mit dem Vorwurf der Naivität in außenpolitischen Fragen. In TV-Werbespots wurde unter anderem behauptet, es könne gefährlich sein, das „rote Telefon" im Krisenfall in eine so unsichere Hand wie die Harts zu legen.

Gary Hart beschwerte sich dann auch – kaum daß die Ergebnisse aus Illinois und Minnesota erkennbar waren – über die unfaire Art des Mondale-Wahlkampfes. Man habe seine Ansichten teilweise verdreht oder entstellt. Dennoch zeigte er sich auf längere Sicht zuversichtlich: „Ich habe nie geglaubt, daß es einfach sein würde, aber ich bin überzeugt, daß ich derjenige bin, den die Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominieren wird." Tatsächlich kann Hart mit dem Ergebnis von Illionois recht zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß die eingesessenen Partei- und Gewerkschaftsorgansiationen eindeutig für Mondale Partei ergriffen haben.

Hohe Wahlbeteiligung

Nach dem – noch nicht vollständigen – Ergebnis erhielt Walter Mondale in Illinois 41 Prozent der Stimmen, Gary Hart 35 Prozent und Jesse Jackson 20 Prozent. Die Wahlbeteiligung war trotz der noch winterlichen Temperaturen ungewöhnlich hoch. Man schreibt dies in erster Linie der Tatsache zu, daß mit Jesse Jackson zum ersten Mal ein schwarzer Kandidat von Gewicht um das höchste Staatsamt ringt. Besonders in der Millionenstadt Chicago, in der seit dem vergangenen Jahr ein farbiger Oberbürgermeister regiert, gingen relativ mehr schwarze Wähler an die Urnen als weiße. So groß die Attraktion Jacksons für seine farbigen Landsleute auch sein mag, so ist die Kehrseite der Medaille doch, daß er kaum noch Stimmen von weißen Wählern erhält. Sein Traum von der alle Rassen umfassenden „Regenbogenkoalition" erfüllt sich also nicht. (Der Anteil der Schwarzen an der Bevölkerung von Illinois beträgt 14,7 Prozent).

Die Delegierten für den Parteikonvent verteilen sich in Illinois wie folgt: für Mondale 124, 41 für Gary Hart und einer für Jackson. 19 sind nicht festgelegt. Die Bestimmung der Delegierten im Bundesstaate Minnesota ist derart kompliziert, daß das endgültige Ergebnis voraussichtlich erst in zehn Tagen vorliegen wird. Insgesamt hat Walter Mondale jedoch inzwischen mehr als doppelt so viele Delegierte hinter sich gebracht wie Gary Hart. Mit der Entscheidung von Illinois sind es mehr als 500. Damit liegt er mehr als 200 Stimmen vor seinem jüngeren Rivalen und mehr als 400 vor Jackson. Für die endgültige Nominierung als Präsidentschaftskandidat sind 1967 von insgesamt 3933 Stimmen notwendig.

Pretoria warnt Angola vor Hilfe für Swapo

„Erklärung von Havana im Widerspruch zur Vereinbarung von Lusaka" / USA sehen positive Aspekte

M. GERMANI/DW. **Johannesburg**

Südafrika hat die Erklärung von Havana, in der der kubanische Staatschef Fidel Castro und der angolanische Staatspräsident Eduardo dos Santos unter anderem Bedingungen für den Abzug der kubanischen Truppen in Angola genannt hatten, zurückgewiesen. Die in dem Angebot enthaltenen Formulierungen seien „weitgehend eine Wiederholung" schon bekannter Positionen und daher für Pretoria nicht annehmbar, erklärte Außenminister Roelof Botha. Dagegen bezeichnete der amerikanische Außenminister George Shultz die „Deklaration" von Havana als eine positive Entwicklung.

Kritisch setzte sich Botha vor allem mit dem Schlußsatz des kubanisch-angolanischen Komitees auseinander, in dem beide Staaten ihre Solidarität mit den Freischärlern bekunden, die gegen Südafrika für die Unabhängigkeit Namibias und den Sturz der Regierung in Pretoria kämpfen. Dieser Absatz stehe „in flagrantem Widerspruch zu Geist und Buchstaben" des Geistes von Lusaka und den konstruktiven Beziehungen, die sich in der gemeinsamen angolanisch-südafrikanischen Kommission zur Überwachung des südafrikanischen Truppenabzugs aus Südangola entwickelt hätten, ließ Außenminister Botha erklären.

Das Abkommen von Lusaka sieht vor, daß Südafrika seine Truppen aus Angola abzieht. Im Gegenzug verpflichtete sich Luanda, Operationen der Swapo-Guerrilleros gegen Namibia von angolanischem Gebiet aus zu unterbinden.

Gleichzeitig äußerte sich Botha zufrieden über die Arbeit der gemeinsamen Waffenstillstandskommission, der auch amerikanische Beobachter angehören. Allerdings sei es in diesem Monat bereits zu mehreren Zusammenstößen zwischen Soldaten der Überwachungskommission und Swapo-Kämpfern gekommen, die mehrere Todesopfer auf beiden Seiten gefordert hätten.

Die negative Reaktion Südafrikas bezog sich vor allem auf die Solidaritätserklärung Kubas und Angolas für den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo). Kuba und Angola hatten in dem Kommuniqué unter anderem ihre „Bewunderung und Solidarität mit dem heroischen Kampf des namibischen und südafrikanischen Volkes unter der Leitung ihrer einzigen legalen Vertreter, Swapo und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), gegen das schmähliche Apartheidsregime" erklärt und „die Verurteilung dieses abstoßenden Regimes, das historisch zum Verschwinden verurteilt ist", gefordert. Südafrikanische Zeitungen verwiesen gestern auf wiederholte Erklärungen Bothas, daß die Präsenz von schätzungsweise 30 000 kubanischen Soldaten in Angola das einzige noch verbliebene Hindernis auf dem Weg zur Unabhängigkeit Namibias sei und daß Hoffnungen auf einen Durchbruch in Verhandlungen mit dem Nachbarland bestünden.

Nach dem Bekanntwerden des Kommuniqués von Havana verlangte der südafrikanische Außenminister dagegen eine „dringliche Klarstellung" von seiten der angolanischen Regierung, ob es sich bei der kubanisch-angolanischen Erklärung um einen Widerruf des Abkommens von Lusaka handele. Botha wies darauf hin, daß ein eindeutiges Abkommen mit der angolanischen Regierung über die Bedingungen des kubanischen Abzugs getroffen werden müßten. „Bevor sich ein Erfolg in diesen Fragen abzeichnen kann, bedarf es eindringender Erklärungen über die Stellung der angolanischen Regierung im Zusammenhang mit der kritischen Lage, die sich durch die angolanisch-kubanische Erklärung ergeben hat", sagte Botha. Es gelte jetzt in erster Linie herauszufinden, ob das Kommuniqué von Havana eine Abwendung von der Übereinkunft in Lusaka bedeute. In diesem Falle müßte die gemeinsame südafrikanisch-angolanische Überwachungskommission ihre Arbeit einstellen. Beobachter gehen davon aus, daß der südafrikanische Außenminister damit indirekt mit einer Aufkündigung der Übereinkunft zwischen seiner Regierung und dem Regime von Luanda drohte. Dies könnte bedeuten, daß Südafrika wieder in eigener Regie die Grenze zwischen Angola und Namibia sichern wird. Das wiederum heißt, daß Pretoria sich die Option freihält, durch Vorstöße seiner Truppen auf angolanisches Gebiet Stützpunkte der Swapo anzugreifen. Ebenso dürfte Südafrika dann versuchen, durch eine verstärkte Unterstützung der prowestlichen angolanischen Widerstandsorganisation UNITA den Druck auf die Regierung in Luanda und die kubanischen Truppen zu verstärken.

Es ist anzunehmen, daß die Äußerungen Bothas noch nicht das letzte Wort Südafrikas bedeuten. Pretoria wird nach Ansicht von Beobachtern vorerst abwarten, welche praktische Konsequenzen sich aus dem Kommuniqué von Havana ergeben und erst danach handeln.

Seite 2: Klarheit aus Kuba

Senat verweigert gemeinsames Schul-Gebet

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Eine von Präsident Ronald Reagan unterstützte Vorlage für eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, die Einführung eines gemeinsamen Gebetes an den amerikanischen Schulen zu ermöglichen, scheiterte im US-Senat. Für die Gesetzesvorlage, mit deren Hilfe ein 22 Jahre altes Urteil des Obersten Gerichtshofes revidiert werden sollte, stimmten zwar 56 der 100 Senatoren, doch die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit kam nicht zustande

Nach diesem Ergebnis haben Vertreter der Fundamentalisten-Bewegung, der rund 35 Millionen US-Bürger anhängen, den Gegnern der Schulgebetsvorlage im Senat angedroht, ihnen bei den Wahlen im November das Leben schwer zu machen. Vertreter der traditionellen Kirchen, die nichts von der Wiedereinführung des Schulgebets halten, begrüßten es, daß das strittige Thema vorerst vom Tisch ist.

Im amerikanischen Senat wurde das Thema in den letzten Wochen immer wieder diskutiert. Das umstrittene Schulgebet verdrängte alle anderen Themen von der Tagesordnung. Ein besonderes Gewicht bekam der Streit durch das Eingreifen des Präsidenten. Reagan warb in mehreren Reden und in persönlichen Gesprächen mit den Mitgliedern des Senats für die Gesetzesvorlage.

(SAD)

„DDR"-Spion in den USA gefaßt

▲ Fortsetzung von Seite 1

Forbrich nach Angaben aus Abwehrkreisen einen „sehr großen Bekanntenkreis". In seiner Werkstatt arbeiteten gelegentlich auch Amerikaner. Auf Weisung der Bundesanwaltschaft wurden in den vergangenen Tagen mehrere Wohnungen in der Bundesrepublik durchsucht. Bevor Forbrich in der vergangenen Woche erneut in die USA flog, hatte er offensichtlich aus Ost-Berlin neue Weisungen eingeholt, was die Militärs in der „DDR" am meisten interessierte. Auch bei diesem Flug begleiteten ihn bereits unauffällig Beamte der Abwehr. Das etwa einjährige „Spiel" der deutsch-amerikanischen Gegenspionage verschaffte der NATO und der US-Armee wichtige Einblicke in Wissenslücken und Engpässe der östlichen Seite vor allem im militärtechnologischen Bereich.

Warschau für starke „DDR"

Parteiorgan veröffentlicht Artikel zur Deutschlandpolitik / Gegen neues Preußentum

J.G.G. **Düsseldorf**

„Alles, was zur Festigung der DDR beiträgt, liegt in unserem polnischen Interesse, auch wenn hier und dort zwischen uns natürliche Interessensunterschiede auftreten sollten. Dies erklärte in einem Grundsatzartikel zur polnischen Deutschlandpolitik der Deutschlandexperte des ZKs der kommunistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei", Ryszard Wojna, im Parteiwochenblatt „Polityka". „Der sozialistische deutsche Staat ist für Europa und auch für die Deutschen selbst notwendig und vor allen Dingen erforderlich für die sozialistische Gemeinschaft. Die Parole von der Wiedervereinigung drückt weder die europäische noch die deutsche Realität aus."

Wojna räumt jedoch ein, daß die „Polen eine Gänsehaut bekommen", wenn sie in der „DDR" eine Renaissance preußischer Traditionen und das Anknüpfen an Persönlichkeiten der preußischen Geschichte registrieren. Dies sei aber in einem größeren historischen Zusammenhang zu sehen. Zudem würde nur das Positive von den jetzigen Historikern der „DDR" hervorgehoben, beruhigt Wojna die Polen. Schließlich hätten auch die Deutschen das Recht „auf die eigene Geschichte".

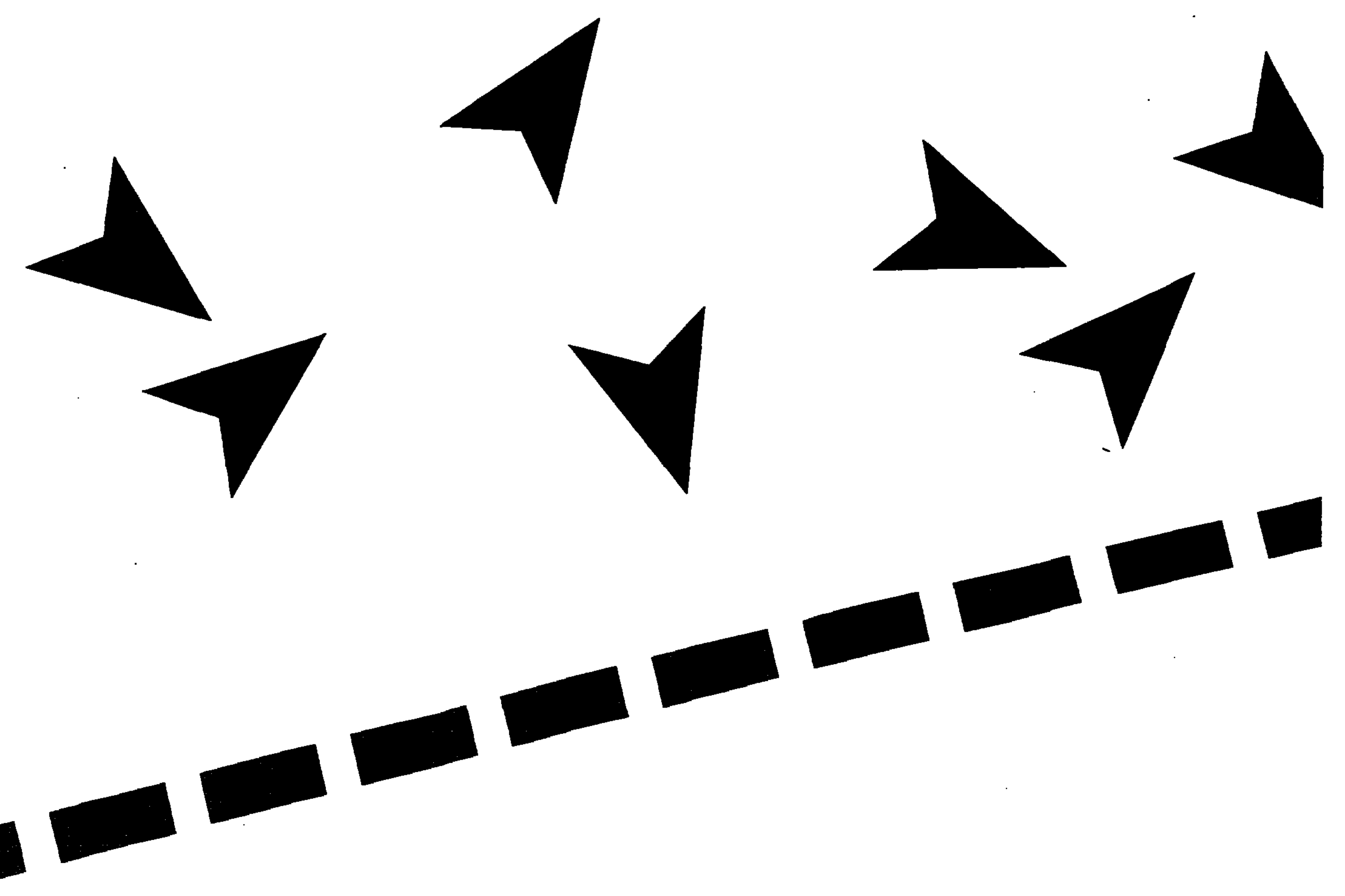
Wojnas Äußerungen, die sicherlich nicht seine private Meinung sind, sind indessen schon mit dem Hinweis auf das Recht der Deutschen auf eine eigene Geschichte widersprüchlich. Einerseits behauptet er, daß 1945 ein „Wendepunkt" in der deutschen Geschichte eingetreten sei und man seitdem „nicht mehr von einer einfachen Kontinuität der deutschen Geschichte" sprechen könne, andererseits hebt er jedoch mit Hinweis auf die Teilung Deutschlands hervor: „In der Geschichte gibt es keine ewigen Erscheinungen." Er vermerkt auch, „mit welcher Hartnäckigkeit und Engagement" sich just „Kräfte der (deutschen) radikalen Linken" bis zur SED für die Erhaltung der deutschen Einheit eingesetzt haben, auch wenn „die Genossen der DDR" wohl gegenwärtig dem Wort „Sozialismus" Vorrang vor dem Wort „Einheit" geben. Andererseits wiederum sei die Diskussion in der „DDR" um die Parole von zwei deutschen Nationen stark „abgedrosselt" worden. Wojna vergaß jedoch hinzuzufügen, daß er im polnischen KP-Lager selber zu jenen Protagonisten gehörte, die einer „DDR"-Nation und einer bundesdeutschen in der Vergangenheit das Wort redeten.

Kein Verfahren gegen Tabatabai

DW. **Karlsruhe**

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes stellte das Verfahren gegen den iranischen Politiker Dr. Sadegh Tabatabai wegen Opiumschmuggels ein. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil des Landgerichts Düsseldorf auf, das Tabatabai im März 1983 zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt hatte. Der Einstellungsbeschluß des Bundesgerichtshofs ist aber auf die Zeit beschränkt, in der Tabatabais Sondermission im Auftrage Irans bestanden hat. Sollte Tabatabai ohne diplomatischen Status erneut in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, könnte ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet werden. Tabatabai war im Januar 83 bei der Einreise in die Bundesrepublik im Besitze einer größeren Menge Rauchopiums angetroffen worden.

Schon mal was von Aleatorik gehört?



Aleatorik ist jene moderne Musikrichtung, die dem Zufall breiten Raum gewährt. Eine kreative Freizügigkeit, die in finanziellen Fragen allerdings nicht angebracht ist.

So erfordern z. B. Auslandsgeschäfte in besonderem Maße exakte Planung, Sicherung gegen vielfältige Risiken, stetige und zuverlässige Verbindungen, die Kenntnis fremder Märkte und ihrer Usancen. Bei der Fülle der Probleme und Risiken im internationalen Geschäft sind die Erfahrungen, Sachkenntnisse und ausländischen Geschäftsverbindungen, über die eine international orientierte große Bank mit ihren weitgereisten Fachleuten verfügt, für Sie ein Beitrag dazu, möglichst nichts dem Zufall zu überlassen.

Die Leitungen unserer Niederlassungen sind darauf ausgerichtet, Ihren Kunden dieses Potential wirklich nutzbar zu machen. Sie unterstützen Sie darin, Aleatorik, die Abhängigkeit vom Zufall, auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

BB3

Export stützt Konjunktur

Mk. – Der Export wird immer stärker zum Motor der Konjunktur. „Auslandsnachfrage unterstützt Aufschwung" und „Beschleunigtes Wachstum des Exports" – so lauten die Titel zweier Untersuchungen, die gestern unabhängig voneinander vom HWWA Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vorgelegt wurden. Darauf deuten auch die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der deutschen Industrie hin.

Die Hamburger Wirtschaftsforscher rechnen damit, daß die deutsche Warenausfuhr real um rund sechs Prozent im Jahresdurchschnitt steigen wird. Und das, obwohl sie davon ausgehen, daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter wegen der Aufwertungstendenz der D-Mark wieder abnehmen wird. Allerdings bleibt sie nach Ansicht des Instituts nach wie vor hoch, so daß bei der zunehmenden Erholung der Weltkonjunktur eine höhere Nachfrage nach deutschen Produkten erwartet werden kann.

Zwar dürfte sich das Tempo abschwächen, mit dem die Lieferungen in die Vereinigten Staaten im letzten Jahr zugenommen haben. Aber dafür festigt sich die konjunkturelle Erholung in Europa. Und hier liegen nach wie vor die Hauptmärkte der deutschen Firmen. Für die Berliner Konjunkturforscher wird die Erholung in Europa jedoch nur mäßig ausfallen, so daß der deutsche Export in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt wieder verlieren könnte. Per Saldo dürfte der Export auch diesmal die Binnenkonjunktur kräftig nach oben ziehen.

Neue Blonde

J. Sch. (Paris) – Die schwarze „Gauloise" bekommt eine blonde Schwester. In nationalen Raucherkreisen mag das als eine Herausforderung empfunden werden. Denn diese so typische französische Zigarette aus heimischem Tabak gilt als Symbol der Männlichkeit, wie das Tabakmonopol Seita selbst einräumt. Aber inzwischen hat auch hier die blonde Zigarette – meist Importmarken – an Boden gewonnen. Ihr Marktanteil liegt gegenwärtig bei 43 Prozent (in der Bundesrepublik sind es 95 Prozent), was vor allem darauf zurückgeführt wird, daß immer mehr Frauen rauchen. Diesem Trend konnte sich die Seita auf die Dauer nicht entziehen. Nun versucht auch das Staatsunternehmen, in den wachsenden Markt der blonden Zigaretten einzudringen. Seita bringt das Päckchen deshalb für 6,30 Franc (zwei Mark) und damit um zwei Franc billiger als die Auslandskonkurrenz auf den Markt. Mit diesem Kampfpreis läßt sich aber nur Geld verdienen, wenn die neue Gauloise reißenden Absatz findet. Das bleibt indes noch abzuwarten.

ANLAGENBAU / Jeder internationale Auftrag mit harten Bandagen umkämpft

Selbst Ingenieurarbeiten werden ins kostengünstige Ausland vergeben

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutschen Anlagenbauer sind 1983 heftig in den Sog des weltweiten Nachfrageeinbruchs am Industrie-Anlagenmarkt geraten. Ihre Auftragseingänge nahmen um fast 30 Prozent auf 14,2 (20,2) Milliarden Mark ab und blieben damit um 45 Prozent unter den gut 25 Milliarden von 1981. Inflationsbereinigt dürften sie sich damit innerhalb von zwei Jahren halbiert haben, schätzt Günter Kohl, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im VDMA.

Hauptgrund des Rückgangs ist die „einschneidende Verschlechterung der finanziellen Möglichkeiten vieler Entwicklungs- und Schwellenländer", die auch zu Annullierungen und Reduzierungen von Aufträgen aus den Vorjahren – und mithin sicher geglaubter Beschäftigung – in Höhe von rund einer Milliarde Mark geführt hat. So betraf der Auftragsrückgang besonders stark das Auslandsgeschäft, dessen Anteil am Gesamtvolumen mit 9,2 (14,2) Milliarden Mark auf 65 (77) Prozent zurückfiel.

Am ausgeprägtesten war die Flaute bei den „echten" Großaufträgen über 100 Millionen Mark. Brachten 1981 noch 33 von ihnen etwa die Hälfte, so waren es 1983 schließlich ganze neun dicke Brocken, die zusammen ein Fünftel ausmachten. Gleichzeitig stieg der Anteil der Kleinaufträge (bis zu fünf Millionen Mark) – Reparaturen und Modernisierungsmaßnahmen – von elf auf 20 Prozent aller Auslandsaufträge.

Vielleicht einziger Lichtblick der neuen Auftragsstruktur: Die Konzentration des Geschäfts auf nur wenige Kundenländer wurde aufgebrochen. Vereinigten die drei größten Abnehmer – Indonesien, Sowjetunion, Saudi-Arabien – 1982 noch 40 Prozent des Bestellaufkommens auf sich, so kamen die drei Spitzenreiter 1983 (Sowjetunion, Nigeria, Südafrika) nur noch auf 20 Prozent.

Gelitten hat indessen auch die Qualität der Aufträge. Weil die insgesamt weitaus weniger gewordenen Projekte mit harten Bandagen umkämpft werden – speziell die Japaner steigen laut Kohl zu fast jedem Preis ein –, verlieren sie an Ertragskraft und sind häufig auch mit höheren Risiken belastet. Besondere Sorgen bereiten dabei die „subventionsbedingten Wettbewerbsverzerrungen im Bereich der Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung", wie sie nicht zuletzt von europäischen Nachbarn verursacht werden.

Weil sie auch 1984 keine Erholung von dem dramatischen Einbruch des Vorjahres absehen können, haben die Anlagenbauer schon 1983 ihre Strukturen anzupassen versucht. So wurde nicht nur der Einsatz von Fremdkräften reduziert, sondern auch das eigene Stammpersonal – in der Know-know-intensiven Branche besonders schmerzhaft – auf 86 000 (95 000) Mitarbeiter reduziert.

Ein guter Teil dieses Abbaus wird auch bei einer Wiederbelebung nicht rückgängig zu machen sein. Denn inzwischen habe sich nicht nur die Auftragsmengen geändert, sondern auch die Ansprüche der Abnehmer. So bestehen viele Länder auf wachsenden nationalen Lieferanteilen, selbst im Ingenieurbereich. Und auch das verbleibene Auftragsvolumen ist nur noch zu einem Teil für den eigenen Markt zu retten, weil zum einen deutsche Ingenieur- und Arbeiterstunden zu teuer sind, und weil zum anderen die Subventionspraktiken der Nachbarn zur Abwicklung über die jeweiligen Auslandstöchter zwingen.

Die Anpassung an die geänderten Marktbedingungen geht so weit, daß selbst die eigentlichen Ingenieurarbeiten teilweise ins Ausland vergeben werden, zum Beispiel an Tochtergesellschaften in Indien, Korea, Mexiko oder Brasilien, wo die Ingenieurstunde (freilich bei geringerer Effizienz) nur ein Viertel oder ein Drittel des deutschen Gehalts kostet. Die Anlagenbauer hoffen jetzt aber, daß die eigenen Ingenieurkapazitäten nicht mehr weiter abgebaut werden müssen. Bei der Fertigung (etwa 60 Prozent Personalanteil) ist man sich nicht ganz so sicher.

Der weltweite Marktanteil von etwa 20 Prozent konnte aber gehalten werden, wenn auch mit Ertragseinbußen. Sorgen um das Fortbestehen des deutschen Anlagenbaus haben die Unternehmen nicht: „Natürlich werden wir Überleben."

STEUERPOLITIK

CDU-Arbeitnehmer dringen auf Familienlastenausgleich

HEINZ HECK, Bonn

Die Arbeitnehmergruppe der Bonner Unionsfraktion hat ihre Vorstellungen zur Reform des Steuertarifs und des Familienlastenausgleichs gestern präzisiert, bevor Finanzminister Gerhard Stoltenberg seine Entlastungsmodelle noch in diesem Monat vorlegen wird. Von dem Gesamtvolumen von rund 25 Milliarden Mark sollen nach Meinung der Arbeitnehmer rund zehn (nach Meinung Stoltenbergs und der Steuerexperten der Fraktion etwa fünf) unmittelbar zur Besserstellung der Familien verwandt werden. Zugleich dringen sie auf Entlastung bereits 1986, selbst wenn die Steuerreform erst 1988 in Kraft treten sollte.

Die Familien sollen entweder Kindergeld oder Kinderfreibeträge in Anspruch nehmen können. Ziel sei es, Bezieher geringer und hoher Einkommen gleichermaßen zu entlasten. Das Kindergeld für das erste Kind soll um 20, für alle weiteren Kinder um 50 Mark erhöht werden. Zur steuerlichen Entlastung heißt es, daß sie maximal das 1,5fache der Entlastung bei Beziehern von Kindergeld ausmachen darf. Offen bleibt dabei, mit welcher technischen Lösung dieses Ziel erreicht wird. Dies soll dem Finanzminister überlassen werden. Es heißt lediglich, daß das Kindergeld ab 1986 vom Finanzamt bezahlt werden soll. Die Kosten dieser Maßnahme werden auf etwa 5,5 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Ferner schlägt die Gruppe für Familien mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen bis zu 48 000 Mark die Zahlung eines monatlichen Erziehungsgeldes von 600 Mark für das erste Lebensjahr jedes Kindes vor, wenn ein Elternteil für diese Zeit ganz oder teilweise auf Erwerbstätigkeit verzichtet. Die Leistungen aus dem Mutterschaftsurlaub sollen darauf angerechnet werden (derzeit vier Monate je 510 Mark für Erwerbstätige) und noch bis 1987 auf alle Mütter ausgedehnt werden. Kostenpunkt etwa 1,5 Milliarden Mark.

Als Einstieg für die Anerkennung von drei Erziehungsjahren je Kind im Rentenrecht soll ab 1986 oder 1987 ein Erziehungsjahr angerechnet werden. Der Anspruch soll für alle Mütter gelten, die heute noch nicht im Rentenalter sind. Die Kosten liegen zu Beginn bei 150 bis 250 Millionen Mark im Jahr und steigen bis zur Endstufe auf drei bis 4,5 Milliarden.

Bei der Tarifreform sollen die Entlastungen gezielt im unteren Teil der Progressionszone ansetzen. Neben der Anhebung des Grundfreibetrags von 4212 auf 5000 Mark wird die Einführung eines linear progressiven Tarifs zwischen 18 000/36 000 und 50 000/100 000 (Ledige/Verheiratete) vorgeschlagen. Die Kosten werden auf etwa 13,6 Milliarden Mark beziffert. Die Entlastung komme allen Einkommensschichten zugute. Zur Begründung heißt es, daß in diesem Bereich durch den steilen Progressionsanstieg und die Sozialabgaben die Grenzbelastung am höchsten sei.

Blinder Umweltschutz-Eifer

Von JOACHIM GEHLHOFF

Das Streben nach Meriten in Umweltschutz treibt bisweilen seltsame Blüten. Der vom Ressort her primär zuständige Bundesinnenminister Zimmermann liefert das jüngste Exempel. Sein Haus hat nun eine (vierte) Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz mit dem Ziel vorbereitet, auf dem Verordnungsweg Einwegverpackungen (besonders Getränkedosen) am Markt zurückzudrängen, wenn die „umweltfreundlichere" Mehrwegverpackung, zumal die einige dutzendmal wiederverwendbare Bierflasche, in der Konsumentengunst an Boden verlieren sollte.

Exakt gleichzeitig mit diesem jüngsten Bonner Umweltschutzeifer präsentiert die Weißblech herstellende und verarbeitende Industrie eine aufschlußreiche Stellungnahme zum Thema „Getränkeverpackung im Meinungsstreit". Sie hat ein klares Fazit: Ein ordnungspolitischer Handlungsbedarf gegen die Weißblechverpackung, gegen eine angebliche „Blechdosenlawine" bestehe nicht. Und dies vor allem aus zwei Gründen:

1977 schlossen das Bundesinnenministerium und die betroffenen Wirtschaftszweige Vereinbarungen mit dem Ziel, den Markt für Mehrweggebinde zu stabilisieren. Entgegen skeptischen Tönen der Einweg-Gegner wurde dieses Ziel bisher auch glatt realisiert. Seit mehreren Jahren signalisiert der zuvor stark gestiegene Verbrauch von Getränkedosen das Näherrücken einer Sättigungsgrenze. Der Anteil der Mehrweg-Verpackung im Getränkemarkt hingegen steigt. In 1982 besserte er sich von 75,4 auf 76,2 Prozent des Gesamtabsatzes an Bier, Mineralwasser, Getränken mit und ohne Kohlendioxyd sowie an Wein.

Im gleichen Jahr wuchs in diesem Markt der Absatz der nach Mehrwegsystem verpackten Getränke besonders stark um 6,1 Millionen Hektoliter oder dreißigmal so stark wie der nach Einwegsystem verpackten Getränke. Erste Zahlen für 1983 deuten eine Fortsetzung dieses Trends an: Absatzplus von vier Millionen Hektolitern oder rund drei Prozent im Mehrwegsystem; im Einwegsystem hingegen nur ein Zuwachs von 0,6 Millionen Hektolitern oder 1,5 Prozent.

Und trotz des für den „dosenfreundlichen" Freizeit- und Unterwegsbedarf extrem günstigen Jahrhundertsommers legten auch die Bier- und sonstigen Getränkedosen 1983 nur 2,5 Prozent im Absatz zu. So marschiere man getreulich bei der 1977 für das nächste halbe Jahrzehnt vorgesehenen Ziellinie von etwa 2,5 Milliarden Getränkedosen-Jahresverbrauch auf dem deutschen Markt, sagen die Weißblech-Leute.

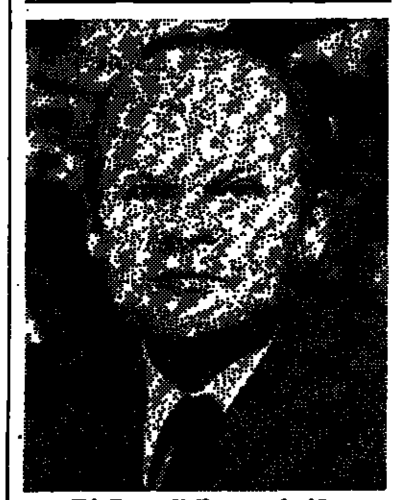
Diese Milliardenzahl bedarf auch in anderem Sinne einer Relativierung. Die leere Getränkedose ist kein mengenmäßig relevantes Umweltproblem unserer Volkswirtschaft. Am deutschen Gesamtabfallaufkommen von jährlich 523 Millionen Tonnen (1981) ist diese Dose nur mit 0,2 Promille beteiligt, am Hausmüll von 20 Millionen Jahrestonnen auch nur mit 0,5 Prozent. Wer sich als Umweltschutzpolitiker um zweifellos vorhandene Müllprobleme sorgt, sollte weiß Gott Gewichtigeres im Visier haben.

Oder er rutscht in den bösen Verdacht, sich in blindem Eifer mit vermeintlich guten Taten vor den Karren der Blechdosen-Konkurrenten spannen zu lassen. Die gibt's schließlich auch. Sie sind, wie der 1983 seltsamerweise mit dem Wohlwollen des Bundesinnenministeriums durch Getränkegroßhändler und Kleinstbrauereien gegründete „Verein zur Bekämpfung und Vermeidung von Einwegverpackungen", offenbar nur zu gerne bereit, eigene strukturelle Schwierigkeiten mit der Dosen-Konkurrenz „uneigennützig" unter dem Panier des Umweltschutzes tunlichst siegreich zu beenden.

Ihren Wettbewerb um die Verbrauchergunst aber sollten die Konkurrenten auf dem Verpackungsmarkt gefälligst ohne die Umweltschutzpolitik austragen. Wo kämen wir mit einer administrativen Verteuerung des Dosenverbrauchs schließlich hin? Doch nur auf den Weg, der Umweltschutz-Abgaben auf alte Autos, Kühlschränke und weiß der Himmel was zur logischen Folge hätte.

Das fördert natürlich die Schaffung behördlicher Überwacher-Arbeitsplätze. Aber sonst fördert es nichts. Von Eisenschrott-Verwertung und sonstigem Abfall-Recycling bis zur Kostenumlage der Hausmüllbeseitigung beim Privathaushalt nach „Verursacherprinzip" gibt es genug marktwirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten auch für diesen Teil unserer Umweltprobleme.

AUF EIN WORT



„Risikopolitik heißt nicht nur, das Kundenrisiko beurteilen, sondern selbst alle Möglichkeiten der Risikovorsorge ausschöpfen."

Albrecht Dietz, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Leasing AG, Frankfurt FOTO: DIE WELT

DIW: Bauvolumen expandiert kräftig

rtr, Berlin

Die deutsche Bauwirtschaft wird 1984 eine kräftige Expansion des realen Bauvolumens, gleichzeitig aber auch eine Nachfrageabschwächung als Folge des Auslaufens der staatlichen Förderungen verzeichnen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet daher für 1985 einen geringeren Zuwachs bei Produktion und Beschäftigung. Nach einer Zunahme von 4,5 Prozent auf 134,9 Mrd. Mark (zu Preisen von 1970) dürfte das Bauvolumen 1985 nur noch um 1,5 Prozent auf 137,2 Mrd. Mark steigen. Zu der Expansion des Bauvolumens in diesem Jahr werden, so das DIW, alle Baubereiche und Produzentengruppen beitragen. Am besten werde voraussichtlich wieder der Wohnungsbau mit einem Zuwachs beim Bauvolumen von sechs (1983: 0,7) Prozent abschneiden, gefolgt vom Wirtschaftsbau mit einem Plus von vier (1,7) Prozent.

AUTOMOBILPRODUKTION

Kunden sind verunsichert und halten sich zurück

INGE ADHAM, Frankfurt

Vor allem die Verunsicherung der Kunden hinsichtlich der Einführung der Katalysator-Autos ist nach Ansicht des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) daran schuld, daß die Autobestellungen aus dem Inland im vergangenen Monat weniger lebhaft geflossen sind als vor Jahresfrist. Auch die Aufträge für Januar und Februar zusammengenommen blieben unter dem Vorjahresstand, schreibt der VDA in seinem jüngsten Produktionsbericht.

Für die Bestellmüdigkeit der deutschen Kunden ist freiich noch ein anderer Grund auszumachen: Zahlreiche Käufe wurden wegen angekündigter und inzwischen vollzogener Preiserhöhungen, die die Kunden verärgerten, auf den Januar vorgezogen; die potentiellen Käufer von Pkw sehen sich wieder verstärkt unter den ausländischen Angeboten um. Den Bestellungen aus dem Ausland für deutsche Pkw bescheinigt der VDA demgegenüber „weiterhin einen günstigen Verlauf". Bereits im Februar ist der Export gegenüber Januar stärker als saisonüblich auf 212 500 Pkw/Kombi gestiegen, 16 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Unverändert schwach lief dagegen der Nutzkraftwagenexport mit 15 800 Einheiten.

Insgesamt zeigt die Monatsproduktion mit 378 200 Pkw/Kombi und 26 200 Nutzkraftwagen im Februar kaum Veränderungen gegenüber den Vormonaten. Gegenüber dem noch schwachen Produktionsergebnis vom Februar 1983 ergibt sich jedoch ein Plus von 15 Prozent bei den Pkw (je Arbeitstag) und von immerhin fünf Prozent bei den Nutzkraftwagen.

HANNOVER-MESSE

Wirtschafts-Belebung sorgt für neuen Ausstellerrekord

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die höchste Ausstellerzahl ihrer Geschichte verzeichnet die Hannover-Messe '84. Klaus E. Goehrmann, neuer Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, sieht die Ursache dafür nicht nur in dem „positiven Reizklima" der Veranstaltung selbst, sondern vor allem in der Klimaverbesserung am Weltwirtschaftshorizont. Dafür spreche vor allem die kräftig gestiegene Beteiligung des Auslands. Von den 6419 (1983: 5850) Direktausstellern kommen 2342 (1772) aus anderen Ländern. Wesentlichen Anteil daran hat allerdings die „Superbeteiligung" des diesjährigen Partnerlandes Indien, das von 377 Unternehmen repräsentiert wird.

Eröffnet wird die größte Investitionsgüterschau der Welt, die vom 4. bis zum 11. April dauert, am Vorabend durch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff.- Schon jetzt, so Goehrmann, liegen dem Veranstalter zahlreiche Anmeldungen von offiziellen Delegationen mit hochrangiger Besetzung vor. Dies gilt vor allem für Besucher aus den RGW-Ländern. Insgesamt rechnet Goehrmann aber mit geringeren Besucherzahlen als im Vorjahr (660 000).

Erneut setzt sich die Hannover-Messe aus ingesamt zehn Fachmessen zusammen. In 23 Hallen und auf dem Freigelände wird eine Netto-Ausstellungsfläche von 430 000 Quadratmetern belegt, fast 30 000 mehr als 1983. Hinzu kommen rund 18 00 Quadratmeter, auf denen Sonderschauen gezeigt werden. Das Schwerpunktthema der Hannover-Messe '84 lautet „Technologien zur sinnvollen Energienutzung".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zinsanstieg in den USA treibt den Dollarkurs

Frankfurt (cd.) - Der anhaltende Zinsanstieg in den USA, wo die Notenbank nach dem Eindruck vieler Beobachter die geldpolitischen Zügel angezogen hat, beschleunigte gestern an den Devisenmärkten den Auftrieb des Dollarkurses, der bei der amtlichen Frankfurter Notierung von 2,6354 auf 2,6568 Mark stieg. Gleichzeitig verschlechterte sich die Stimmung am deutschen Rentenmarkt weiter. Unter dem Druck eines zunehmenden, auch ausländischen Angebots schwächten sich die Kurse bis um 0,75 Prozentpunkte ab. Die von der Bundesbank berechnete Durchschnittsrendite börsennotierter Bundesanleihen erhöhte sich von 7,86 auf 7,91 Prozent, nachdem sie am 7. März noch bei 7,76 Prozent gelegen hatte.

Höherer Lebensstandard

London (fu) – Der Lebensstandard der Briten ist im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent gestiegen. Damit war den jüngsten offiziellen Statistiken zufolge die Kaufkraft zum ersten Mal höher als 1979, als die schwere Rezession einsetzte und die konservative Partei die Regierung übernahm. Das verfügbare Volkseinkommen lag im vergangenen Jahr real um 2,3 Prozent über dem von 1979. Das Bruttosozialprodukt stieg den endgültigen Statistiken für das vergangene Jahr zufolge gegenüber 1982 um drei Prozent.

Mehr Strom verbraucht

Frankfurt (DW) - Das Konjunkturbarometer Strom steht weiter auf Hoch: 30,2 Mrd. Kilowattstunden wurden im Februar 1984 aus dem Netz der öffentlichen Versorgung verbraucht. Das waren 8,4 Prozent mehr als im Februar 1983. Ohne Berücksichtigung des Schalttages im Februar 1984 beträgt der Zuwachs rund vier Prozent. Das meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt.

Vergünstigung abgelehnt

Washington (rtr) – Der Finanzausschuß des US-Senats hat eine Steuervergünstigung für die Pan American World Airways (PanAm) abgelehnt, mit deren Hilfe die Fluggesellschaft neue Jets für ihre Flüge zwischen der Bundesrepublik und Berlin anschaffen wollte. PanAm will ihre auf den Berlin-Routen eingesetzten Boeing-737-Flugzeuge durch MC-80-Modelle von McDonnell Douglas ersetzen, hatte aber eine Investitions-Steuergutschrift beantragt, um einen Teil des Kaufpreises von 400 Mill. Dollar finanzieren zu können.

Dänemark-Anleihe

Düsseldorf (Py.) – Dänemark beabsichtigt, eine Anleihe in zwei Tranchen zu je 150 Mill. DM aufzulegen. Die erste Tranche ist bei einer Festlaufzeit von fünf Jahren mit einem Zinssatz von 7⅝ Prozent und einem Ausgabekurs von 99,75 Prozent (Rendite 7,69 Prozent) ausgestattet, die zweite Tranche ist auf zehn Jahre festgelegt, hat einen Zinssatz von 7⅞ Prozent und einen Ausgabekurs von 99,5 Prozent, was einer Rendite von 7,95 Prozent entspricht. Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank übernommen.

Rekord-Kursniveau

London (fu) – Das Kursniveau an der Londoner Aktienbörse hat eine neue Rekordmarke überschritten. Im Gefolge des überaus positiv aufgenommenen Budgets, herabgesetzter Zinsen und sehr guter Unternehmensergebnisse überschritt der Financial-Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte am Mittwoch erstmals die 900-Punkte-Marke. Damit ist der Index seit Montag vergangener Woche um knapp 62 Punkte geklettert. Erst im Januar war die 800-Punkte-Marke überschritten worden.

Wochenausweis

	15.3.	7.3.	15.2.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	72,8	72,0	68,3
Kredite an Banken	70,3	73,8	74,3
Wertpapiere	7,4	7,5	7,8
Bargeldumlauf	101,9	102,7	100,9
Einl. v. Banken	42,6	48,5	47,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	5,5	2,0	3,4

Frage: Der Fortschritt in Elektronik und Elektrotechnik?
Neue Wege zur wirtschaftlichen Produktion? Zur besseren Kommunikation?
Mehr Sicherheit in der Installation? Energie sinnvoll nutzen?
Ein einmaliger Überblick? Ein klar gegliedertes Angebot? Auf einer Messe?

Antwort: Weltmarkt Elektronik/Elektrotechnik

...auf der Messe der Messen

Mittwoch, 4. – Mittwoch, 11. April



SCHUHINDUSTRIE / Preiserhöhungen angekündigt

Weiter an Boden verloren

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Verbraucher müssen im laufenden Jahr mit erheblichen Preissteigerungen für Schuhe rechnen. Der Vorsitzende des Hauptverbands der Deutschen Schuhindustrie, Horst H. Bassler, hofft dabei, fürseine Branche zwischen 4 und 10 Prozent höhere Preise durchsetzen zu können, die sich im Fachhandel mit etwa 5 Prozent niederschlagen werden. Ein schwacher Trost: Im Vergleich zu einigen wichtigen europäischen Lieferländern, wie zum Beispiel Italien, fallen diese Steigerungsraten „bescheiden" aus. Dafür haben diese Länder aber auch auf dem deutschen Markt ihre Quittung erhalten: Italien, nach wie vor größter Lieferant, mußte seine Importe in die Bundesrepbulik um 3,2 Prozent auf 97,8 Mill. Paar zurücknehmen. Dort stiegen die Preise inzuischen um 15 bis 35 Prozent.

Bassler erwartet jedoch Probleme in der Durchsetzbarkeit der notwendigen Preiserhöhungen. Einen Ausweg sieht er allenfalls in der Notwendigkeit, die Preise künftig in kleineren Schritten als den bisher für 9 Monate üblichen Erhöhungen zu vollziehen. Das dürfte dann der Fall sein, wenn die Lederpreise wie bisher explosionsartig steigen sowie Häute und Felle weiter knapp bleiben.

Im Jahresvergleich sind Kälber- und Rinderhäute (je nach Qualität und Stärke) um 50 bis 100 Prozent teurer geworden. Vormaterialien um 5 bis 10 Prozent, Leder um 10 bis 40 Prozent. Angesichts eines durchschnittlichen Materialanteils von 50 (Leder 30 bis 40) Prozent wird die Problematik geringerer Schlachtraten in den traditionellen Häutelieferländern erkennbar.

Wachsender Importdruck (plus 2 Prozent auf rund 207 Mill. Paar und 4,4 Prozent Plus auf 3,97 Mrd. DM) sowie zunehmender Protektionismus haben der deutschen Schuhindustrie 1983 nicht die erhoffte Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung gebracht. Die Inlandsproduktion ging um 4 Prozent auf 92,1 Mill. Paar zurück; mit 49,2 Mill. Paar wurden 3,5 Prozent weniger Straßenlederschuhe hergestellt.

Die größte Enttäuschung war der Herrenschuh-Bereich, dessen Produktion um 8 Prozent auf 14,2 Mill. Paar zurückfiel. Beim Import verbuchten die ostasiatischen Lieferländer zum Teil zweistellige Zuwachsraten, wobei ein deutlicher Trend zu höherwertigen Qualitäten sichtbar wird.

Zufrieden können die deutschen Anbieter mit dem Export sein, der inzwischen ein Drittel der Produktion (1982: 28,3) Prozent) und fast 20 Prozent des Gesamtumsatzes bestreitet. Tröstlich auch, daß der Handel der 1983 etwa 12 Mrd. DM umgesetzt haben dürfte, eine Tendenz zu stärkerem Qualitätsbewußtsein beim Verbraucher erkennt. Während der Paarzahl-Absatz um 1 bis 2 Prozent zurückging und die Preise um 3 Prozent stiegen, wuchs der durchschnittliche Paarwert um 6,5 Prozent.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELTspricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
01-538

Unterschrift:

US-KONJUNKTUR / Handelsminister Baldrige befürchtet keine Überhitzung

Wachstum viel stärker als erwartet

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Wirtschaft wächst viel schneller als von der Reagan-Administration und den privaten Forschungsinstituten vorausgesagt. Das zeigt die erste „Blitz"-Schätzung des Handelsministeriums in Washington für das erste Quartal 1984. Danach nimmt die Wertschöpfung real um 7,2 Prozent zu, verglichen mit fünf Prozent in der vorausgegangenen Oktober-Dezember-Periode. Allgemein war mit rund sechs Prozent gerechnet worden – eine Rate, die auch etwa für das zweite Quartal gelten sollte.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige vesuchte die Finanzmärkte mit dem Hinweis zu beruhigen, es handele sich um eine „temporäre Beschleunigung", Anzeichen für eine wirtschaftliche Überhitzung gebe es nicht. Vielmehr seien im ungewöhnlich kalten Dezember geplante Aktivitäten in den Januar verlegt worden, was sich an den Einzelhandelsumsätzen, der Industrieproduktion und den Bauaufwendungen insgesamt ablesen lasse.

Für die Administration bestehe kein Grund, die Wachstumsprognose für das Gesamtjahr 1984 – real 4,5 Prozent – zu korrigieren, fuhr Baldrige fort. Er stützte seine These auch mit der Entwicklung in der US-Automobilindustrie, die im ersten Quartal ihren Ausstoß um 17 Prozent erhöht habe, was mehr als einem Drittel der hohen Wachstumsrate entspräche. Im zweiten Quartal würden einige Montagewerke geschlossen, um für das kommende Modelljahr umgerüstet zu werden.

Nicht so einfach sehen es die Finanz- und Devisenmärkte: Für sie steht nun fest, daß die Rekordhaushaltsdefizite derartige Nachfrageschübe entwickeln, daß die Bremswirkungen der enormen Realzinsen bei weitem übertroffen werden. Nicht in Sicht ist eine baldige Normalisierung des Wachstumstempos auf traditionelle drei Prozent. Was zunimmt, sind die Inflationsgefahren. In dieser Situation muß die US-Notenbank eher auf die Geldbreme treten. Zusammen mit der steigenden privaten Kreditnachfrage verstärkt sich dadurch zwangsläufig der schon nach oben gerichtete Zinstrend.

Um 0,1 Prozent heraufgesetzt hat das Ministerium die Zunahme des US-Bruttosozialprodukts im vierten Quartal 1983, so daß das Gesamtplus real 3,4 (1982: minus 1,9) Prozent ausmachte. Im laufenden Quartal hat sich der Preisdeflator von 3,9 auf 4,4 Prozent erhöht. Nominal stieg die Wertschöpfung um 12 (9,1) Prozent auf 3535 Mrd. Dollar (Jahresrate), zu Preisen von 1972 wurden 1600 Mrd. Dollar erreicht.

Bestätigt hat das Ministerium die erheblich verbesserte Ertragslage der US-Unternehmen. Aus laufender Produktion erhöhten sich die Gewinne im vierten Quartal um 7,9 Prozent auf eine saisonal bereinigte Jahresrate von 268 Mrd. Dollar. Besonders eindrucksvoll war der Anstieg bei Gebrauchsgütern wie Autos.

VEBA OEL / Venezuela-Vertrag gefährdet

Querelen um die Gültigkeit

HANS BAUMANN, Essen

Der vor einem Jahr geschlossene Vertrag zwischen Veba Oel und der venezolanischen Staatsgesellschaft Petroven ist in Caracas zwischen die politischen Mühlsteine geraten. Nachdem die AC (Accion Democratia) die christich-soziale Regierung abgelöst hat, wird von der neuen Regierung behauptet, der Vertrag hätte vor der Unterschrift der Regierung das Parlament passieren müssen. Die Christdemokraten dagegen behaupten, daß ihnen der Prokurator als verbindlicher Rechtsberater der Regierung grünes Licht für den Vertrag gegeben habe – ohne Parlamentsplazet.

Der Energie- und Bergbauminister Grisanti sagte, daß das Parlament nachträglich über die Gültigkeit des Vertrages entscheiden müsse. Der Chef der Energiekommission, Armas, spricht von Verfassungswidrigkeit und behauptet, Venzuela habe bisher „nicht einen Cent" von Veba Oel bekommen. Zu diesem Vorwurf sagt Veba Oel, daß die für Petroven verkauften Produkte im letzten Jahr im Werte von 1 Mrd. Dollar „selbstverständlich" prompt bezahlt worden seien.

Mit dem Vertrag kaufte sich Petroven zu 50 Prozent bei der Veba Oel GmbH mit ihren 10,5 Mill. t Kapazität ein, verarbeitet dort im Jahr 5 Mill. t Schweröl und überläßt der Veba Oel die Vermarktung. Ergebnis des Vertrages für Caracas: Das chronische Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik von 400 Mill. DM Anfang 1980 ist 1983 in einen Überschuß von 2,5 Mrd. DM umgewandelt worden. Venezuela ist auf Platz 5 der Rohöl-Lieferanten der Bundesrepublik aufgerückt.

Der Vertrag ist über 20 Jahre abgeschlossen worden. Die Öllieferungen gehen ungehindert weiter. Interessant ist es zu wissen, daß der Anstoß für diesen Vertrag vor rund fünf Jahren von der damals ebenfalls regierenden Accion Democratia ausging. Veba Oel: Kein Kommentar!

Jugoslawien: Weg für IWF-Kredit frei

rtr, Belgrad

Das jugoslawische Parlament hat den zwischen der Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelten Bedingungen für eine Kreditgewährung zugestimmt und damit den Weg für eine baldige Unterzeichnung eines IWF-Bereitschaftskredits über 500 Mill. Dollar geebnet.

Zu den von Jugoslawien zu erfüllenden Bedingungen für den IWF-Kredit erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Borislav Srebric, die Zinsen in Jugoslawien müßten bis 1985 schrittweise auf ein leicht über der Inflationsrate liegendes Niveau angehoben werden. Ferner soll der Dinar Mitte dieses Jahres erneut abgewertet und dann periodisch angepaßt werden. Schließlich müsse Jugoslawien mindestens 55 Prozent der gegenwärtig eingefrorenen Preise freigeben, so daß mit Preissteigerungen im Energie- und Dienstleistungsbereich zu rechnen sei.

Die westlichen Gläubiger hatten darauf bestanden, daß Jugoslawien zunächst eine Vereinbarung mit dem IWF über einen Beistandskredit schließt, bevor sie dem Land weitere Finanzhilfen.

UMWELTSCHUTZ / Ministerium gegen Autoindustrie

Kritik an Bremsversuchen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Überraschung und Verwunderung" haben die kritichen Äußerungen zur Umweltpolitik der Bundesregierung des Geschäftsführers des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Achim Diekmann, im Bundesinnenministerium hervorgerufen. Die Feststellung Diekmanns, das Konzept für die Einführung umweltfreundlicherer Autos durch Katalysatoren und bleifreies Benzin sei in der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gewollten Form nicht durchzuhalten, hat den Staatssekretär Franz Kroppenstedt aus diesem Hause zu einer scharfen Erwiderung veranlaßt.

In einem Brief an Diekmann stellt Kroppenstedt fest, das Bremsen der Automobilhersteller auf diesem Sektor sei „wenig geeignet, uns dem gemeinsamen Ziel näher zu bringen, die deutsche Automobilindustrie auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes und damit einer in die Zukunft gerichteten Entwicklung an die Spitze des technischen Fortschritts zu setzen". Es sei zudem ein wesentlicher Unterschied zwischen Diekmanns Äußerungen und dem Verhalten der Mitgliedsfirmen des Verbandes festzustellen, die „eine Einführung des umweltfreundlichen Autos schon vor 1986" (dem von Zimmermann genannten Datum) „energisch vorantreiben". Die Bevölkerung werde für die negative Haltung des Geschäftsführers wenig Verständnis aufbringen. Wörtlich heißt es in dem Brief Kroppenstedts: „Es wäre der gemeinsamen Aufgabe und Ihren eigenen Interessen daher dienlich, wenn sie Ihre Verzögerungstaktik aufgeben und zu einer konstruktiven Kooperation zurückfinden würden".

Die Automobilindustrie, deren Innovationskraft und Leistungsfähigkeit stets Anerkennung und Bewunderung gefunden hätten, müsse ihre Kräfte voll auf die Umstellung ihrer Produktion auf umweltfreundliche Fahrzeuge konzentrieren. Dazu gehöre insbesondere, daß auch der Vorstand der Automobilindustrie sich auf die neuen Anforderungen, ein umweltfreundliches Auto nach den schon gültigen US-amerikanischen Abgasregelungen zu bauen, einstelle. Dies seien Anforderungen, die für die deutsche Automobilindustrie „alles andere als Neuland sind".

FRANKREICH / Selbstfinanzierung der Firmen sinkt

Unbefriedigende Erträge

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Ertragslage der französischen Unternehmen hat sich im letzten Jahr global gesehen nicht weiter verschlechtert. Sie liegt damit aber immer noch auf einem für die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit „unzureichenden" Niveau. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Banque Nationale de Paris (BNP), der größten der verstaatlichten Großbanken Frankreichs.

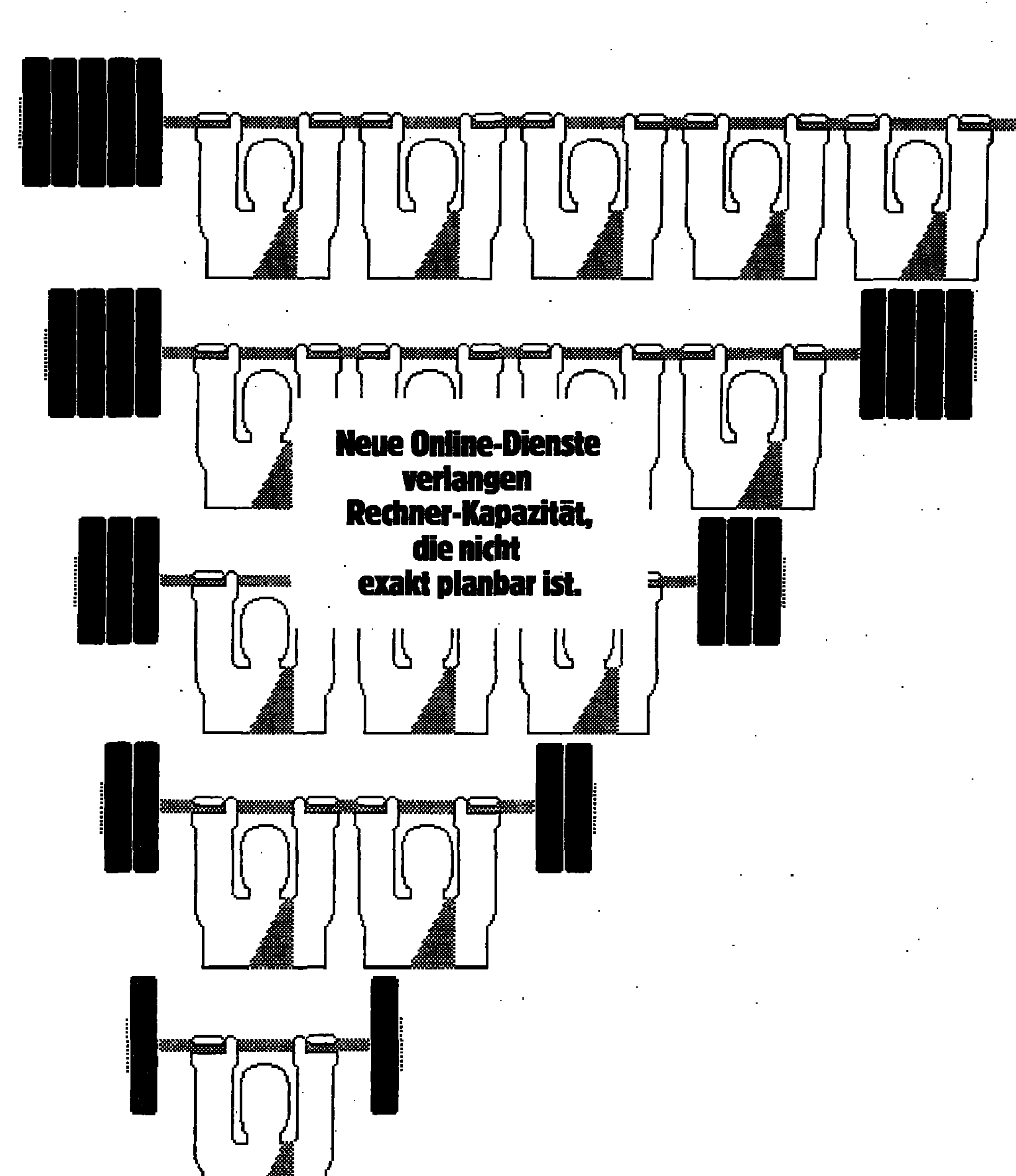
An dem erwirtschafteten „Mehrwert" erreicht der Bruttogewinn der Unternehmen 1983 einen Anteil von nur 23,5 Prozent. Vor dem ersten Ölpreisschock waren es mehr als 29 Prozent gewesen.

Bereits seit 1974 geht die Selbstfinanzierungsmarge der französischen Unternehmen zurück. Demzufolge nahm ihre Verschuldung zu. Seit Anfang der 80er Jahre haben sich dann auch unter dem Eindruck der internationalen Zinshausse die Finanzlasten stark erhöht. Dies führte zu einer „brutalen Verminderung" der Gewinne, schreibt die Bank.

Hinzugekommen sei, daß die sozialistische Regierung die Sozialabgaben der Unternehmen beträchtlich erhöhte. Außerdem stiegen bis 1982 die Preise für Zwischenprodukte schneller als deren Verkaufspreise.

Wenn dieser negativen Ertragsentwicklung 1983 Einhalt geboten werden konnte, so lag dies nach Angaben der BNP an der Mäßigung des Lohnkostenanstiegs und an der Franc-Abwertung und der Dollarhausse, die zu höheren Exporterlösen führten. Etwas höhere Erträge als 1982 verbuchten nach den Feststellungen der BNP die besonders exportstarken Unternehmen. Allgemein behaupteten sich die kleinen und mittleren Unternehmen besser als die großen Konzerne. Die Investitionen der Privatwirtschaft gingen aber durchweg zurück, während die der staatlichen Unternehmen auf Anweisung der Regierung gesteigert wurden.

Für dieses Jahr erwartet die BNP eine weitere Zunahme der Ausfuhr und Preiserhöhungen, die den Kostenerhöhungen der Unternehmen entsprechen – mit Ausnahme der Finanzkosten, die real weiter steigen würden. Die für eine Verbesserung der Investitionstätigkeit notwendige Ertragssteigerung würde deshalb nicht erreicht werden können.



Neue Computer-Anwendungen durch die Einführung neuer Dienste wie Online-Geldautomaten, Bildschirmtext, Kassen (POS)-Terminals, interne Betriebsdaten-Erfassung oder Weiterentwicklungen der Büro-Automation haben eines gemeinsam: Die Nutzungsintensität ist kaum vorhersehbar – und dadurch kann die benötigte Rechnerkapazität nicht präzise geplant werden. Dieses Problem ist völlig neu: Bisher wußte man genau, daß an z.B. 20 oder 200 Terminals eine bestimmte Mitarbeiterzahl einen bestimmten Zeitraum pro Tag arbeitet. Die neuen Online-Anwendungen aber ermöglichen einer unbekannten Nutzerzahl eine nicht exakt definierbare Menge von Transaktionen – die Nutzungsintensität ist zunächst eine relativ unbekannte Größe.

Tandem löst das Problem: mit flexibler Leistungsanpassung an wachsendem Bedarf.

Gerade in dieser Situation ist das Tandem-Konzept in jeder Beziehung eine ideale Problemlösung. Denn Tandem schlägt in diesen Fällen eine Brücke zwischen Ihrer bestehenden Mainframe-Installation und den neuen Zugriffs-Stationen. Dabei können Sie mit der kleinsten Tandem-Einheit starten und sie durch kontinuierlichen Ausbau dem wachsenden Bedarf anpassen.
Durch das Zusammenspiel verschiedener Vorteile kann Tandem diese Brücken-Funktion perfekt erfüllen: Sie haben zum Beispiel an beiden Enden dieser Tandem-Brücke die Freiheit der Wahl – in Bezug auf den schon vorhandenen Stapelverarbeitungs-Rechner ebenso wie bei den Terminals.
Diese Verbindungsvielfalt erlaubt sogar die Verknüpfung unterschiedlicher System-Architekturen: So ist es möglich, verschiedene Abteilungen eines Unternehmens miteinander kommunizieren zu lassen, in denen unterschiedliche EDV-Systeme arbeiten, die nicht kompatibel sind.
Die Grundlagen für dieses Höchstmaß an Flexibilität sind die drei Tandem-Prinzipien, die die innovative Kraft dieses Computer-Konzeptes zeigen:
Erstens garantiert Tandem Ihnen eine nahezu unbegrenzte Ausbaubarkeit von mittelgroßen Zwei-Prozessor-Systemen bis zum weltweiten Netzwerk, das aus bis zu 255 Systemen bestehen kann. In jedem davon können zwischen zwei und 16 Prozessoren arbeiten. Zweitens können in jeder denkbaren Ausbaustufe ohne jede Änderung die gleichen Programme eingesetzt werden: Das gilt für eine lokale Tandem-Installation ebenso wie für ein weit verzweigtes Netzwerk. Dabei kann bei der Erweiterung einzelner Systeme um weitere Prozessoren das Tandem-System ungestört weiterlaufen – es bleibt auch während anderer Service- und Wartungs-Arbeiten voll verfügbar. Drittens schließt das von Tandem entwickelte Konstruktions-Prinzip die Gefahr von Ausfällen praktisch aus – es ist ein NonStop-System. Diese Architektur sichert die höchste Verfügbarkeitsstufe als serienmäßigen Bestandteil des Tandem-Konzeptes. Der Vorsprung in diesem entscheidenden Sicherheitsbereich ist nicht zuletzt deshalb so deutlich, weil Tandem als erster in der Lage war, ausfallgeschützte Rechnersysteme für den kommerziellen Einsatz anzubieten.
Wenn Sie jetzt das Gefühl haben, mehr über Tandem wissen zu müssen, sollten Sie uns schreiben:
Tandem Computers GmbH, Ben-Gurion-Ring 164, 6000 Frankfurt/Main 56.
Oder wir sehen uns auf der Technobank in Genf oder der Hannover-Messe, CeBit B 5302/5402.

Tandem-Geschäftsstellen: Hamburg, Dortmund, Düsseldorf/Hilden, Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Zürich.
Tandem-Fertigung: Neufahrn bei München.

TANDEM
Wo Erfolg vom Computer abhängt, geben wir Sicherheit.

SB-WARENHÄUSER / Verkaufsfläche gewachsen

Für flexiblen Ladenschluß

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutschen SB-Warenhäuser stehen einer Änderung der bestehenden Regelung des Ladenschlußgesetzes im Sinne größerer Flexibilität durchaus positiv gegenüber. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW), Günter Mössner, mochte sich anläßlich der Jahrestagung des Verbands „nur über die Verbissenheit der Diskussion" wundern, die „bemerkenswerterweise" vom Pakt der Gewerkschaften mit den innerstädtischen Warenhäusern geprägt sei. Die realistischen Hoffnungen, das Gesetz zu ändern, sind für ihn derzeit gleich Null.

Anders beim Rabattgesetz: Der Handel könne ohne das Rabattgesetz leben, das eigentlich zum Schutz der Kleinen gedacht war. Dabei sei es ein offenes Geheimnis, daß z. B. im Rundfunk/TV-Handel, aber auch bereits im Bereich der Damenoberbekleidung offen mit unstatthaften Preisnachlässen geworben wird.

In den verschiedenen Arbeitskreisen der Jahrestagung betonten Podiumsdiskutanten die Wachstums-Chancen von SB-Warenhäusern im Nichtlebensmittel-Bereich, insbesondere bei Wohnmärkten, Textilien und Haushaltswaren und im Freizeitmarkt. Für alle diese Bereiche seien jedoch differenzierte Sortimentsstrategien erforderlich. Gegenwärtig litte die Entwicklung noch an der (vielleicht auch nur vermeintlich) mangelnden Fachkompetenz der Anbieter. SB-Warenhäuser hätten jedoch die Chance, sich zu Fachmärkten zu mausern. Zusammen mit der Markenartikel-Industrie ließe sich sogar der Oberbekleidungsbereich im SB-Warenhaus aus dem „Dornröschenschlaf" erwecken. Vor einer Überbetonung des Selbstbedienungsaspekts wurde verschiedentlich gewarnt. Durch neue Präsentationsformen müsse auch die „lose Selbstbedienung" erprobt werden.

Mössner bezifferte den SB-Warenhaussektor auf 40 Zentralen mit 400 SB-Warenhäusern (ab 2000 qm Verkaufsfläche). Insgesamt dürfte der Umsatz bei 55 bis 60, bei den BdSW-Mitgliedern zwischen 30 und 35 Mrd. DM liegen. Davon entfallen 60 Prozent auf Lebensmittel.

Ende letzten Jahres existierten 2218 (2060) SB-Center und SB-Warenhäuser (über 1000 qm Verkaufsfläche). Mit ihnen stieg auch die Verkaufsfläche um 5 Prozent auf fast 7,3 Mill. qm. Damit war der Zuwachs an Zahl und Fläche seit 1978 bzw. 1979 nicht mehr so groß wie 1982. Mit einer Durchschnittsfläche von 3290 (3370) qm sank jedoch die Größe seit 1976 (3900 qm) kontinuierlich.

KLÖCKNER-WERKE / Viele gute Vorsätze für den Weg in eine bessere Zukunft – Belebung wird spürbar

Die Last der Stahlverluste wiegt noch sehr schwer

J. GEHLHOFF, **Duisburg**

Meist zweistellige Zuwachsraten verzeichne der ohnehin gut rentierliche stahlferne Verarbeitungsbereich in seinem aktuellen Geschäft; im verlustreichen Stahlbereich spüre man nun in Tonnen und Preisen gleichfalls die Konjunkturbelebung, die für das Kalenderjahr 1984 eine Erholung der bundesdeutschen Stahlerzeugung um 10 Prozent „nicht ausgeschlossen" erscheinen lasse: Das sind nicht die einzigen positiven Daten, mit denen Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow den dicken Verlustabschluß der Klöckner-Werke AG, Duisburg, für 1982/83 (30. 9.) präsentiert.

Der Blick nach vorn zeigt noch mehr Verheißungsvolles. Bis zum Beginn von 1985/86 versprechen zwei große Kostenblöcke eine Entlastung der Jahresrechnung um circa 0,5 Mrd. DM. Die eine Hälfte davon aus dem derzeit laufenden und zu zwei Dritteln auf den Stahlbereich konzentrierten Abbau der Konzernbelegschaft (Konsolidierungskreis) um weitere 5000 Leute oder um 17 Prozent. Die andere Hälfte aus der nun endlich sinkenden Tendenz des Kapitaldienstes (vor allem Abschreibungen und Zinsaufwandsaldo), der schon im Berichtsjahr mit noch 563 (675) Mill. DM seinen vorjährigen Gipfel hinter sich brachte.

Der Blick zurück auf 1982/83 freilich ist düster. Den etwa 10 000 Aktionären (darunter die Klöckner-Familiengruppe mit gut der Hälfte von 469 Mill. DM Aktienkapital) wird zur Hauptversammlung am 2. Mai ein Abschluß mit einem Konzernverlustvortrag von 245 (135) Mill. DM vorgelegt, der nun nahe an die offenen Rücklagen von weiterhin 284 Mill. DM herankommt.

Das ist bereits die durch Sondererträge (vor allem aus Rücklagen-Sonderposten) gemilderte Wahrheit. Im laufenden Geschäft endete dieser zweitgrößte deutsche Stahlproduzent mit einem Betriebsverlust von 245 (206) Mill. DM. Der war praktisch identisch mit 244 (185) Mill. DM Betriebsverlust beim Stahl. Der gesamte Verarbeitungsbereich mit weiterhin rund 44 Prozent Anteil am Weltumsatz brachte noch 23 (18) Mill. DM Betriebsgewinne, die für sonstigen Konzern-Betriebsaufwand herhalten mußten.

Noch wagt der Vorstand keine Prognose, ob und wann in 1983/84 der Stahl aus dem Verlust kommt. Gesund soll er, das bedingt auch die Klöckner zugedachte Hilfe von gut 0,5 Mrd. DM aus dem Bonner Stahl-Strukturprogramm, auf jeden Fall ab 1985/86 sein. Der Weg dahin ist mit guten Vorsätzen gepflastert: „Weiterer Kapazitäts- und Kostenabbau im Stahl unter Einsatz neuer Technologien bei gleichzeitigem Festigen des technologischen Spitzenstandes unserer Verarbeitung und gezielt fortgeführter Diversifizierung."

Gelöst oder der Lösung nahe ist das Quoten- und Bußgeldproblem für die große Bremer Flachstahlhütte. Die Hütte fährt ab 1. Quartal 1984 wieder „quotentreu" mit 100prozentigem Stranggußeinsatz und derzeit 240 000 t Monatsauslastung, nachdem eine nahezu fertige „Paketlösung" aus Kauf und Tausch und EG-Sonderzuteilung die für eine halbwegs auskömmliche Beschäftigung fehlenden 80 000 Monatstonnen zusammenbrachte. Bußgelder für die vergangenen „Notwehr"-Quotenüberschreitungen (mit 160 Mill. DM von der EG-Kommission verhängt) hat Klöckner nur mit den vom Europäischen Gerichtshof schon bestätigten 30 Mill. DM teils gezahlt und größtenteils in die Rückstellungen gepackt. Für die Regelung des großen Restes bestehe Einigkeit auch mit der EG-Kommission, daß dies „ohne Existenzgefährdung des Unternehmens" geschehe, im wesentlichen also andere Wege als die „unmögliche" Barzahlung vorsehe und somit auch weiterhin keinen Rückstellungsbedarf in der Bilanz begründe.

Eisern verschweigt der Vorstand, welche Partner Klöckner nun bei der Maxhütte hat, wo man sich zwecks „Mittelständler"-Quotenaufbesserung um ein Zehntel unlängst auf weniger als 50 (99,7) Prozent Beteiligung zurückzog. Konkreter wird's zum stahlfernen Verarbeitungsbereich: Im Spezialmaschinenbau und in der Kunststoffverarbeitung (PVC-Folien) habe man 1982/83 rund 37 (24) Mill. DM Gewinne in die Konzernrechnung gebracht, weitere 23 (25) Mill. DM bei Auslandstöchtern gelassen und somit insgesamt eine Rendite von gut 3 Prozent des knapp 2 Mrd. DM großen Umsatzes erreicht. Dieses mit geringem eigenen Kapitaleinsatz und um so mehr Einfallsreichtum vor allem in den letzten zehn Jahren aufgebaute Reich mit Spitzenpositionen in der jeweiligen Weltrangliste soll schon 1983/84 auch durch Zukäufe noch größer werden.

Klöckner-Konzern	1982/83	± %
Weltumsatz (Mill. DM)	6498	- 2,7
Auslandsanteil (%)	44,5	(43,9)
Rohstahl (1000 t)	4511	- 4,0
Walzstahl	4081	- 4,8
Belegschaft (30.9.)	33 805	- 6,7
Sachinvestitionen[1]	312	- 2,2
Abschreibungen[1]	254	+ 21,0
Cash-flow[1]	117	- 28,0
Zinsaufwandsaldo[1]	264	- 27,3
Jahresergebnis[1]	- 140	(- 18,2)

[1] nur Konsolidierungskreis

BULL-GRUPPE

Noch tief in roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Während die großen internationalen EDV-Konzerne mehr oder weniger spektakuläre Gewinne erzielen, steckt die französische Bull-Gruppe – Nummer 12 in der Weltrangliste – noch tief in den roten Zahlen. Der von der sozialistischen Regierung verstaatlichte Konzern mit einer Belegschaft von 26 000 Personen weist für 1983 bei einem um 21,3 Prozent auf 11,6 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz einen Verlust von 625 Mill. Franc aus.

Zwar wurde das Vorjahresdefizit von 1,35 Mrd. Franc halbiert. Aber auch in diesem wie auch im nächsten Jahr könnte das finanzielle Gleichgewicht noch nicht wieder hergestellt werden, erklärte Bull-Präsident Jacques Stern auf einer Pressekonferenz. Dagegen hatte Industrieminister Laurant Fabius angekündigt, daß die meisten verstaatlichten Unternehmen (einschließlich Bull) bereits 1985 keinen negativen Abschluß mehr vorzeigen dürften.

Allerdings hat die Regierung die staatlichen Mittel für Bull von 1,5 Mrd. Franc in 1983 auf eine Mrd. für 1984 gekürzt. Auch will Stern „zur Vorbereitung der Zukunft" die Investitionen forcieren. Bereits 1983 waren sie um 20 Prozent auf rund 2 Mrd. Franc (einschließlich Forschung und Entwicklung) gesteigert worden, womit sie rund 20 Prozent des Umsatzes erreicht hatten. Gleichzeitig wurden die Finanzlasten auf 7,2 (9) Prozent des Umsatzes zurückgebracht.

WARNCKE EISKREM / Petrus Hilfe bleibt gefragt

Expansion nach Süden

JAN BRECH, **Hamburg**

Mit einer geringfügigen Absatzsteigerung von 0,2 Prozent und einem Umsatzplus von 0,4 Prozent auf 76,2 Mill. DM hat die Warncke Eiskrem GmbH & Co. KG, Schwanewede, das Jahr 1983 abgeschlossen. Der extrem schlechte Absatzverlauf im ersten Halbjahr, der nach Angaben des Geschäftsführers Rudolf Strothteicher ein Minus von etwa 15 Prozent brachte, konnte trotz des guten Sommerwetters in der zweiten Jahreshälfte allenfalls ausgeglichen werden. Bei einem Marktanteil von rund 6 Prozent dürfte Warncke mehr als 25 Mill. Liter Speiseeis abgesetzt haben. Auf Kleinpackungen entfielen davon überdurchschnittlich hohe 45 Prozent. Die Ertragslage ist nach Angaben von Strothteicher „mager, gesund" geblieben.

Um das Kundennetz über die traditionellen norddeutschen Verkaufsgebiete hinaus zu erweitern und um für Produktion und Vertrieb bessere Voraussetzungen zu schaffen, wird Warncke bis Ende dieses Jahres 7,8 Mill. DM investieren, wovon für 7,2 Mill. DM bereits entsprechende Aufträge vergeben worden sind. Rund die Hälfte fließt in den Ausbau der zentralen Produktionsstätte in Brundorf und in die Erweiterung der Lagerkapazität in Schwanewede. Weitere 3,4 Mill. DM investiert Warncke in den Fuhrpark und die Tiefkühlkette.

Für dieses Jahr erwartet Strothteicher ein Umsatzplus von 4 Prozent, obwohl im ersten Quartal leichte Einbußen hingenommen werden mußten. Voraussetzung für Wachstum sei allerdings, daß der Sommer wieder gut auch und auch lang werde.

Pfaff: Mindestens Vorjahresdividende

adh. **Frankfurt**

Eine Dividende „mindestens in Vorjahreshöhe" (5 DM je 50 DM-Aktie) kündigt der Vorstand der Pfaff AG, Kaiserslautern, jetzt im Aktionärsbrief an. Der Umsatz des Nähmaschinenherstellers ist 1983 um 9 Prozent auf 832 (763) Mill. DM gestiegen. Zu der Steigerung hätten die Bereiche Haushaltsmaschinen (294 Mill. DM) und Industriemaschinen (538 Mill. DM) fast in gleicher Weise beigetragen. Dies sei einmal Folge einer konjunkturellen Besserung, aber auch der erfolgreichen Einführung neuer Produkte. Im Ausland erzielte Pfaff 67 (66) Prozent seines Umsatzes; investiert wurden 28 (31) Mill. DM. Am Jahresende arbeiteten im Inlandskonzern 9177 (i. V. 9427) Mitarbeiter. Für das neue Geschäftsjahr rechnet der Vorstand mit weiter „realem" Wachstum.

FAST FOOD / McDonald's hält die Spitze – Neueinsteiger Aldi und Pepsi Cola

Gastronomie-Ketten auf dem Vormarsch

PETER ZERBE, **Hamburg**

Die Ketten-Gastronomie in der Bundesrepublik weitet sich immer mehr aus. Vom Gesamtumsatz der 140 000 Gastronomie-Betriebe von rund 30 Mrd. DM (ohne Übernachtungen) im vergangenen Jahr entfielen auf die 30 größten Unternehmen 4,01 Mrd. DM. Wie die in Frankfurt erscheinende Fachzeitschrift „fast food-Praxis" anläßlich der Internorga in Hamburg mitteilte, weist das deutsche Gastgewerbe eine deutlich mittelständische Struktur auf. 92,5 Prozent aller Unternehmen erwirtschafteten 1983 Jahresumsätze von weniger als 500 000 DM.

Die Hitliste der Top 30 wird wie 1982 von McDonald's, München, angeführt. Diese Kette setzte 506 Mill. DM gegenüber 454 Mill. DM in 1982 um. Den zweiten Platz nehmen die Bundesautobahn-Raststätten und Erfrischungsdienste mit 478,4 (466,8) Mill. DM ein. Die Lufthansa Service GmbH liegt mit 361 (330) Mill. DM auf dem dritten Platz. Die Wienerwald-Kette kam auf 325 (390) Mill. DM und fiel etwas zurück. Auf dem fünften Rang liegt die Kaufhof AG mit 276,7 (274,5) Mill. DM. Die Bundesbahn-Tochter DSG brachte es auf 270 (283) Mill. DM. Die Hertie-Gruppe liegt mit 244,6 (252,2) Mill. DM vor Karstadt mit 227 (232) Mill. DM. Auf dem neunten Platz liegt die Nordsee-Deutsche Hochseefischerei mit 214 Millionen Mark (200) vor der Mövenpick mit 142 Millionen Mark (104,1).

Ähnlich wie in anderen Wirtschaftszweigen erwarten die Fachleute für die nächsten Jahre beachtliche Strukturveränderungen, unter anderem vorangetrieben durch die Ausbreitung schlagkräftiger Ketten-Systeme. Neueinsteiger Nummer eins in den deutschen Fast Food-Markt war im vergangenen Jahr die Aldi-Gruppe mit ihrem Konzept Bill Collins. Neben der großen Finanzkraft (Gesamthandelsumsatz 1983 etwa 16 Mrd. DM) verfügt Aldi über ein enormes Plus: Er hat beste innerstädtische Standorte, die durch Verlagerungen an den Stadtrand frei gemacht werden können. Bisher wurden vier Betriebe eröffnet.

Nummer zwei ist Pepsi Cola. Die in den USA mit mehr als 4000 Betrieben größte Kette startete Ende 1983 in Frankfurt ihre „Pizza Hut's". Als dritter Newcomer will sich Tchibo, Wolfgang Herz, mit einem Nudelhaus „The Old Spaghetti Factory" in Hamburg am Fast Food-Mark etablieren.

NAMEN

Dominik von Winterfeld, seit 1975 Generaldirektor von Hoechst-England, ist zum Vorstandsvorsitzenden der Britischen Hoechst-Tochter ernannt worden. Er übernimmt dieses Amt von **Norman Mischler** (63), der Ende Juni aus dem Unternehmen ausscheiden wird.

Dr. Georg Weddige, Gründer und Inhaber des Metallwerks Dinslaken, der Handelsfirma Metall-Dinslaken und der Metallverhüttung Berlin, vollendete gestern sein 75. Lebensjahr.

Günter Cott (46), zuletzt General-Manager der deutschen Gesellschaft Black & Decker, ist zum Vize-Präsidenten des US-Unternehmens ernannt worden.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt. Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz.®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die **mietfinanz** hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

EBERSPÄCHER

Schub durch Katalysatoren

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit Umsatzimpulsen rechnet die u. a. auf dem Gebiet der Kraftfahrzeug-Abgastechnik führende Eberspächer-Firmengruppe, Esslingen, durch den wachsenden Bedarf an Abgaskatalysatoren und eine Erholung des Geschäfts mit Fahrzeugheizungen. Eine Schätzung der voraussichtlichen Marktentwicklung mochte der geschäftsführende Gesellschafter Helmut Eberspächer jedoch nicht abgeben. Das Unternehmen habe es mit einer ganzen Reihe konkurrierender Anbieter zu tun. In 1983 hat Eberspächer 120 000 Abgasanlagen mit Katalysatoren ausgeliefert, die ausschließlich für Exportfahrzeuge vorgesehen waren.

Für 1984 erwartet Eberspächer für die Firmengruppe ein Umsatzplus von 5 bis 6 Prozent. Der erhöhte Auftragsbestand biete eine gute Basis. Aufgrund der erhöhten Kosten und der nur teilweise vorhandenen Möglichkeit der Weitergabe im Preis werde das Ergebnis nicht besser ausfallen.

In 1983 war der Außenumsatz der Gruppe um 10 Prozent auf 424 Mill. DM angewachsen. Preisbereinigt lag der Zuwachs bei 7 Prozent. Der Anteil der Fahrzeugprodukte (Abgasanlagen, Heizgeräte) vergrößerte sich auf 78 (75) Prozent. Der Rest entfällt hauptsächlich auf Tageslicht-, Lüftungs- und Schallschutzelemente für den Hochbau. Der Direktexport macht unverändert 20 Prozent des Umsatzes aus. Die Geschäftsbelebung wird in den um 12 Prozent gestiegenen Auftragseingängen deutlich. Während der Markt für Automobilschalldämpfer zuletzt nur noch wenig Raum für Mehrverkäufe ließ, stieg der Bedarf an mit Katalysatoren bestückten Abgasanlagen aufgrund höherer Übersee-Exporte der europäischen Pkw-Industrie stark an.

Die Umsatzrendite (nach Steuern) verbesserte sich weiter auf 2,2 (1,9) Prozent, eine Folge der besseren Kapazitätsauslastung. Die Investitionen von 24 (21) Mill. DM wurden wiederum überwiegend durch Abschreibungen gedeckt. Für 1984 sind gut 20 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Beschäftigt werden derzeit insgesamt gut 3000 Mitarbeiter.

RHEINISCHE HYPO / Hohes Umsatzvolumen ist nochmals gewachsen

Spezielles Risiko zehrt Mehrertrag fast auf

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Ein positives Gesamturteil über das Geschäfts- und Betriebsergebnis der Rheinischen Hypothekenbank, Frankfurt, fällt Horst Albig, Vorstandssprecher dieser zum Commerzbankkonzern gehörenden größten privaten deutschen Hypothekenbank, die nach der stürmischen 78prozentigen Expansion ihres Neugeschäfts von 1982 ihr bisher höchstes Zusageergebnis nochmals geringfügig um 2,1 Prozent auf knapp 4,4 Mrd. DM steigerte. Auch seit Beginn dieses Jahres hielt sich das Kreditgeschäft mit 1,3 Mrd. DM Neuabschlüssen auf dem hohen Durchschittsniveau von 1983, wobei sich das Kommunal- und Schuldscheingeschäft um 50 Prozent auf 600 Mill. DM erhöhte, während das Hypothekengeschäft entsprechend dem Branchentrend von 500 auf 300 Mill. DM schrumpfte.

In die Freude des Vorstands über das nach Angaben der Bank um nahezu 30 Prozent von 105 auf 135 Mill. DM gestiegene Betriebsergebnis, in dem sich vor allem die kräftige, knapp 22prozentige Steigerung des Gesamtzinsüberschusses (einschließlich der „Einmalerträge") von 152 auf 185 spiegeln, mischt sich jedoch Betrübnis. Denn die Bank mußte, wie Albig bei der Erläuterung des Geschäftsberichts erklärte, Risikovorkehrungen für Engagements treffen, die das ehemalige Vorstandsmitglied Klaus Flachmann bei Außerachtlassung der geltenden Kreditvorschriften eingegangen war. Dabei handelt es sich aus Sicht der Rheinhypo um juristisch noch strittige Kreditzusagen, die mit 108,7 Mill. DM als Eventualverbindlichkeiten verbucht sind.

Bisher ist darauf ein Kapitalverlust in der Größenordnung eines einstelligen Millionenbetrags entstanden. Die Bank hat jedoch allen erkennbaren Ausfallrisiken aus den Flachmann-Engagements Rechnung getragen und deshalb ihre sonstigen Rückstellungen um 42 auf 61 Mill. DM aufgestockt.

In der Ertragsrechnung summieren sich der bereits eingetretene Verlust und die Risikovorsorge nach Kompensation mit anderen Erträgen zu einem Betrag von 49,4 Mill. DM, der in der Position Abschreibungen und Wertberichtigungen einen beträchtlichen Teil des guten Betriebsergebnisses aufzehrt, andererseits auch mit dazu beiträgt, die Steuerlast von 66 auf 40 Mill. DM zu drücken. So kann trotzdem noch ein um 9,9 Prozent höherer Jahresüberschuß von gut 55 Mill. DM ausgewiesen werden, aus dem die offenen Rücklagen mit 40 (Vorjahr: 35) Mill. DM dotiert weren und wieder neun DM Dividende je 50-DM-Aktie gezahlt werden.

Es liegt aber auf der Hand, daß die Rheinhypo ohne die Flachmann-Engagements, die erst im letzten Quartal 1983 erkennbar wurden, hätte mehr für die innere Stärkung und für die Aktionäre tun können. Vorstand und Aufsichtsrat sehen sich nach diesem Vorfall, dessen finanzielle Folgen als ausgestanden angesehen werden können, nicht in der Lage, der Hauptversammlung eine Entlastung von Flachmann vorzuschlagen.

Im Neugeschäft 1983 lag der Schwerpunkt mit 2,5 (2,7) Mrd. DM Abschlüssen im Hypothekengeschäft, von dem 1,3 Mrd. DM auf die Finanzierung von bereits bestehenden Objekten, Modernisierung und Umschuldungen von Hypotheken anderer Institute entfielen. Außerdem hat die Bank noch 1,5 (1,3) Mrd. DM zur Zinsanpassung anstehende eigene Hypotheken prolongiert. Für Neubauten gab die Rheinhypo 744 (371) Mill. DM Hypotheken. Im Mengengeschäft profitierte das Institut von der Zusammenarbeit mit der Commerzbank. Nach einer nochmaligen Zunahme der Zinsrückstände und Zwangsmaßnahmen rechnet der Vorstand in diesem Jahr bei Fortschreiten der günstigeren konjunkturellen Enwicklung mit einer Umkehr dieses Trends, wofür er bereits Anzeichen erkennt. Von 1,6 auf 1,9 Mrd. DM ausgeweitet wurden die Kommunalkreditzusagen, die überwiegend an den Bund, seine Sondervermögen und die Länder gingen.

Der Darlehensbestand stieg im Berichtsjahr um sieben Prozent auf 24,2 Mrd. DM, wovon 23,1 Mrd. DM langfristig ausgeliehen waren, und die Bilanzsumme erhöhte sich um 6,4 Prozent auf 25,6 Mrd. DM. Zur Refinanzierung wurden 5,7 (5,5) Mrd. DM aufgenommen.

DORTMUNDER KRONEN / Bierausstoß sinkt

Export soll sich profilieren

PETER ZERBE, Hamburg

„Wir sind mit 1983 zufrieden!" So charakterisierte der Sprecher der Privatbrauerei Dortmunder Kronen, Hans-Joachim Wulf, das Geschäftsergebnis. Bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 auf der Internorga in Hamburg räumte Wulf zwar ein, daß die Umsatzerlöse nicht so hoch ausfielen wie 1982, aber deshalb kein Grund zur Sorge bestehe.

Die älteste Brauerei Westfalens setzte 1983 mit 127,7 Mill. DM 1,7 Prozent weniger um als 1982, davon waren 121,0 (122,5) Mill. DM Netto-Biererlöse. Insgesamt hat die Privatbrauerei 1,1 Mill. Hektoliter Bier gebraut. Damit ist der Bierausstoß um 2,4 Prozent zurückgegangen. Zufrieden sind die Dortmunder vor allem deswegen, weil der Preis je Hektoliter gehalten werden konnte. Bewußt habe man auf Aktionen verzichtet, um den Absatz zusätzlich zu forcieren.

Belastet wurde das Ausstoßergebnis durch den französischen Markt, der sich nach den Worten Wulfs im vergangenen Jahr „schlecht entwickelte". Zwar gelte der Konsum von Bier als „très chic", die Franc-Abwertung gegenüber der Mark habe jedoch deutliche Spuren hinterlassen. Insgesamt zeigt das Auslandsgeschäft aufgrund neu erschlossener europäischer und überseeischer Märkte Ansätze für eine nachhaltige positive Entwicklung.

Auf dem Inlandsmarkt wurden ebenfalls neue Aktivitäten entfaltet. Künftig soll das Bier der Brauerei auch in den Lokalen der Weinkrüger-Kette ausgeschenkt werden. Die neuen Eigner der Kette, Weingut Hahn in Deidesheim und Pieroth, Burg Layen, haben für fast alle 18 Weinkrüger-Restaurants die Ausschank-Genehmigung erteilt. Damit soll dem qualitativen Weinangebot ein gleichwertiges Bierangebot gegenübergestellt werden. Bislang wird bei Weinkrüger nur Flaschenbier verkauft.

Als erste Brauerei in Nordrhein-Westfalen setzt das Unternehmen wieder auf den würzigen Typ Export. Das Bier hat in Nordrhein-Westfalen nur noch einen Anteil von 9 Prozent am Gesamtbierausstoß und ist zur Spezialität geworden. Damit kann es sich jetzt neu profilieren. Das wollen die Dortmunder nutzen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag für Telefunken

Hannover (dos) – Einen Auftrag über die Lieferung von 25 000 Bausätzen für Farbfernsehgeräte hat Telefunken aus Südafrika erhalten. Der Auftragswert beläuft sich auf 10 Mill. DM. Nach Angaben der Thomson-Tochter sei in den nächsten Wochen mit einem weiteren Großauftrag über die Lieferung von VHS-Videorecordern zu rechnen. Bei Farbfernsehgeräten habe Telefunken in Südafrika einen Marktanteil von 30 Prozent. Auch in anderen Ländern floriere das Telefunken-Nachbaugeschäft, das 1983 einen Zuwachs um 20 Prozent auf 90 Mill. DM verzeichnete. Für 1984 werde mit einem weiteren Anstieg auf 100 Mill. DM gerechnet.

Bay. Vereinsbank erhöht

München (VWD) - Der Aufsichtsrat der Bayrische Vereinsbank AG, München, hat den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1983 gebilligt, wie die Bank mitteilte. Aus dem Jahresüberschuß von 120,4 Mill. DM sollen wie im Vorjahr 20 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt werden. Die Hauptversammlung am 4. Mai wird die Verteilung einer auf 10 DM erhöhten Dividende je Stammaktie in Nennwert von 50 DM und einer auf 12,50 (11,50) Dm erhöhten Dividende je Stimmrechts-Lose Vorzugsaktie im Nennwert von 50 DM vorgeschlagen. lDie Bilanzsumme erhöhte sich um 5,2 Mrd. (plus 8,6 Prozent) auf 65,3 Mrd. DM. Die Konzernbilanzsumme stieg um 8,0 Mrd. (plus 7,6 Prozent) auf 113,5 Mrd. DM.

Campari sehr zufrieden

München (DW.) – Als „äußerst positiv" bezeichnet die Campari Deutschland GmbH, München, den Verlauf des Geschäftsjahres 1983. Die 100prozentige Tochter der Davide Campari – Milano S.P.A. erzielte einen Umsatzzuwachs von 11 Prozent. Mit dem Absatz von 6 (i.V. 5,4) Mill. Flaschen stieg der Nettoumsatz auf 70 (63) Mill. DM. Weltweit wurden 1983 rund 53 Mill. Flaschen Campari im Wert von 500 Mill. DM verkauft. Die Bundesrepublik liegt beim Konsum nach dem Ursprungsland Italien an zweiter Stelle.

Fusions-Überlegungen

Hannover (dos) – Die niedersächsische Landesregierung kennt zwar „die Überlegungen der Dresdner Bank", die Oldenburgische Landesbank (OLB) mit der Norddeutschen Hypothekenbank, Hamburg, zu fusionieren. Zu Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen ist es aber „bisher nicht gekommen", heißt es in einer Antwort des niedersächsischen Finanzministers Burkhard Ritz auf eine Frage des Abgeordneten Horst Milde (SPD). An der OLB ist die Dresdner Bank mehrheitlich und die landeseigene Norddeutsche Landesbank über die Bremer Landesbank mit 14 Prozent beteiligt. Im Falle einer Fusion will die Landesregierung dafür eintreten, daß das fusionierte Institut seinen Sitz in Oldenburg behält und rechtlich selbständig bleibt.

Gewinn verdoppelt

London (fu) – Die britische Caledonian Aviation Group, Muttergesellschaft der zweitgrößten Fluggesellschaft des Landes, hat im vergangenen Jahr den Vorsteuergewinn gegenüber 1982 von 1,5 Mill. auf 3,3 Mill. Pfund mehr als verdoppelt. Das gute Abschneiden geht ausschließlich auf das Fluggeschäft zurück, nachdem British Caledonian Airways ihren Vorsteuerverlust vom Vorjahr in Höhe von 655 000 Pfund in einen Vorsteuergewinn von 3,2 Mill. Pfund verwandeln konnte.

AGI-FONDS / Umorientierung im Mietwohnungsbau

Ausschüttung angehoben

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine Umorientierung von der Objektförderung zur Personenunterstützung im Mietwohnungsbau fordert die A.G.I. Allgemeine Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH, Wiesbaden. Die Objektförderung produziere vielfach subventionierte Leerstände, klagt Jürgen Müller-Trudung, Geschäftsführer dieser Immobilienfondsgesellschaft.

Im übrigen würden subventionsverwöhnte Mieter entwöhnt, angemessene Mieten zu zahlen, so daß die Wohnungsbauförderung indirekt auf eine Subvention von Freizeitausgaben hinauslaufe, kritisierte Müller-Trudung unter Hinweis darauf, daß die Ausgaben für Auto und Freizeit beim Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommken im Schnitt um fast die Hälfte höher seien als die für die Miete.

Aus der nachlassenden Attraktivität der Mietwohnung als Kapitalanlage hat das Management des AGI-Fonds Nr. 1 die Konsequenzen gezogen und 405 Wohneinheiten für 25,7 Mill. DM verkauft, um sich stärker in gewerblich genutzten Grundstücksvermögen zu engagieren, die jetzt 62 Prozent der Mieterlöse bringen. Zur Anlage stehen außerdem 33 Mill. DM aus dem Nettoabsatz von Zertifikaten zur Verfügung, der so hoch war wie nie zuvor, wie in der Branche überhaupt, die vom Zinsrückgang der konkurrierenden Festgeldanlagen profitierte. Die AGI-Fonds-Sparer werden für 1983 mit einer von 5,50 auf sechs Mark erhöhten Ausschüttung bedacht. Der Anteilswert stieg 1983 einschließlich der vorjährigen Ausschüttung um 6,6 Prozent, wovon drei Viertel steuerfrei sind.

HOLIDAY EXPRESS
Ihre Fluglinie
DORTMUND – HAMBURG – SYLT
HANNOVER – HELGOLAND – FÖHR
ab 2. April 1984
Anschlüsse von München, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf mit LUFTHANSA, von Berlin mit PANAM, aus den USA mit NORTHWEST-ORIENT-AIRLINES, aus der Schweiz mit SWISS AIR.
Buchungen bei Ihrem Reisebüro, obigen Gesellschaften oder bei:



Deutsche Luftverkehrsgesellschaft mbH + Co
Tel.: (0 40) 50 10 05, Tlx. 2 174 496
PS: Fliegen Sie mit unserem Flieg-und-Spartarif zum HALBEN PREIS



KLÖCKNER-WERKE AG
DUISBURG

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit eingeladen zu unserer ordentlichen Hauptversammlung am 2. Mai 1984 um 10 Uhr in der Mercatorhalle, König-Heinrich-Platz, Duisburg

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts und des Aufsichtsratsberichts sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982/83
2. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982/83
3. Wahlen zum Aufsichtsrat
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983/84

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen von Aufsichtsrat und Vorstand zur Beschlußfassung und den Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist im Bundesanzeiger Nr. 58 vom 22. März 1984 und in unserer Werkszeitung »Pütt und Hütte« Nr. 1/1984, die den Aktionären über ihre Depotbanken zugehen wird, enthalten. Wir übersenden die vollständige Einladung auch gern auf Anforderung.

Letzter Hinterlegungstag: 24. April 1984

Duisburg, den 22. März 1984
DER VORSTAND

Vereinigte Deutsche Metallwerke AG
– Wertpapier-Kenn-Nr. 767 700 –
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Mittwoch, dem 2. Mai 1984, 11.30 Uhr im Sitzungssaal der Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main, Reuterweg 14, stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
eingeladen.
Bezüglich der Tagesordnung, der Stimmberechtigung und der Hinterlegung der Aktien verweisen wir auf die Bekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 58 vom 22. März 1984.
Frankfurt am Main, den 16. März 1984
Der Vorstand



Unser Mandant baut nach einer stürmischen Wachstumsphase in einem Marktsegment, in welchem er sich als Marktführer bezeichnen darf, seine Vertriebsorganisation aus.
Bei seinem anspruchsvollen Kundenkreis – kommunale und private Abnehmer – hat er sich mit seinem Erzeugungsprogramm einen Namen gemacht.
Die von ihm hergestellten energiesparenden Zusatzeinrichtungen eröffnen weitere Einsatzmöglichkeiten, die genutzt werden sollen.
Hierfür sucht er eingeführte und verkaufsorientiert arbeitende
Handelsvertreter Sanitär/Heizung
Für die Gebiete: Hamburg mit Schleswig-Holstein, Hannover mit östlichem Niedersachsen
Die vertraglichen Konditionen entsprechen den Anforderungen.
Der Standort des Unternehmens befindet sich im Herzen Baden-Württembergs.
Bitte wenden Sie sich zur Kontaktaufnahme an: Schäferstr. 10, 7500 Karlsruhe 1, Telefon 07 21 / 68 89 97
WIRTSCHAFTSBERATUNG SCHÜTZE GMBH



ZWEIT-VERTRETUNG
für verschiedene Gebiete noch zu vergeben. Unser Lieferprogramm: Magnetschilder – Klebefolien – Aufkleber – Etiketten, Bautafeln, PVC-Spannfolien.



Schriftliche Anfragen an:
Kasper & Keller GmbH
7801 Umkirch – Tel. 0 76 65 / 70 07

IHR PARTNER IN ZÜRICH
Treuhand-/Wirtschaftsberatung
Intern. Gesellschaftsgründungen
Vermögens- und Firmenverwaltung
Steuerberatung und Buchführung
Revisionen und Buchprüfungen
Internat. Firmenrepräsentanz
Absolute seriöse und diskrete Abwicklung.
CMS CORPORATE MANAGEMENT AND INVESTMENT SERVICES
Bahnhofstraße 16
CH-8022 Zürich
Tel. 00 41 - 1 - 2 11 44 60

Erzeuger afrikanischer Holzskulpturen
geschmackvolle gute Handarbeit, sucht deutsche Vertriebsmöglichkeit in größerem Rahmen.
Angeb. erb. unt. P 5159 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Nachfolger gesucht
Ingenieurbüro der Verfahrenstechnik (nördl. Ruhrgebiet), bestehend aus 2 Gruppen:
– Bau von Apparaten für Schüttgüter-Industrie (ohne eigene Werkstatt), Umsatz 500–800 TDM/Jahr
– Handelsvertretung für NRW einer Maschinenfabrik mit Herstellung von Absperr- und Austragungsorganen für Schüttgüter, Umsatz 1,5–2,5 Mio. DM/Jahr
aus Altersgründen zu verkaufen.
Komplett ausgerüstetes Büro einschl. Telefon + Telex, etabliert in einer Etage mit 120 m², steht zur Verfügung.
Zuschr. u. E 5151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

KENIA
Älteste und renommierteste Immobilienagentur von Kenia wünscht Zusammenarbeit mit namhafter deutscher Immobiliengesellschaft.
Angeb. erb. unt. M 5179 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein Schweizer Dienstleistungsunternehmen und suchen für verschiedene Versandhäuser in der BRD zuverlässige Verpackungs- und Versandgesellschaften, die eventuell auch Fulfillmentarbeiten übernehmen können.
Zuschriften an Chiffre 44-62'368, Publicitas, Postf., CH-8021 Zürich.

Sind Sie für vernünftige Möglichkeiten aufgeschlossen, sich persönlich und finanziell erheblich zu verbessern? Unser Angebot an erfolgsorientierte Verkaufs- und Führungspersönlichkeiten: Mit Ihnen wollen wir
4 riesige Marktlücken
in der Geld- und Steuerspar-Branche schließen:
● einmalige Chance für Profis und Branchenneulinge
● einfaches, begeisterndes Verkaufsgespräch
● hohe Weiterempfehlungsquote
● ungewöhnlich hohe Provisionen.
STRATOS GmbH
Tel. 0 71 31 / 70 10 42

Der schwarze Wein von CAHORS
– ein echter Herrenwein –
EICHHORN, 87 Würzburg
Postf. 55 65
Tel. 09 31 / 1 22 35, Telex 6 8 418

Schweizerisches Bauunternehmen
seit drei Generationen im Bau tätig, sucht:
Verkäufer – Vertreter für Deutschland
jegliche:
TREUHANDGESELLSCHAFT
IMMOBILIÄRE AGENTUR
PRIVATPERSON
Schriftliches Angebot unter B 4994 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELTNEUHEIT
Verkaufsschlager 84
Mickey-Mouse, Sweatshirts/T-Shirts mit Quietscher – original Walt Disney Produkt – Patentneuheit, sucht Abnehmer.
Fa. Schilling und Kaufman GmbH, Lindwurmstr. 29, 8000 München 2, Tel. 0 89 / 52 47 07 / 53 59 28, Telex 52 16 901

Steuerprobleme??
Wir können Ihnen Ihre Steuerprobleme fast immer sofort und auch noch für 1983 fachgerecht und legal lösen.
Firma Paukstat GmbH
Postfach 500
CH-8902 Urdorf/Schweiz

Philippinen
Manila-Cebu-Davao City, Techn., 47, gute Kontakte, verhandlungssicher, übernimmt Generalvertr. o. ist a. Aufbau v. Fabrikation beh. Einarbeitung. Z. Zt. in Deutschland.
Angeb. u. F 5152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

50% (!) mehr UMSATZ
erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 4300 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Chance
Geschäftsstelle i. Ihrem Gebiet zu vergeben.
Telefon 02 31 / 46 10 34

Kurier-Dienst – weltweit
Anfragen unter H 5154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Herstellungsfirma von Heizkörper-Verkleidungskacheln sucht selbst. Handelsvertreter.
Fa. Schur, Kaiserstr. 4, 82 Rosenheim

Direktvertriebe
gesucht, f. Produktpalette mit hoher Nachbestellquote, gebietsweise f. PLZ 2 zu vergeben.
Tel. 0 40 / 6 31 24 21

Möchten Sie trotz Ihres Alters noch einmal etwas Sinnvolles anfangen? Interessante Existenz an der Ostsee zu verkaufen. Angeb. u. V 5010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fußball-Bundesligist, 1. Liga
sucht Sponsor
für Trikot-, Banden-Stadionwerbung. Angebote unter W 5011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Lizenznehmer
für interessanten Massenartikel gesucht. Großer Anwendungsbereich (Autozubehör usw.).
Angeb. erb. u. C 4995 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Auslieferungslager
25 km nördl. Hamburgs, gute Verkehrsverb. Welche Firma su. Auslieferungsl. 1600 m² (teilb.), trock. Lagerr. m. Büro u. gr. Hoffl. vorh., Vertretg. u. evtl. auch Produktion kann übern. werden.
Telefon 0 45 58 / 2 95

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheliu (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 46.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	21. 3.	20. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,95G	100,95G
9 dgl. Pf 106	104,1G	104,1G
10 dgl. Pf 108	108,8G	108,8G
7 dgl. KS 132	96,45G	96,45G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	103,15G	103,15G

Bundesbahn

		21. 3.	20. 3.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,75	100G
8¼ dgl. 78	9/84	100,85	100,85G
6 dgl. 78 II	11/84	99,95bG	99,95bG

Der Bund treibt die Zinsen

Auf dem Rentenmarkt hat sich das Angebot kräftig erhöht. Dies wird nicht allein mit den weiter steigenden US-Zinsen begründet, sondern auch mit Schuldschein-Offerten des Bundes, der für zehnjährige Papiere überraschend 8,20 Prozent bietet. Darüber ist man deshalb verwundert, weil der Bund bislang als gut finanziert galt und eigentlich keine zinstreiberischen Aktionen nötig haben sollte. Öffentliche Anleihen wurden diesmal teilweise um mehr als einen halben Punkt zurückgenommen. Pfandbriefe mit zehnjährigen Laufzeiten wurden dem neuen Renditenniveau angepaßt, ohne daß auf dieser Basis größere Beträge zu lassen waren.

	21. 3.	20. 3.
M 5½ Bayer.Hebs Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75bG	96,25G
7 dgl. Pf 3	95,5bG	96bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,75bG	98G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 6 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5G	78,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	21. 3.	20. 3.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	91G	91G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	94,95G
8 dgl. Pf 73	101,6G	101,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	82G	82,5G
6½ dgl. Pf 80	90,65G	91,75

	21. 3.	20. 3.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,5G	100,5bG
D 8 WestLB Pf 350	101,55G	101,55G
6¾ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	108,7G	108,7G
8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 656	100,55G	100,55bG
6¼ dgl. KS 420	98,2G	98,2G
8¾ dgl. KO 1301	105,75G	105,75G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Mittwoch die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Silber notierte knapp behauptet. Dagegen konnte Kupfer auf breiter Front anziehen. Bei Kaffee kam es mit Ausnahme der vorderen Position, die nachgab, zu Aufschlägen. Kakao mußte dagegen durchweg Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 3.	20. 3.
März	359,50	353,50
Mai	352,25	349,50
Juli	343,00	341,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 3.	20. 3.
St. Lawrence 1 CW	259,40	259,85
Amber Durum	247,30	247,20

Kakao New York ($/t)	21. 3.	20. 3.
Terminkontr. Mai	2458	2557
Juli	2458	2540
Sept.	2433	2512
Umsatz	5837	4023

Zucker New York (c/lb)	21. 3.	20. 3.
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,17	7,15
Juli	7,58	7,55
Sept.	7,97	7,90

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

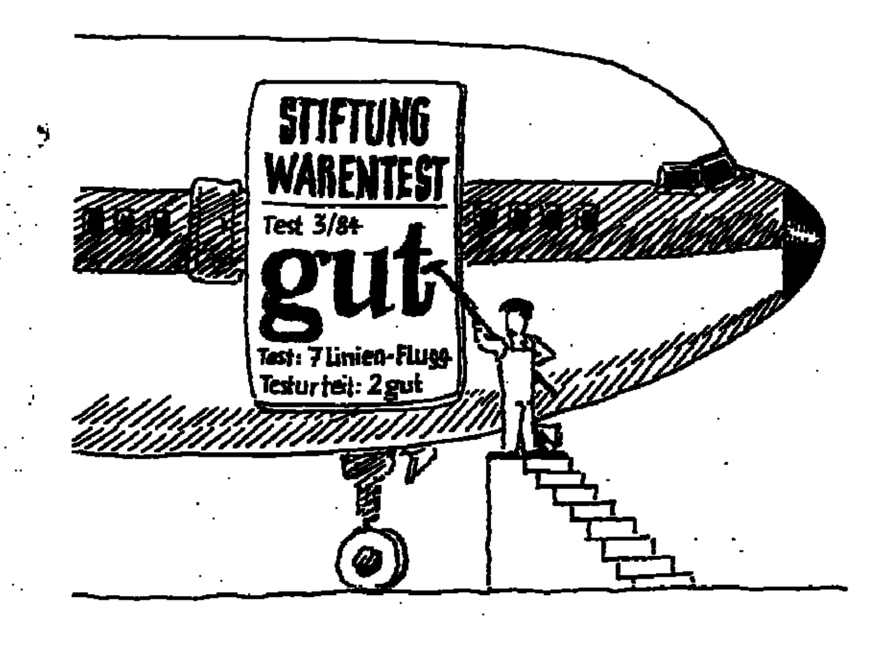
Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Getestet und für gut befunden.

Z. B.: Frankfurt – Toronto und zurück. Schon ab DM 1.198,–



Was die Stiftung Warentest gut findet, wird Ihnen bestimmt auch gefallen. Zum Beispiel, daß Sie mit uns beim Ticket sparen, obwohl wir in unserem Intercontinental Willkommen-Service an nichts gespart haben. Weder am 3-Gänge-Menü. Noch am Wein.

Weder an der Unterhaltung für die großen, noch an der für die kleinen Passagiere. Noch an all den anderen Dingen, die unsere kanadische Gastfreundschaft ausmachen. Daß wir am meisten – nämlich 25 x pro Woche – nach

Kanada fliegen, finden manche sogar sehr gut. Wenn Sie uns auch mal testen wollen, kommen Sie bitte zu Ihrem IATA-Reisebüro oder zu uns. In: Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und München. Oder rufen Sie die 06 11/25 01 31 an.

Air Canada. *Flüge, die wie im Flug vergehen.*



Sonderbewegungen als Marktstütze

Siemens-Aktien erreichten neuen Höchstkurs

DW. – Nahezu unbeeindruckt von den in der Bundesrepublik steigenden Zinsen und dem höheren Dollarkurs entwickelte sich die Tendenz bei den Aktien. Gestützt wurde sie durch Sonderbewegungen weniger Papiere, hinter denen Kaufaufträge aus dem Ausland vermutet werden. So erreichten Siemens einen neuen Höchststand. Es gibt Gerüchte, die von einer Kapitalerhöhung zu günstigen Konditionen sprechen, um der auf der Hauptversammlung zu erwartenden Opposition gegen die Dividendenpolitik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zu den Papieren mit Sonderbewegungen gehörten auch die Aktien der Aachen-Münchner-Beteiligung, die um rund 25 DM anzogen. Dagegen setzten die Meinungskäufe bei der Degussa aus. Sie waren am Vortag durch die Ankündigung einer höheren Dividende ausgelöst worden. Versuche, auch die Titel der Großchemie nach oben zu bringen, scheiterten an den bei steigenden Notierungen sofort einsetzenden Gewinnmitnahmen.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 4 DM auf 265 DM, Bilfinger zogen um 4 DM auf 194,50 DM an und Gerresheimer Glas stiegen um 3 DM auf 83,30 DM. Leffers sanken um 4 DM auf 462 DM. Schiess verminderten sich um 3 DM auf 117 DM und Aachener Münchener Vers. gaben um 5 DM auf 312 DM nach.

Frankfurt: Das Interesse konzentrierte sich auf Siemens, die um 9,40 DM auf 417,90 DM anzogen. Hier spricht man von einer Kapitalerhöhung mit einem günstigen Bezugsrecht für die Aktionäre. Zum letzten Mal gehandelt wurde das Bezugsrecht Vereins- und Westbank (acht zu eins zu 175) mit 15 DM bei 5000 Stück Umsatz. Von Nebenwerten blieben Rosenthal 240 DM minus 11 DM, Kochs Adler Nähmaschinen 380 DM minus 10 DM, Stuttgarter Hofbräu 405 DM plus 10 DM, Dierig 188 DM plus 9 und Holzmann 439 DM plus 10,50 DM.

Hamburg: HEW begannen zu 95 DM minus 3 DM, konnten sich dann aber auf 96 DM erholen. NWK Vz. blieben bei 175 DM unverändert. Phoenix Gummi gingen mit 143 DM minus 1 DM und Reichelt mit 135 DM bis 134 DM plus 1 DM aus dem Markt. Bremer Vulkan waren bei 57,10 DM minus 0,90 DM etwas leichter veranlagt.

München: Agrob St. verminderten sich um 5 DM auf 310 DM, Audi NSU fielen um 1 DM auf 266 DM und Flachglas fielen um 2 DM auf 268 DM. Augsburger Kammgarn konnten sich um 3,80 DM auf 111,80 DM verbessern, Grünzweig stiegen um 2 DM auf 158 DM und Otto Stumpf befestigten sich um 5,50 DM auf 136,50 DM.

Berlin: Berthold lagen um 5,50 DM fester. Kempinski wurden um 5 DM und Rheinmetall um 2 DM höher taxiert. Herlitz Vorzüge erholten sich um 2,50 DM. Spinne Zehlendorf büßten 10 DM, Schering 4 DM und Herlitz Stämme 1,60 DM ein.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 21. 3.: 151,3 (151,3); WELT-Umsatzindex vom 21. 3.: 1870 (1937)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Kopenhagen

	21. 3.	20. 3.
Den Danske Bank	278	294
Jyske Bank	515	545
Kopenh. Handelsbk.	239	245exD
Novo Industri	2495	2490
Privatbanken	249	260
Ostasiat. Komp.	185	201
Dan. Sukkerfabr.	635	645
For. Bryggerier St.	845	860
Kgl. Porc. Fabr.	395	–

Optionshandel

Frankfurt: 21. 3. 84: 751 Optionen = 39 500 (52 000) Aktien, davon 121 Verkaufsoptionen = 6500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-95/6,4, 4-100/2,6, 7-75/28,4, 7-100/8,6, 7-110/5, 7-120/3, 10-120/6, BASF 4-159,3/8, 7-160/15,4, 7-170/9, 7-180/5,35, 10-170/13,5, 10-180/9,9, 10-200/3,8, Bayer 4-160/10, 4-170/4,5, 7-170/11,4, 7-180/7,4, 10-160/23, 10-170/15,4, 10-190/7,2, 10-200/6, Bekula 4-95,9/1,8, 10-95/7,4, BMW 7-450/8,6, 10-450/19, Commerzbank 4-180/5, 7-170/20, 7-180/14,4, 7-190/8,6, 7-200/6, 10-180/18,85, 10-190/13, Conti 4-113,7/17,5, 7-140/3,5, 10-130/15, Daimler 4-590/4, 7-610/20, 10-650/10,5, Dt. Babcock St. 4-170/3,1, 7-180/7, Deutsche Bk. 4-350/35, 4-370/65, 4-370/17, 4-380/9, 4-400/1,4, 7-340/50,7, 7-400/15, 10-340/55, 10-380/40, Degussa 4-380/13,4, Dresdner Bk. 4-180/4, 4-190/2, 7-200/5, 10-210/5, GHH Vz. 10-140/10, Hoechst 4-170/10, 4-180/3, 7-170/18,9, 7-180/11, 7-190/7, Hoesch 4-100/16, 7-110/11,8, 7-120/7,4, 10-130/7,4, Klöckner 7-60/9,9, 7-65/6,9, MAN 10-150/13, Metallges. 4-240/3, Mannesmann 4-150/1,1, 7-130/22, 7-140/9,9, 7-150/6,6, 10-140/14,5, 10-160,7, RWE Vz. 7-160/9, 10-170/6,2, Siemens 4-340/70, 4-360/50, 4-370/41, 4-380/32, 4-390/22-23, 4-400/12,6-13-15-16, 7-410/17, 7-420/11,6, 7-430/7, 10-410/23,8, 10-430/11, Thyssen 4-80/5,9, 4-85/2,7, 7-90/4,85, 7-95/3,9, 10-85/11,4, 10-90/7,9, Varta 7-190/9, Veba 7-170/11,85, 7-180/7, VW 4-210/5, 4-220/1,8, 7-210/14,5, 7-220/9, 7-230/6, 10-210/20, 10-220/15, 10-240/8, Chrysler 4-75/3,3, 7-70/10,5, 7-75/7,4, 10-75/10, 10-85/3,8, ELF 4-55/14, 4-60/9,85, 7-80/3,5, General Motors 7-180/9,4, Norsk Hydro 4-170/33, 10-210/21,2, Philips 4-40/1,5, 7-40/5,5, 10-45/3,6, Royal Dutch 4-130/5, 7-140/4,9, 10-140/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/2,7, 7-110/14,6, 10-90/3,5, 10-95/5,9, BASF 4-170/3, 7-170/6, Bayer 4-170/2, 7-170/3,8, Bay. Hypo. 4-270/1,2, BMW 4-390/2, 4-400/5, Commerzbank 10-170/4, Conti 4-130/1,4, 7-130/2,9, 10-130/5, Daimler 7-560/10, Deutsche BK. 7-370/5,5, 10-370/8,3, Degussa 10-370/6,6, 10-380/13, GHH St. 7-150/5, Hoechst 7-180/4, Hoesch 7-120/5,5, 10-110/4,4, 10-120/8,4, 10-130/14,3, Karstadt 10-340/8, Kaufhof, 4-260/19,5, Klöckner 4-70/4,5, Mercedes 7-490/15, Mannesmann 10-140/4,4, Siemens 7-380/4,5, 7-390/7, 7-400/11,4, 10-390/11, 10-400/16, Thyssen 7-85/3, Veba 10-180/14,4, VW 4-200/1,7, 7-200/3,7, 10-100/2,5, Alcan 10-90/8,6, Chrysler 7-75/6,5, 10-70/4,55, 10-75/7,1, Litton 7-160/9,1, Royal Dutch 10-140/11,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10⅜	5½–5¾	3⅝–4
3 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	3⅝–4
6 Monate	10⅞–11⅛	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11⅛–10⅝	6⅛–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1845,00	2217,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1288,00	1506,56
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	668,90
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	235,00	290,70
20 belgische Franken	184,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	255,00	318,06
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1056,00	1243,74
Maple Leaf	1056,00	1243,74
Platin Noble Man	1077,00	1287,68

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz Franken „Vreneli"	207,00	299,92
20 franz. Franken „Napoléon"	196,00	249,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	974,00	1174,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	136,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	565,44
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	2,6528	2,6608	2,6236	2,60	2,69
London1)	3,790	3,804	3,768	3,73	3,88
Dublin1)	3,053	3,067	3,005	2,96	3,11
Montreal3)	2,0760	2,0840	2,0552	2,04	2,13
Amsterd.	88,560	88,780	88,545	87,75	89,75
Zürich	121,930	122,130	122,03	120,75	123,50
Brüssel	4,879	4,899	4,805	4,65	4,85
Paris	32,400	32,560	31,74	31,50	33,25
Kopenh.	27,275	27,395	27,045	26,25	28,25
Oslo	34,800	34,920	34,10	34,00	35,75
Stockh.**)	33,790	33,950	33,46	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,610	1,620	1,57	1,57	1,67
Wien	14,184	14,224	14,178	14,11	14,33
Madrid**)	1,735	1,745	1,692	1,67	1,79
Lissabon**)	1,960	1,980	1,87	1,60	2,40
Tokio	1,1715	1,1745	–	1,13	1,19
Helsinki	46,410	46,610	45,15	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,5230	2,5770	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,518	2,537	–	2,45	2,58
Johannesbg.*)	2,1230	2,1420	–	1,93	2,18

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der gescheiterte EG-Gipfel und die starke Erwartung auf ein Heraufsetzen des amerikanischen Diskontsatzes ließen den Dollarkurs am 21. 3. nochmals fester tendieren. Der Markt eröffnete mit Kursen um 2,6340 und erreichte in der Spitze 2,6590. Die Bundesbank glich die Nachfrage zum Börsenkurs von 2,6568 mit dem Verkauf von 30,10 Mio. Dollar aus. Neben dem US-Dollar verzeichnete der Japanische Yen mit 0,6 Prozent auf 1,1730 den höchsten Tagesgewinn gegenüber der D-Mark. Auch innerhalb des EWS war die D-Mark gedrückt. Der Französische Franc befestigte sich um 4 Pf auf 32,48 und die Italienische Lira erreichte mit 1,615 den höchsten Kurs seit gut einem Monat. Eine Ausnahme bildete der Belgische Franc, der sich um 0,3 Pf auf 4,889 abschwächte. Die Finnmark, die Norwegische und die Schwedische Krone legten 0,34 Prozent zu und notierten mit 46,51, 34,86 und 33,87. US-Dollar in: Amsterdam 2,9980; Brüssel 54,3375; Paris 8,1805; Mailand 1646,00; 1870,60; Zürich 2,1772; Ir. Pfund/DM 3,060; Pfund/Dollar 4,292; Pfund/DM 3,797.

Ostmarkkurs am 21. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; **Frankfurt:** Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Rückläufige FF-Deports hatten am 21. März eine Schrumpfung der FF/DM-Terminabschläge zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,17/1,07	3,39/3,29	6,65/6,45
Pfund/Dollar	0,21/0,23	0,68/0,71	1,45/1,50
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,10/4,70
FF/DM	31/15	82/66	154/138

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 3.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 21. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/3 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,23) – 7,50 (6,62) – 7,75 (6,88) – 8,00 (7,07) – 9,00 (7,34). Ausgabe 1984/4 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,25) – 7,50 (6,68) – 7,75 (6,93) – 8,00 (7,15) – 9,00 (7,45) – 9,00 (7,67) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,54, 2 Jahre 6,66. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100, Rendite 7,50.

Eine Professorin, ein Lied und Geld für Neckermann

Sport kostet eine Menge Geld. Vor allem dann, wenn man damit beginnt, und wenn die finanziellen Unterstützungen nicht so laufen, wie später, wenn erst mal der Erfolg da ist. Dem Nachwuchs eine Chance – das war deshalb seit jeher Josef Neckermanns Maxime, als er die Stiftung deutsche Sporthilfe ins Leben rief.

Eigeniniative und Bürgersinn sind gefragt, soll dieses Konzept über das begeisterte Engagement seines Vorsitzenden hinaus auch weiterhin erfolgreich sein. Gundula Gompf aus dem hessischen Büttelborn, eine reitsportlich engagierte

STAND PUNKT

Professorin, hat nun mit ihrer Idee und mit ihrer Arbeit gezeigt, wie so etwas funktioniert.

Frau Professor schrieb Reiterlieder, vertonte und produzierte sie als Schallplatte. Gundulas Lieder" wurden zu einem Schallplatten-Hit in Reiterkreisen. Paul Schockemöhle nannte es: „Ein lustiges musikalisches Plädoyer für den Reitersport." Der Dressurreiter Dr. Uwe Schulten-Baumer lobte den „vollen Bigband-Sound."

Und warum das alles ? Um den Reitern im Junioren-Bereich finanziell in den Sattel zu helfen. Denn abgesehen von der Spende von drei *Mark pro Platte fließt der Stiftung* deutsche Sporthilfe zusätzlicher Gewinn zur Förderung junger Reiter zu, sobald die Produktionskosten wettgemacht sind. Den ersten Scheck in Höhe von 3000 Mark hat Gundula Gompf bereits an Neckermann übergeben – es wird wohl keinesfalls der letzte gewesen sein.

Josef Neckermann nannte dies eine meldenswerte Mitteilung. Sie ist mehr als das. Sie ist ein Beitrag zu dem, was Sportler hierzulande für Sportler und den Sport tun können. Fernab der Institutionalisierung des Sports, fernab oft verletzendem gönnerhaften Mäzenatentums, *fernab bevormundender* staatlicher Einmischung.

Manchem mag die Initiative der reitenden Professorin allzu hausbacken scheinen. Aber ein klein wenig Naivität ist wohl vonnöten, um solche Initiativen durchführen zu können. K. Bl.

RADSPORT / Japanischer Konzern steigt ein

Wie Manager Peter Post wieder in den Sattel kam

KLAUS BLUME, Bonn

Ausgerechnet bei den großen klassischen Rennen in Belgien, Holland und Nordfrankreich, die in diesen Tagen beginnen, muß der frühere holländische Weltmeister Jan Raas passen. Raas war beim Rennen von Mailand nach San Remo schwer gestürzt. Mit Wirbelverletzungen liegt er nun im Hospital – vermutlich sechs Wochen lang.

Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, stünde der 31jährige nicht im Mittelpunkt der größten Umwälzungen, die diese Branche in den letzten zehn Jahren mitgemacht hat. Jan Raas war nämlich jahrelang Kapitän des englisch-holländischen Teams TI-Raleigh, der erfolgreichsten Radprofi-Gruppe aller Zeiten. Im vorigen Jahr aber geriet Raas mal wieder mit seinem sportlichen Direktor Peter Post über Kreuz. Weil sich der englische TI-Konzern aus dem Profigeschäft zurückzog, suchte Post für sein mit teuren Weltmeistern bestücktes Team einen neuen Sponsor. Post verhandelte mit amerikanischen Unternehmen und verlangte von seinen Rennfahrern, sie sollten für das Jahr 1984 schon mal mit ihm Verträge abschließen – irgendwann werde er auch einen neuen Geldgeber finden.

Jan Raas war nicht bereit, sich auf dieses Geschäft einzulassen. Er traf sich statt dessen mit Mijnher Eric Steenbergen, einem ehemaligen Fischhändler und Box-Promoter. Mijnher Steenbergen, inzwischen Besitzer der in Holland überaus florierenden Supermarktkette Kwantum-Hallen, war längst zum Guldenmillionär aufgestiegen. Den Einstieg ins Radsportgeschäft plante er seit langem. Raas half ihm, indem er bei ihm unterschrieb und zugleich fünf der besten Rennfahrer aus Posts ehemaligem Superteam abwarb: die Holländer van Vliet, Priem, Wijnands und Hanegraaf sowie den renommierten Belgier Ludo Peeters. Damit nicht genug, verpflichtete Raas auch noch seine beiden Landsleute Joop Zoetemelk (ehemaliger Sieger der Tour de France) und Hennie Kuiper (Ex-Weltmeister) für die neugeschaffene Kwantum-Mannschaft. Peter Post schien als Radsport-Manager am Ende zu sein. Denn zusätzlich verließen ihn auch seine beiden Stars Johan van der Velde, der in Italien unterschrieb, und der frühere Weltmeister Gerrie Knetemann, einer der populärsten Radsportler Hollands überhaupt. Knetemann zog es ausgerechnet nach Belgien.

Was aber machte Post, der einst als Sechstage-Rennfahrer der beste der Welt war? Post baute um die verbliebenen Fahrer Henk Lubberding als Kapitän, Theo de Rooy und Peter Winnen ein neues Team auf. Er holte den Zeitfahr-Spezialisten Bert Oosterbosch, verpflichtete die beiden belgischen Brüder Eddy und Walter Plankaert, und verärgerte die flämischen Nachbarn, als er auch noch deren neuen Star Eric Vanderaerden (22) unter Vertrag nahm.

Vanderaerden hatte nämlich vor Erreichen des 21. Lebensjahres mit einer Ausnahmegenehmigung des belgischen Verbandes eine Profi-Lizenz erhalten und daraufhin beim belgischen Team Aernoudt-Rossin angeheuert. Doch der Möbelhersteller Aernoudt ging bankrott. Vanderaerden dachte nun, damit sei auch sein Zweijahresvertrag gelöst. Doch weit gefehlt, die Firma, die nun keinen Rennstall mehr unterhielt, wollte dennoch den als neuen Eddy Merckx gepriesenen Rennfahrer Eric Vanderaerden nicht für einen anderen Arbeitgeber freigeben. Vor einem belgischen Gericht verwiesen die Firmenvertreter von Aernoudt darauf, daß sie auch nach der Bankrott-Erklärung monatliche Gehaltsschecks an Vanderaerden verschickt hätten. Doch Vanderaerden hatte diese Verrechnungsschecks niemals seinem Konto gutschreiben lassen, er hatte sie alle fein säuberlich zerrissen. Einen Mann, der im Grunde keinen Arbeitsplatz mehr besitze und der dafür auch kein Geld angenommen hätte, könne man nicht zur Vertragstreue auffordern, befand das Gericht. Vanderaerden war frei und durfte sogar mit dem Segen des belgischen Verbandes im holländischen Amstelveen bei Peter Post unterschreiben, der inzwischen mit dem weltumspannenden japanischen Konzern Panasonic einen überaus zahlungsfähigen Geldgeber gefunden hatte. Posts Bilanz in den ersten drei Monaten 1984: 20 Siege.

EISKUNSTLAUF / Norbert Schramm gab bei der Weltmeisterschaft nach der zweiten Pflichtfigur auf

Ende der Amateur-Karriere mit Verbeugung und: „Entschuldigung, aber ich fühle mich betrogen."

E. F. RAULF, Ottawa

Was bedeutet diese Szene? Ist sie Eklat oder sogar Skandal, ist sie das menschlich verständliche Ergebnis einer tiefen Enttäuschung, die einem internationalen Start jetzt auch noch das erhoffte Millionen-Einkommen im Showgeschäft verdirbt? Norbert Schramm wollte sich bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Ottawa rehabilitieren für seinen neunten Platz bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo. Er wollte einen glanzvollen Abschied bei den Amateuren feiern, um dann bei irgendeiner Revue als strahlender Held wieder aufzutauchen. Doch kurz vor 15 Uhr amerikanischer Ostküstenzeit geschah dies, beobachtet von 2000 Zuschauern, die am Ende der Szene klatschten und doch nicht so recht begriffen hatten, was geschehen war:

Norbert Schramm (23) wird zur dritten und letzten Pflichtfigur aufgerufen. Es ist die vertrackte Schlangenbogenschlinge, in der er sich schon in Sarajevo verheddert hatte. Er tritt vor das Preisgericht, prüft mit einem Blick noch einmal die Eisfläche, was jeder Läufer tut, breitet die Arme kurz in die vorgesehene Laufrichtung aus, beugt den Oberkörper leicht nach vorne, setzt einen Fuß nahezu rechtwinklig vor den anderen, um sich zum ersten Bogen abzustoßen. Doch er verharrt ungewöhnlich lange in dieser Stellung.

Was dann geschieht, geht sehr schnell: Schramm stößt sich ab mit dem rechten Schlittschuh, gleitet auf dem linken Bein die wenigen Meter hinüber zum Preisgericht. Dann steht er vor der Oberschiedsrichterin Sonja Bianchetti aus Italien, der nachgesagt wird, sie möge Schramms Laufstil schon lange nicht, als amtierender Europameister und Vizeweltmeister, artig wie ein Schulbub vor der Lehrerin. Seine Hände hat er etwas hilflos hinter dem Rücken versteckt. Dann schaut er der Dame aus Italien tief in die Augen, verbeugt sich, gibt ihr die Hand – winkt und verschwindet.

Es gibt welche, die verstehen. Sie schweigen, zeigen keine äußere Regung, sind innerlich doch bewegt, enttäuscht, traurig. Allen wird es bald klar: Das Geschehene ist eindeutig, nicht mehr umkehrbar. Norbert Schramm, einer der ganz großen des Eiskunstlaufs, ein Mann, von dem gesagt wurde, er, nur er verkörpere in seinem Lauf den Lebensstil der 80er Jahre – dieser Mann ist zurückgetreten. Noch dazu von der untersten Stufe der Leiter, die ihn zu den schönsten Erfolgen geführt hatte. Weltmeister und Olympiasieger Scott Hamilton ist ratlos wie so viele: „Ich weiß nicht, was passiert ist. Ich dachte, Norbert sei krank. Und ich dachte, er sei zum Wettkampf hier."

Die Schiedsrichter müssen es auch geglaubt haben. Denn Norbert Schramm sagt der Italienerin Sonja Bianchetti nicht, was er sich schon lange in seinem Kopf zurechtgelegt hatte. Er sagt ihr, er fühle sich nicht wohl, diese schon gedanklich formulierten Worte sagt er nicht: „Entschuldigen Sie bitte, aber ich fühle mich durch Sie als Preisgericht in der Bewertung meiner Leistung betrogen. Deshalb sehe ich keinen Sinn mehr darin, weiterzulaufen. Ich beende hiermit meinen Wettkampf."

Das wollte er sagen, tat es aber nicht. Schramm hatte nach zwei Pflichtfiguren auf dem elften Platz gelegen. In der Pause bis zum Aufruf zur dritten Figur quälte er sich zwei Stunden lang mit der Frage: Aufhören oder nicht? Schon in Sarajevo hatte er zum gleichen Zeitpunkt in die gleiche Richtung gegrübelt. Schließlich folgte er dem Rat seiner Mutter. In die Mikrophone einer kanadischen Fernsehgesellschaft sagte er später: „Ja, es ist eine Protesthandlung gewesen. Ich bin hier wirklich mit einem guten Gefühl an den Start gegangen. Ich habe mich gut in Form gefühlt und geglaubt, noch einmal als Amateur etwas erreichen zu können. Doch wenn man mich nicht läßt, wenn man mich nicht will, dann hat es keinen Zweck mehr. Meine beiden Pflichtfiguren waren gut. Nur die korrekte Wertung hat man mir vorenthalten."



Es hat sich nicht ausgezahlt: Norbert Schramm mit Trainerin Christa Fassi, die ihn schon in Sarajevo anstelle von Erich Zeller betreute. FOTO: WEREK

Norbert Schramm, der Star der beiden letzten Jahre, plötzlich ein Niemand, der fallengelassen wird wie eine heiße Kartoffel? Er sieht es so. Und er glaubt auch zu wissen, von wem die Idee ausgegangen ist, ihn von der Erfolgsleiter zu stoßen: „Wie sollen die Preisrichter hinter mir stehen, wenn es nicht einmal mehr der eigene Verband tut? Die Funktionäre des Verbandes haben eine andere Auffassung vom Eiskunstlauf als ich. Ich war erfolgreich, aber das duldeten sie offenbar nicht. Mein Stil soll antiquiert gewesen sein. Ich aber wollte den Fortschritt und kreierte immer wieder Neuigkeiten, die sie nicht akzeptierten. Ich verstehe das nicht, denn den Zuschauern gefielen meine Darbietungen. Ich bin nur meinen eigenen Weg gegangen."

Diese Worte überspielen den Eigensinn, mit dem Schramm auch Brücken abbrach, die ihm gebaut worden waren. Doch seine Einschätzung, der deutsche Verband habe in diesem Jahr den fast klassischen Eiskünstler Rudi Cerne mehr gefördert, ist bestimmt auch richtig. Und wie zum Beweis – die italienische Oberschiedsrichterin gilt als Fan Cernes – liegt Schramms größter deutscher Konkurrent der letzten Jahre nach der Pflicht auch auf Platz zwei hinter Weltmeister Hamilton und hat die Chance, eine Medaille zu gewinnen. Auf Platz drei folgt schon Heiko Fischer aus Stuttgart. Gute deutsche Plazierungen als Ausgleich dafür, daß Schramm geopfert wurde?

FUSSBALL / Stielike wird nicht freigegeben

Feldkamp soll Nachfolger von Timo Konietzka werden

DW. Bonn

Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall hatte ohnehin vor, beim Länderspiel am kommenden Mittwoch (28. 3.) in Hannover gegen die UdSSR zu experimentieren. Durch die Absage von Uli Stielike ist Derwall jetzt noch mehr dazu gezwungen.

Real Madrid verweigerte dem deutschen Nationalspieler die Freigabe, weil Stielike erst seine Zerrung auskurieren soll, um beim Meisterschaftsspiel am 31. März bei Atletico Bilbao wieder in bester Verfassung zu sein.

Schon jetzt steht fest, daß Uli Stielike auch am 18. April in Straßburg gegen Frankreich fehlen wird, da Real ein Pokalspiel gegen Bilbao bestreitet. Stielike: „Danach gibt es keine Probleme."

*

Nun ist es offiziell: Karl-Heinz Feldkamp hat ein Angebot von Bayer Uerdingen vorliegen, Nachfolger als Trainer des zu Borussia Dortmund wechselnden Timo Konietzka zu werden. Feldkamp, der bei Arminia Bielefeld noch bis 1985 unter Vertrag steht, hat inzwischen seinen Präsidenten Jörg Auf der Heyde unterrichtet.

Feldkamp ist in Bielefeld nicht unumstritten, obwohl sportlich mit dem neunten Platz viel erreicht wurde. Noch am Freitag letzter Woche dementierte Feldkamp jeglichen Kontakt zu Uerdingen. Nach dem 3:1 bei den Krefeldern sagte er: „Es gibt keine Kontakte, der beste Kontakt ist unser Sieg."

*

Gestern feierte Lothar Matthäus seinen 23.Geburtstag. Doch statt einer Glückwunschkarte setzte dem Nationalspieler der Verein Borussia Mönchengladbach die Pistole auf die Brust. Endgültig am Freitag, also noch vor dem Meisterschaftsspiel gegen den FC Bayern München, will Manager Helmut Grashoff wissen, ob Matthäus bei Mönchengladbach bleibt oder zu den Bayern wechselt.

Helmut Grashoff: „Seit August laufen die Verhandlungen. Wir haben das Recht, jetzt endlich Klarheit zu bekommen." Trainer Jupp Heynckes rechnet schon heute nicht mehr mit dem Mittelfeldspieler: „Ich fand es nicht gut, daß Lothar bei den Spekulationen der letzten Wochen stückchenweise sein Innenleben preisgab, wobei dann jeder Dumme merken konnte, wohin der Hase läuft."

*

Der 4:0-Erfolg im Bundesliga-Nachholspiel über Bayer Uerdingen hat dem VfB Stuttgart wieder Mut gegeben, an den Titelgewinn zu denken. Trainer Helmut Benthaus: „Wir spüren wieder Boden unter den Füßen." Das läßt sich von den Uerdingern nicht gerade behaupten. Nach 0:8-Punkten in Folge fehlen am Freitag in Düsseldorf Libero Klinger, der vom Platz gestellt wurde, sowie Brinkmann und Loontiens, die zum vierten bzw. siebten Mal die gelbe Karte sahen. Herget, Raschid, van de Loo und Sackewitz sind verletzt.

SKI ALPIN / McKinney gewann in Zwiesel

Marina Kiehl ärgerte sich: „Habe den Sieg verschlafen"

dpa/sid, Zwiesel

„Ich habe den Sieg verschlafen", sagte die 19jährige Münchnerin Marina Kiehl nach dem letzten Weltcup-Riesenslalom des Olympia-Winters. In Zwiesel mußte sich die Olympia-Fünfte, die nach dem ersten Durchgang geführt hatte, nach dem zweiten und entscheidenden Durchgang mit dem vierten Platz begnügen. Im Gegensatz zu Marina Kiehl hatte die amerikanische Weltcup-Siegerin des Vorjahres, Tamara McKinney, die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und im letzten Lauf alles auf eine Karte gesetzt. Mit ihrem Sieg vor der dreimaligen Schweizer Weltmeisterin Erika Hess und der Spanierin Blanca Fernadez-Ochoa schob sie die Entscheidung im Kampf um den Gesamt-Weltcup bis zum Finale am Wochenende in Oslo hinaus.

Erika Hess hätte nämlich der Sieg in Zwiesel den zweiten Triumph in der Gesamtwertung nach 1982 beschert. So aber bleibt sie mit 247 Punkten weiter neun Zähler vor der Liechtensteiner Doppel-Olympiasiegerin von Lake Placid, Hanni Wenzel, die Achte wurde.

Tamara McKinney freute sich zwar über ihren Sieg in Zwiesel, doch sie sagte auch: „Leider bin ich zu spät in Form gekommen." Schließlich hat die Amerikanerin keine Chance mehr, den Vorjahrssieg im Gesamt-Weltcup zu verteidigen. Und Erika Hess, die schon glaubte, den Weltcup ein zweites Mal gewonnen zu haben? „Der Ausgang im Weltcup wird nun doch noch recht spannend, denn Hanni Wenzel hat eine gute Chance, weil sie aufgrund meiner Streichresultate mit einem ordentlichen Platz schneller in Oslo punkten kann als ich."

Übrigens: Von den drei in Zwiesel startenden Olympia-Siegerinnen von Sarajevo schlug sich Michela Figini (Schweiz) am besten. Die Abfahrts-Siegerin von Sarajevo wurde Siebente. Zwei Ränge dahinter landete in ihrer Spezialdisziplin Debbie Armstrong (USA). Italiens Slalom-Goldmedaillengewinnerin Paoletta Magoni spielte mit dem 28. Platz keine Rolle.

Von den acht deutschen Rennläuferinnen kam neben Marina Kiehl nur Sonja Stotz (Wildbad) ins Ziel. Sie konnte ihren 15. Rang nach dem ersten Durchgang allerdings nicht halten. Michaela Gerg (Lenggries), im ersten Lauf Zehnte, landete im zweiten Lauf mit einer schmerzhaften Prellung im Schnee. Bereits im ersten Durchgang waren neben Maria Epple (Seeg), vor drei Jahren Siegerin auf dem gleichen Hang, Heidi Wiesler (Staufen), Traudl Hächer (Schleching), Renate Lazak (Eschenlohe) und Karin Dedler (Kempten) ausgeschieden.

Am Wochenende wird in Oslo auch entschieden, wer Weltcup-Siegerin im Spezialslalom wird. Die meisten Aussichten haben: McKinney, Steiner (Österreich), Pelen (Frankreich) und Hess (Schweiz). Zwei deutsche Läuferinnen nehmen am Weltcup-Finale der besten 32 teil: Marina Kiehl und Maria Epple.

Feuer-Streit beendet

Los Angeles (sid) – Das Organisationskomitee der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles und das Nationale Olympische Komitee von Griechenland haben sich über den Fackellauf zur Eröffnung der Spiele geeinigt. Der Verkauf des Laufes zum Kilometerpreis von 3000 Dollar wird zum 10.April eingestellt, die Griechen versprachen, „alles für die traditionelle Entzündung und Übergabe" zu tun. Gegen die Kommerzialisierung des olympischen Feuers hatten sich vor allem der Bürgermeister und die Bürger der Stadt Olympia gewehrt. Schon jetzt haben die Amerikaner die Teilstrecken für umgerechnet etwa 30 Millionen Mark verkauft, die dem Jugend- und Behindertensport zufließen sollen.

Wieder ein Remis

Wilna (dpa) –Garri Kasparow und Wassili Symslow trennen sich in der fünften Partie des Kandidaten-Finales zur Schachweltmeisterschaft wieder Remis. Nach zwei Siegen führt Kasparow jetzt mit 3,5:1,5.

BSC Köln im Finale

Köln (dpa) – Der BSC Saturn Köln hat sich im dritten entscheidenden Spiel gegen TuS 04 Leverkusen zum vierten Mal für das Finale der deutschen Basketball-Meisterschaft qualifiziert. Die Kölner gewannen 79:71 und treffen nun am Sonntag auf den Sieger der Begegnung ASC Göttingen – DTV Charlottenburg Berlin.

Anzeige

12-Mio.-DM-Auftrag

AEG-KANIS liefert Dampfturbine für europäisches Erdgasnetz

26 Prozent Energie spart der neue Erdgasverdichtersatz ein. den AEG-KANIS *im* Frühjahr 1985 für die Station Waidhaus an der deutsch/tschechoslowakischen Grenze liefert. Den Auftrag zur Erweiterung der Übergabestation der Pipeline aus den russischen Erdgasgebieten an das europäische Netz erhielt AEG-KANIS von der Megal, Essen, der Gaz de France und der Österreichischen Mineralöl-Verwaltung. Der Auftrag umfaßt eine 25-MW-Dampfturbine. die gesamte Leittechnik sowie eine Luftkondensationsanlage zum Niederschlagen des Turbinendampfes.

Schiedsrichter bestochen?

Paris (sid) – Die Bestechungsaffäre im französischen Fußball zieht immer weitere Kreise. In der Wirtschaftszeitung „La Lettre de l'Expansion" heißt es, der frühere Meister AS St. Etienne habe mit 600 000 Mark bei Europacup-Spielen Schiedsrichter, meist aus Osteuropa, bestochen. Unter den Betroffenen soll sich auch ein Schiedsrichter aus der Bundesrepublik befinden. Der DFB hat das bereits dementiert.



EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft in Ottawa, Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Hamilton (USA) 0,6 Punkte, 2. Cerne (Deutschland) 1,2, 3. Fischer (Deutschland) 1,8, 4. Sabovcik (CSSR) 2,4, 5. Fadejew (UdSSR) 3,0, 6. Boitano (USA) 3,6, 7. Orser (Kanada). – **Damen**, Stand nach der Kurzkür: 1. Witt („DDR") 1,0, 2. Iwanova 2,4, 3. Kondraschowa (beide UdSSR) 3,2, 4. Ruben (Deutschland) 4,6, 5. Thomson (Kanada) 6,6, 6. Zayak (USA) 7,4, 10. Tesch (Deutschland) 11,4. – **Paare**, Stand nach der Kurzkür: 1. Walowa/Wasiliew (UdSSR) 0,4, 2. Underhill/Martini (Kanada) 0,8, 3. Seleznewa/Makarow (UdSSR) 1,2, 4. Baess/Thierbach („DDR") 1,6, 5. Matousek/Eisler (Kanada) 2,0, 6. Perschina/Abarow (UdSSR) 2,4, 10. Massari/Azzola (Deutschland) 4,0.

BASKETBALL

Freundschaftsspiel, Damen: Agon Düsseldorf – Südkorea 73:76.

Zeit bringt Geld – rund um die Uhr!

Nominalzins 7,50 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 7,50 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wertpapier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.
Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief.
Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name

Straße

PLZ/Ort

In Dänemark wird weiterhin über einen zweiten Fernsehkanal diskutiert

Noch ist die Werbung der Pferdefuß

Im Inselstaat Dänemark wird seit Jahrzenten vehement, aber ergebnislos die Frage von Brückenverbindungen zwischen den durch die Ostsee getrennten Landesteilen sowie mit Schweden und der Bundesrepublik erörtert. Zu einem ähnlichen „Dauerbrenner" in der öffentlichen Auseinandersetzung scheint sich die Debatte über die Einführung eines zweiten dänischen Fernsehprogramms zu entwickeln.

Aber die nahe Medienzukunft könnte den Meinungsstreit zwischen bürgerlicher Regierung und linker Opposition über das Für und Wider eines von Reklame finanzierten zweiten dänischen TV-Kanals bald hinfällig machen. Nämlich dann, wenn vermutlich noch vor Ende dieses Jahres die Haushalte in dem kleinen skandinavischen Königreich mit seinen fünf Millionen Einwohnern europäisches Satelliten- und Werbefernsehen empfangen können.

Im Parlament haben sich die neun Parteien nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Es soll in jedem Fall ein zweites Fernsehprogramm neben dem bestehenden Monopol von Danmarks Radio geben. Den Sendebetrieb wird dieses TV-2 angesichts noch zu schaffender technischer und juristischer Voraussetzungen wahrscheinlich nicht vor 1987 aufnehmen können. Bis dahin – so hoffen die Zuschauer – werden sich die Politiker auch über die Funktion, die Programminhalte und die Finanzierung geeinigt haben. Die Pläne der bürgerlichen Regierung und ihrer Kulturministerin Stilling-Jacobsen, den Alternativ-Kanal zumindest zu 25 Prozent aus Werbeeinnahmen zu finanzieren, haben bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament aber auf absehbare Zeit keine Chance.

„Sollte das Folketing (Parlament) nein zu einem zweiten Programm mit Werbung sagen, so zweifle ich aufrichtig daran, daß wir überhaupt ein zweites Fernsehen erhalten", sagte der konservative Regierungschef PoulSchlüter bei einer Podiumsdiskussion mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer und Reklame-Gegner Anker Jörgensen. „Fernsehwerbung würde ganz klar einen negativen Einfluß auf die Progamme haben", meinte er. Dazu die Kulturministerin: „Das Parlament will ich sehen, das der mittelständischen Industrie in Dänemark TV-Werbung verbietet, wenn die ausländischen Konkurrenten im hier zu empfangenden deutschen Fernsehen ihre Produkte anpreisen."

Ein Sprecher der heimischen Werbewirtschaft nannte die Diskussion über TV-Werbung, sicher nicht ganz uneigennützig, „leicht hysterisch". Dänemark, Norwegen und Schweden seien mit Albanien die einzigen europäischen Länder ohne Werbefernsehen. Selbst im kommunistischen Ungarn würden 90 Prozent der Programmkosten aus Reklamemitteln gedeckt, erläuterte er. Der von Kritikern befürchtete Einfluß auf das Programm sei völlig unbegründet, da die Medienkommission klar für Werbeblöcke plädiere und sich gegen Einblendungen in laufende Sendungen ausgesprochen habe.

Die Politiker, aber auch einige einflußreiche TV-Journalisten scheinen einen zweiten, alternativen Kanal ebenso wie das multinationale Fernsehen zu fürchten, das ihrem Monopol ein Ende bereiten würde. Viele Zuschauer jedoch begrüßen die neue Entwicklung angesichts der langweilenden Belehrungen und der im Vergleich zum schwedischen Fernsehen fehlenden Aktualität der Nachrichtensendungen. Wie gut und unterhaltend beispielsweise Rundfunk sein kann, beweisen seit Moanten einige der 75 Lokalsender, die als Medienversuch in der Provinz etabliert wurden und bei den Hörern begeisterte Zustimmung fanden.

GERD REUTER (dpa)

STUDIO

„Meine Reihe soll bei den Zuschauern ein Gefühl von Auflehnung gegen die Übermacht der Kriminalität erzeugen, und sie soll den dringenden Wunsch nach Gerechtigkeit hinterlassen. Dieses Bedürfnis nach Gerechtigkeit ist auch für den Helden meiner Geschichte die Triebfeder seines Handelns", sagt der italienische Regisseur Damiano Damiani über seinen sechsteiligen Fernsehfilm **„Allein gegen die Mafia"** (La Piovra). Der Film, eine Koproduktion von ZDF und dem italienischen Fernsehen RAI, wird vom 6. Mai an, jeweils am Sonntagabend, ausgestrahlt. Im Mittelpunkt der Geschichte steht der junge, ehrgeizige Polizist Corrado (Michele Placido), der in einer kleinen sizilianischen Stadt den Posten des Polizeichefs übernimmt und dort gegen Korruption und üble Machenschaften kämpfen muß. DW.

*

Bernhard Wicki hat in der „DDR" mit Aufnahmen zu dem WDR-Fernsehfilm **„Die Grünstein-Variante"** mit Klaus Schwarzkopf und vier „DDR"-Schauspielern in den Hauptrollen begonnen. Er handelt von den Insassen eines Pariser Untersuchungsgefängnisses, die 1939 mit Schachfiguren aus Brot spielen – bis zur „Grünstein-Variante". (dpa)





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Sport aktuell
Fußball-Europapokal
11.40 Treffpunkt Ü-Wagen 4
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Aidas Reisen
Opernrevue mit Marjon Lambriks
Man stelle sich eine Oper vor, in der am Ende gestorben wird, ohne daß es Augenzeugen gibt – unter Ausschluß der Öffentlichkeit sozusagen. Die Rede ist von Aida und Radames, die eingemauert werden und in ihrer Gruft Abschied von der Welt und den Theaterbesuchern nehmen. Ade, du schöne Welt der Oper. Was wäre aber, wenn die beiden doch ein Schlupfloch finden würden, z. B. mit Hilfe einer Zeitmaschine, die die beiden kreuz und quer durch die Operngeschichte befördern kann?
16.55 Kernbeißer
Mut zur Wildnis
Ein Jahr lang waren Jugendliche aus dem Kernbeißer-Team auf Entdeckungsreisen im Hausgarten. Sie haben herausgefunden, daß ein Garten, in den man nicht allzu häufig ordnend eingreift, viele Tiere anlockt, die man in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen beobachten kann.
17.45 Tele-Lexikon
Wasser
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Mit Claus-Hinrich Casdorff
Dr. Monika Wulf-Mathies
Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV
21.15 ARD-Sport extra – aus Ottawa
Eiskunstlauf-WM
Kür der Damen
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach
22.30 Tagesthemen
23.00 Du bist meine Mutter
Stück von Joop Admiraal
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Sache mit dem „G"
Gutenberg und die Folgen (2)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Der Weg zur Talmühle
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Wolfgang Petry
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an
Der Querulant im Wartezimmer
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Kinder, Kinder
Pausenprügel
Agressionen in der Schule
Von Ulli Rothaus
Moderation: Rainer Haake
Schulkinder haben schon immer ihre kleinen und großen Macht- und Rangkämpfe mit den Fäusten ausgetragen, und selten waren Eltern darüber erfreut. In den letzten Jahren jedoch gibt es immer häufiger Klagen, daß die Form dieser Machtkämpfe mehr und mehr an Brutalität zunimmt. Hinzu kommt, daß nun auch schon in der Grundschule solche brutalen Escheinungsformen beobachtet werden.
21.45 heute-journal
22.05 Tausend neue bunte Bilder?
Wie Satellit und Kabel das Fernsehen verändern
22.50 Macumba
Ein Film von Elfi Mikesch
Max Taurus, ein harmlos wirkender Einzelgänger, eher ein ängstlicher Rationalist, fällt seinem Hang zu spekulativer Privatkriminalistik zum Opfer.
0.15 heute

Alle Bewohner des geheimnisvollen Hauses, das Max Taurus erforscht, verstecken etwas vor ihm. Auch Franziska (Carola Regnier) scheint ein Spiel mit ihm zu treiben – „Macumba", ZDF, 22.50 Uhr

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Physik (51)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Hofkonzert
Dt. Spielfilm, 1936
Mit Johannes Heesters, Marta Eggerth u. a.
Regie: Detlef Sierck
21.35 Demnächst
Vorschau auf Douglas-Sirk-Filme
21.45 Die Computer-Kids
22.15 Die 120 Tage der „Graf Spee"
23.00 Johann Anton de Peters und das galante Jahrhundert
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Hobbythek
19.15 Dörfer in der Dritten Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Jagd auf Männer
Franz.-ital. Spielfilm, 1964
21.40 Kultur aktuell: Fälschungen
22.25 Jazz Fest Berlin 1983 (5)
23.45 Nachrichten

HESSEN

18.30 Sie kam aus dem All (9)
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
19.00 Truxa
Dt. Spielfilm, 1936
20.30 Bücher-report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Janosik, Held der Berge (12)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Physik (51)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Der Goldesel
Englischer Fernsehfilm
20.20 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.00 Drei Tage vor der Wahl
Spitzenpolitiker im Gespräch
Mit Ministerpräsident Lothar Späth, CDU, Ulrich Lang, SPD, Jürgen Morlok, FDP, Holger Heimann, Die Grünen
Nur für Rheinland-Pfalz
21.00 Fragezeichen
Nur für das Saarland
21.00 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 ABC der Wirtschaft
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Kressin und die zwei Damen aus Jade
20.40 Z. E. N.
20.45 Situationen des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Nashville Lady
Amerik. Spielfilm, 1980
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

KRITIK

Die Linsenbacher sind überall

Da lebte in Linsenbach bei Stuttgart der Frühinvalide Zettler (Rolf Schimpf), ein braver, wenngleich sehr ordnungsversessener Mann. Dem Nachbarn, einem (natürlich) cleveren Rechtsanwalt, gefiel die Häusle-Nachbarschaft nicht, er bemühte sich, den unbequemen Biedermann herauszubringen. Da im Städtchen die Dauerparker auf dem Marktplatz nicht zu bändigen waren, ernannte der Bürgermeister den Invaliden zum öffentlich bestallten Ordnungshüter. Zettler, ganz in seinem Element, schaffte zwar Ordnung, entwickelte sich jedoch mehr und mehr zu einem gefürchteten und gehaßten Stadttyrann. Denn er hat seit jeher in Grundsätzen gedacht, auch bei den Kleinigkeiten des Lebens.

Aber nicht er, sondern der intrigante Anwalt verläßt zum Schluß die Stadt. Der **Sheriff von Linsenbach** (so der ZDF-Titel) ist zwar nicht mehr Sheriff, aber auch seine Widersacher haben Federn gelassen.

Diese Geschichte mußte einem jeden Fazit, das man ziehen wollte, vorausgeschickt werden. Das Fazit? Erstens: Die Tyrannei ist ein Kind auch des Häusle-Milieus. Zweitens: Gebt dem Deutschen eine Uniform ... - Drittens: Ein Rolf Schimpf als Hauptdarsteller läßt das alles ahnen, aber vor allem macht er aus dem Stück ein Muster menschlicher Hybris, menschlicher Machtanfälligkeiten, menschlicher Katharsis.

Ach ja, viertens: Warum soll sich die große weite Welt nicht am besten in Linsenbach spiegeln? Linsenbach ist überall, und, schaut Euch um, auch die Linsenbacher sind überall.

VALENTIN POLCUCH

Eine dürftige Massen-Talkshow

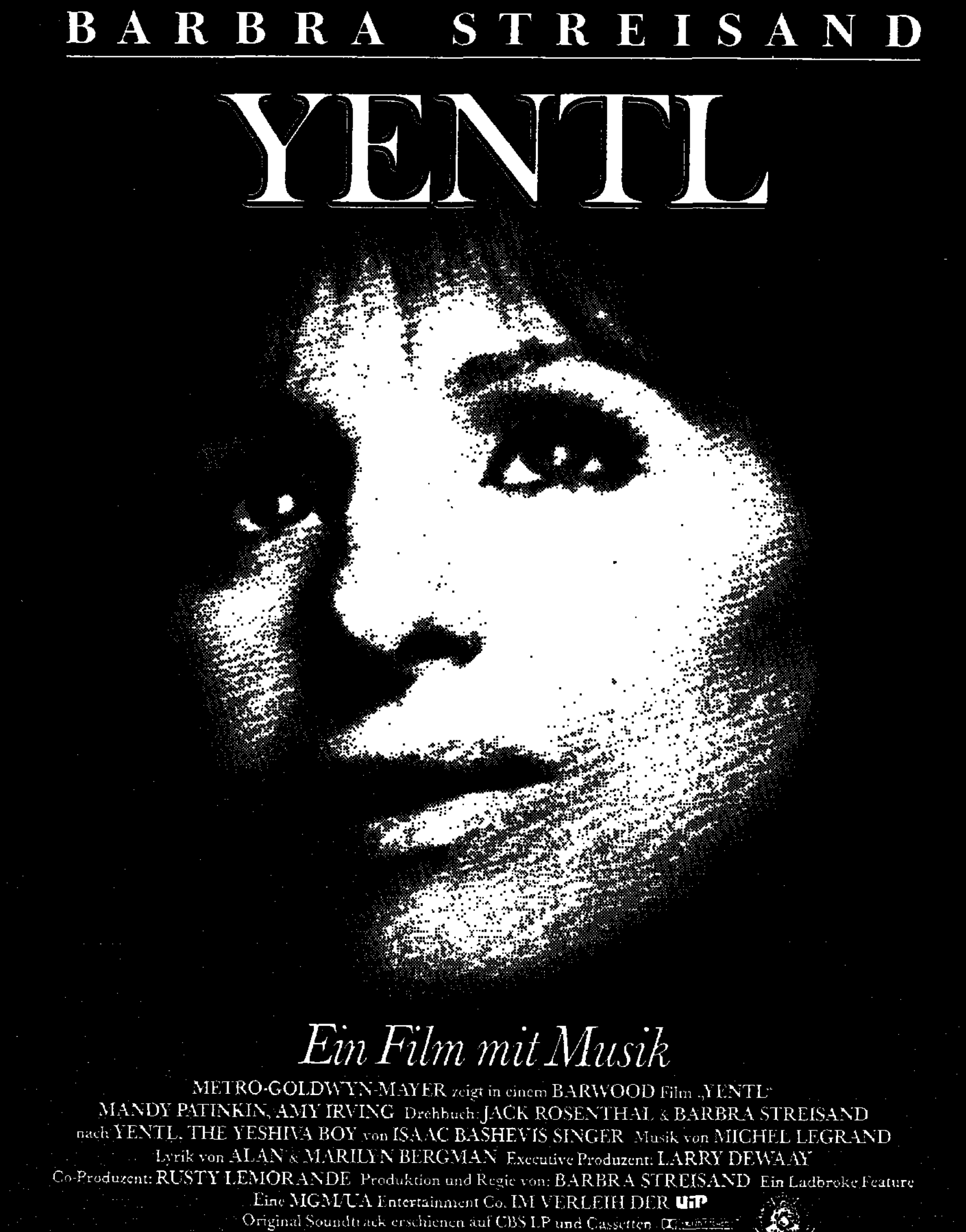
Gewiß: Was einst der Kamin, um den die Großfamilie saß, ist heute die Kathodenstrahlröhre. Und auf der war nun lange Zeit zu betrachten, wie im Rahmen der Live-Sendung **„Spielraum"** sich unschuldige Menschen unter der Anleitung einer altklug-lässig schwätzenden Moderatorin in Selbsterkenntnis versuchten. Denn das Thema dieser Folge der im Prinzip ja zu lobenden ZDF-Reihe, die wundersamerweise unter dem Rubrum „Kleines Fernsehspiel" läuft, hieß: „Hör zu! – Schau her! – Erzählen und Zuhören –".

Wer nun erwartet hatte, Tiefschürfendes von Psychologen, Zeitgeistanalytikern, Kommunikationsexperten, Sprachphilosophen, Musikologen etc. zu erfahren darüber, wie es mit unserer Innenweltverschmutzung und damit unserer dialogischen Kommunikationsfähigkeit bestellt sei, der hatte sich spätestens nach einer Stunde voll Allgemeinsamkeiten bettreif gelangweilt.

Geladen waren durchweg Paare, junge, alte, mittlere und solche, die das wohl erst noch werden wollen, und alle versuchten, der schullehrerhaften Attitüde besagter Moderatorin nach bestem Wissen und Gewissen ein wenig Substanz beizumischen. Wie sie sich kennenlernten, sich und den Partner annehmen, Dritte zur Mitteilungsanregung brauchen . .

Und was kam heraus? Nach dem verbreiteten Motto, daß brave Bürger in die Bresche springen sollen, die das Fernsehen selbst nicht auszufüllen imstande ist, eine dürftige Massen-Talkshow mit soviel Meinungen wie Gästen.

ALEXANDER SCHMITZ





WELT-Leser sind anspruchsvoll!

Zuverlässige Informationen. Gründlich, schnell, weltweit. Direkt aus Bonn, dem Brennpunkt des Geschehens. Einblicke in Hintergründe und Zusammenhänge. Jeden Morgen druckfrisch ins Haus...

...das schätzen Leser an ihrer WELT!

Vielleicht gibt es in Ihrem Kreis jemanden, der die WELT auch regelmäßig lesen möchte. Dann nutzen Sie diese gute Gelegenheit: Werben Sie jetzt einen neuen WELT-Abonnenten. Als Dank dafür erhalten Sie diesen Pilotenkoffer.

Piloten-Koffer
›TAKE-OFF‹

Attraktiv, praktisch, nützlich.
Flugkapitäne wissen genau, warum sie diesen Koffer bevorzugen: Er ist außerordentlich stabil, sieht immer gut aus und es geht viel hinein. Zwei geräumige, sinnvoll an den Stirnseiten angebrachte Taschen vergrößern den Packraum vorteilhaft.

Sicherheit durch patentierte Zahlschlösser
(Niemand kennt die Zahlenkombination. Nur der Besitzer)

Handlich, aber viel Packraum: 45 cm lang, 19 cm breit, 33 cm hoch

Bitte nicht warten!
Je eher Sie diese Gelegenheit wahrnehmen, um so früher gehört diese wertvolle Belohnung Ihnen.

VERLAGS-GARANTIE
Jeder neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36



An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Belohnungs-Scheck DIE ● WELT Bestellschein

Ich bin der Vermittler
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehender Bestellschein). Als Belohnung dafür erhalte ich den Piloten-Koffer „Take-off" in
☐ schwarz
☐ bordeauxrot
(Bitte gewünschte Farbe ankreuzen)

Name: ....
Vorname: ....
Straße / Nr.: ....
PLZ / Ort: ....
Telefon: .... Datum: ....
Unterschrift des Vermittlers:
....

Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch. Den Pilotenkoffer erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 24 Monate ins Haus. Der günstige* Abonnementspreis beträgt monatlich DM 25,60. Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.
* Ersparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 65,–!

Name: ....
Vorname: ....
Straße / Nr.: ....
PLZ / Ort: ....
Telefon: .... Datum: ....
Unterschrift des neuen Abonnenten: ....

VERLAGS-GARANTIE
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

....
Unterschrift des neuen Abonnenten

01–030

Krise ist bald überall

reich – Wir sagen noch richtig: Jetzt wird's kritisch. Wir meinen damit, jetzt kommt der Moment der Entscheidung: des Ausschlags und Umschwungs zum Besseren oder zum Schlechteren. Im Kriegswesen wie in der Medizin ist der alte Begriff der Krise noch immer bei seinem vollen Verstande; ansonsten jedoch hat das allgemeine Geschwätz ihn verflacht, ganz buchstäblich ausgewalzt. Alle reden unaufhörlich von der „Krise". Das Wort ist heruntergekommen wie kaum ein zweites. Es ist allerkleinste Redemünze.

Nehmen wir beispielsweise die „Wirtschaftskrise". Damit ist heute nur noch eine Phase der Stagnation oder Depression gemeint, keineswegs mehr die Stunde der Wahrheit, die Stunde des national-ökonomischen Offenbarungseides. Im Gegenteil, dieser Moment der Entscheidung wird mittels des vagen Krisengeredes verschleiert und gleichzeitig prolongiert: Der falsche Begriff der Krise bittet um Aufschub derselben, schiebt damit allerdings auch die Chance einer Heilung bloß vor sich her und womöglich ad infinitum hinaus, so lange, bis aus der Krise die Katastrophe geworden, also ad finem.

Wo immer wir heute von Krise reden, sei es von der einer Ehe, sei's eine der Politik, sei es die des Romans oder die des Fußballs, immer bekunden wir also, daß wir zu schwach sind, ein Übel, das wir beklagen, beim Namen zu nennen; zu feig, den Tief- oder Höhepunkt einer Entwicklung als Wendemarke zur Kenntnis zu nehmen; zu dumm, nicht zu merken, wie schauderhaft wahr wir damit die Redensart machen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Omni" in Europa

Sex von Borneman

Hurra – die Wende ist da! Ein US-schweizerisches Unternehmen hat zum entscheidenden Schlag gegen die modische Angst, gegen die „no-future"-Hysterie ausgeholt. Laut Werbung ist „Omni" (lat. „für alle") ein „wissenschaftlich-futuristisches Unterhaltungsmagazin, das, vor fünf Jahren gegründet, heute in den USA mehr als eine Million Exemplare verkauft". Mit Hilfe eines schweizerischen Mittelsmannes, Carlo Frey, startet „Omni" nun von Zürich aus, mit der Aprilnummer, eine deutsche Ausgabe.

Frey wendet sich in seiner Programmerklärung gegen die Verklärung der Vergangenheit: „Um von Idylle im Zusammenhang mit vergangenen Zeiten zu sprechen, muß man Cholera und Pest, Kindbettfieber und vieles mehr vergessen." Zur Zukunft: „Unser Weg in die nachindustrielle Gesellschaft führt mit Sicherheit nicht gegen unsere Industrie, nicht gegen unsere Wissenschaft, denn nur mit Forschung und technischer Realisierung lassen sich die anstehenden Probleme lösen." Wie man das macht? „Mehr denn je brauchen wir die Phantasie unserer Maler, die Intuition unserer Phantasten."

Man sieht: ein Programm mit einigen Falltüren. Da fordert man „eine bessere Zukunft, die Millionen Menschen von der Sklaverei des Fließbandes befreit" – davon sind doch schon sehr viele durch die Automatisierung „befreit" worden, und zwar zur Arbeitslosigkeit ... Ein Magazin, das „Begegnungen mit der Zukunft" verspricht, sollte mit seinen programmatischen Aussagen doch wenigstens in der Gegenwart zuhause sein.

Aber seien wir nicht so pingelig, schauen wir das lackfarbenbunte und 130 Seiten starke Magazin (zu DM 6,50) ein bißchen genauer an. Wir zählen 43 Inseratenseiten. Neben Tabak, Bier, Brillen und Elektronik aller Art will man uns da zum Kauf eines Mini-Geigerzählers animieren oder zu einem Kursus in „Energo-Kybernetischer Strategie" (EKS). Zu letzterem wird gleich ein Beispiel geliefert: „Dr. chem. Sandmann, 49, hatte sich 22 Jahre lang gemüht, ins Top-Management zu kommen. Ohne Erfolg. Unter der EKS-Strategie schaffte er es in fünf Monaten."

Nun, Inserate sind Äußerlichkeiten. In den redaktionellen Beiträgen werden wir die schönere Zukunft schon eher finden. Zumal Erich von Däniken Berater der Zeitschrift ist (neben dem Münchner Raumfahrt-Professor Ruppé). In seiner SF-Story muß Däniken jedoch die Zeitmaschine benützen, um Reagan und Tschernenko zu gemeinsam tätiger Vernunft zu bewegen. Das sind doch alte Hüte!

Aber wenigstens auf die Sexualität ist doch Verlaß, nicht wahr? „Prof. Dr. Ernest Borneman" erklärt „alle Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates als Mittel zum Abbau sozialer Spannungen", weshalb es Aufgabe des künftigen Staates sein werde, alle sexuellen Wünsche des einzelnen Bürgers (selbst diejenigen, die dieser sich gar nicht einzugestehen wagt) zu erfüllen. Schon beginnt man sich zu freuen, erfährt jedoch am Ende dieses Professoren-Ergusses, daß uns der Staat dann mit diesem Monopol erst recht am Wickel haben werde.

Es scheint gar nicht so einfach zu sein, 130 Seiten mit Zukunftsfreude zu füllen. ANTON MADLER

Verliebt in die Details der Oberklasse – Volker Schlöndorffs Proust-Film „Eine Liebe von Swann"

Ein Beau ist noch kein Übermensch

Als werbe es für ein schwüles, nicht übermäßig teures Parfüm, so nimmt sich das Plakat zu Volker Schlöndorffs Film „Eine Liebe von Swann" aus: ein sich umschlingendes Paar in Frack und Abendkleid, hingegossen auf eine blaue Liegestatt, die auch eine Meereswoge sein könnte. Man merkt dieser überlebensgroßen Kitschpostkarte die Sorge der zu viert angetretenen Produzenten (Bioskop-Film Eberhard Junkersdorf, Gaumont, Nicole Stephane und WDR) und des deutschen Verleihers (Concorde-Film, München) richtig an, daß für die Verpflanzung von Marcel Prousts feinverästelten Seelenqualen auf die Leinwand ein hinreichend großes Publikum nur schwer zusammenzutrommeln sein werde. So wollte man wenigstens mit Nachdruck statuieren, daß die Sache unter den feinsten Leuten spielt und daß es sich bei der Verehrung Swanns für die „poule de luxe" mit dem Künstlernamen Odette de Crécy um eine jener verzehrenden, selbstvergessenen Leidenschaften handelt, von denen man immer gern etwas erfährt.



Geschichte einer Krankheit, die Liebe heißt: Jeremy Irons (links) als Swann und Alain Delon als Baron Charlus in Schlöndorffs Proust-Verfilmung FOTO: CONCORDE

Die Geschichte ist nur ein kleiner Ausschnitt aus Prousts monumentaler „Suche nach der verlorenen Zeit", vielleicht der einzige Teil, wie manche Literaturkritiker schon vermerkt haben, der mit Anfang und Ende und einem Hauptthema (der Eifersucht) so etwas wie ein abgeschlossenes Ganzes darstellt. Er nimmt die zweite Hälfte des ersten Bandes ein, der auch den Namen Swanns im Titel führt und dessen erste Hälfte der Erzähler, der kränkelnde, in der Liebe zu seiner Mutter erglühende Knabe, noch ganz beherrscht. Doch dann tritt dieser zugunsten einer anderen Gestalt zurück, des unsäglich gebildeten, weltgewandten und bescheidenen Charles Swann, der freilich eine ganze Anzahl von Zügen mit dem Erzähler-Ich gemein hat.

Auch sehr viel Rätselhaftes hat er an sich: Er wohnt mit seinen kostbaren Möbeln und Kunstgegenständen in einem wenig attraktiven Teil von Paris, doch ist er in den Häusern aller Aristokraten des Faubourg St. Germain hochwillkommen, gelegentlich speist er mit dem Prinzen von Wales und gehört, obwohl jüdischer Abstammung, wie schon sein Name vermuten läßt, dem exklusiven Jockey Club an. Am rätselhaftesten für alle aber ist seine Liebe zu der ebenso kostspieligen wie geistlosen Frau auf der Grenze zwischen Welt und Halbwelt, die nach seiner eigenen Bekundung nicht einmal sein Typ ist und die er gegen den Rat seiner adligen Freunde heiratet, worauf sich die Türen der großen Häuser vor den beiden ein für allemal schließen.

Zu Anfang hat Odette Swann bewundert und war ganz für ihn da. Je mehr er ihr verfällt, je mehr er sie mit seiner Eifersucht quält, umso schlechter behandelt sie ihn, umso mehr Anlässe gibt sie ihm, eifersüchtig zu sein. Als ihr Töchterchen alt genug ist, mit dem kleinen Marcel in den Champs Elysees zu spielen, ist es der sehnlichste Wunsch des todkranken Swann, sie seiner Freundin, der Herzogin von Guermantes, vorzustellen. Er wird ihm nicht erfüllt.

Die Rolle des Swann dem englischen Schauspieler Jeremy Irons anzuvertrauen, dem deutschen Fernsehpublikum aus „Brideshead Revisited" vorteilhaft bekannt, war dennoch eine Fehlbesetzung, die zudem fast den ganzen Film um seinen Sinn gebracht hat. Irons machte einen Beau von makelloser Eleganz aus Swann, in einer müden byronesken Pose. Jeder Blick in den Spiegel hätte überzeugen müssen, daß dieser Swann dank seiner Unwiderstehlichkeit nicht den geringsten Grund zu jenen Eifersuchtsqualen hat, die er zu durchleben vorgibt. Zu der Gestalt des Proustschen Swann gehört dagegen der intensive Zweifel an sich selbst, an seiner nur dem Anschein nach unangefochtenen Stellung in der Gesellschaft und damit auch an der Liebe einer geliebten Frau.

Swann will Odette besitzen wie eines seiner Sammlerobjekte – und wird darüber selbst zum Objekt, mit dem *sie* unbarmherzig spielt. Es steckt die Dämonie eines seelischen Masochismus in diesem Ringen, doch auf der blassen, immer ein bißchen verwundert dreinblickenden Miene des Film-Swann zeigen sich seine Spuren nicht.

Ornella Muti, als Odette sehr lieblich anzuschauen, ist auch nicht geeignet, dem Zweikampf die nötige Härte zu geben. Sie macht in der Nachfolge von Cécile Aubry ein verführerisches, flatterhaftes Weibchen aus der Figur, eine neue Manon Lescaut. Am einfachsten hat es sich Alain Delon als Baron Charlus gemacht; da es als sicher gilt, daß der arrogante und sittenlose Baron dem Gesellschaftslöwen Robert de Montesquiou nachgeschaffen ist, wählte der dessen Maske und Kostüm bis auf den Spazierstock mit dem silbernen Knauf.

Musikalisch – und die Musik hat für den Film wie schon für Prousts Roman eine große Bedeutung – standen Schlöndorff Hans Werner Henze und dessen Schüler zur Seite. Ingmar Bergmanns preisgekrönter Kameramann Sven Nykvist hat von Pariser Straßen, Vorgärten, Kaffeehausterrassen und Interieurs höchst eindringliche Bilder geschaffen; als Augenschmaus kann dieser Film also noch den Verwöhntesten satt machen. Besonders gelungen ist Swanns nächtliche Fahrt auf der Suche nach Odette vor der Oper und auf den großen Boulevards; die Aufführung von „Die Nacht der Kleopatra" fand übrigens (auch in Prousts Text!) in der Opéra Comique und nicht in der für den Photographen soviel eindrucksvolleren Großen Oper statt.

Proust, der in seinem Romanwerk modische Einzelheiten so gründlich schildert, daß ein Film-Ausstatter sie siebzig oder achtzig Jahre später nur sklavisch zu befolgen braucht, hätte seine helle Freude an den Besuchern und vor allem den Besucherinnen des Hauskonzertes bei der Marquise de Ste. Euverte und ihrer Garderobe gehabt. Dem Vernehmen nach hat man sich die Komparsen – ähnlich wie beim Hausball des „Great Gatsby" – aus eben den Familien zusammengesucht, die Proust als Vorbilder seiner Herzöge und Grafen gedient hatten. Die Schar der unbeweglichen Lakaien, von denen einer von Baron Charlus einen übermütigen Nasenstüber abbekommt, die Kutschen und Pferde (nicht ganz so elegant, wie man es sich gewünscht hätte), die Teppiche und Gobelins, der kostbare Schmuck (Leihgaben des Hauses Cartier) – alles zeugt von einer aufopfernden Kleinarbeit beim Wiederauffinden der verlorenen Zeit.

Es ist schon merkwürdig, daß die Aufgabe, dieses so urfranzösische Milieu wiedererstehen zu lassen, einem deutschen Regisseur zugefallen ist, wenn es auch einer ist, der seine Lehrjahre unter französischen Meistern verbracht hat. „Un Amour de Swann" habe er als Internatsschüler an einem Wochenende verschlungen, erzählt Schlöndorff; man kann die Verliebtheit in die literarische Vorlage in vielen kurz aufblitzenden Einzelheiten entdecken. Der Film als Ganzes aber hat durch den Eifer, den man auf die Rüschen und die Sonnenschirmchen, auf die Perlen in den Frackhemden und das silberne Teegeschirr verwandt hat, an Tiefgang verloren. Odette hätte ein bloßer Schemen bleiben dürfen, aber Swann mußte mehr als ein verzagender Liebhaber sein – ein Mann, indem von allen Spannungen und Konflikten der Jahrhundertwende etwas zu spüren ist, ein allzumenschlicher Übermensch in seinem Widerspruch.

HELLMUT JAESRICH

JOURNAL

Tournee der Royal Shakespeare Company

DW. Berlin

Die Royal Shakespeare Company aus Stratford und London kommt nach fünfjähriger Pause erstmals wieder nach Deutschland, und zwar zu einem Gastspiel nach Berlin, München und Hamburg. Erste Station ist Berlin vom 8. bis zum 11. April mit „Viel Lärm um nichts" von Shakespeare und „Lear" von Edward Bond. Danach wird der „Lear" vom 20. bis 22. April in München gezeigt und vom 25. bis 27. April in Hamburg. Andere Orte der Europa-Tournee sind Paris (29. 3.–5. 4.), Wien (14.–17. 4.), Prag (20.–22. 4.) und Barcelona (26.–29. 4.).

William Forsythe geht nach Frankfurt

dpa, Frankfurt

William Forsythe wird mit Beginn der Spielzeit 1984/85 neuer Chefchoreograph und künstlerischer Direktor des Balletts der Städtischen Bühnen Frankfurt. Er löst den jetzigen Ballettchef Egon Madsen ab, der die Direktion des Stockholmer Balletts übernimmt. Forsythe will die Bedingungen für Proben und Vorstellungen der Frankfurter Truppe verbessern. Die Aufführungen sollen auf allen drei Spielflächen der Städtischen Bühnen mit Oper, Schauspiel und Kammerspiel stattfinden. Ferner sind regelmäßig öffentliche Ballett-Workshops geplant. Neben dem künstlerischen Ballettdirektor soll es in Zukunft auch einen Betriebsdirektor für den organisatorischen Bereich des Tanz-Theaters geben.

Filmregisseur Chahine wurde verurteilt

AFP, Kairo

Der bekannteste ägyptische Filmregisseur, Youssef Chahine, ist als Verleiher der ägyptischen Filmsatire „Der Rechtsanwalt" ebenso wie sein Hauptdarsteller Adel Imam zu einem Jahr Gefängnis wegen „Verunglimpfung der Justiz" verurteilt worden. Chahine hat Berufung eingelegt. Sollte er damit abgewiesen werden, will der Verteidiger der beiden Filmleute vor das Kassationsgericht gehen. Trotz des Gerichtsurteils ist der Erfolgsfilm bisher nicht von den Kairoer Kinoprogrammen abgesetzt worden.

Kunstwerke aus Köln auf Tournee in USA

dpa, Köln

Mit umfangreichen Ausstellungen insbesondere aus der Gemälde- und Kunstgewerbesammlung des Wallraf-Richartz-Museums will sich die Stadt Köln demnächst in den USA präsentieren. Unter anderem ist eine Zusammenarbeit mit dem Smithonian-Institut in Washington beabsichtigt. In Zusammenarbeit mit dem Philadelphia Museum of Art und dem Pariser Louvre soll zur Erinnerung an den 200. Jahrestag der Französischen Revolution eine umfangreiche Schau heroischer Malerei des 17./18. Jahrhunderts erarbeitet und auch im dann neu eröffneten Wallraf-Richartz-Museum gezeigt werden.

Sommermusik in der Reichsabtei Corvey

DW. Höxter

Zum 30. Male finden in diesem Sommer in der Abteikirche und im Kaisersaal der Reichsabtei Corvey Musikwochen statt. Das Eröffnungskonzert am 27. Mai wird vom Collegium aureum unter Franzjosef Maier bestritten. An den folgenden Sonn- und Feiertagen kommen der Geiger Frank Peter Zimmermann, die Süddeutschen Kammersolisten Stuttgart, der Madrigalchor Münster und das Arriaga-Quartett. Im Schlußkonzert am 24. Juni dirigiert Janos Kulka die Nordwestdeutsche Philharmonie.

Autohersteller sponsort deutsche Kunst

DW. Ingolstadt

Die Ausstellung „Neue Kunst aus Deutschland", die am 19. April im Newport Harbor Art Museum eröffnet wird, wurde von der Firma Audi NSU ermöglicht. Sie umfaßt Werke von Baselitz, Immendorff, Kiefer, Lüpertz und Penck. Die Autofirma will – wie in Amerika für große Firmen seit langem üblich – mit der Kunstförderung zugleich dem eigenen Image dienen.

Helmut Kuhn 85

DW. München

Prof. Helmut Kuhn, der emeritierte Ordinarius für Philosophie an der Universität München, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Der aus dem schlesischen Lüben stammende Gelehrte ist ein Schüler Max Dessoirs und Eduard Sprangers. Im Dritten Reich emigrierte er in die USA; seit 1953 war er Lehrstuhlinhaber in München. Helmut Kuhn ist Mitbegründer der „Philosophischen Rundschau" und Mitherausgerber der „Zeitschrift für Politik". Zu seinen wichtigsten Werken gehören „Sokrates", „Schriften zur Ästhetik" und „Der Staat".

Premiere in Zürich: Monteverdis „Marienvesper"

Der Flöte zarter Schmelz

Ein ziemlich symbolträchtiger Zufall: Am selben Tag, an dem in sämtlichen Zeitungen die Meldung zu lesen stand, Zürichs Opern-Intendant Claus Helmut Drese werde ab 1986 Direktor der Wiener Staatsoper, wurde abends der Schlußpunkt unter das sicherlich ambitionierteste Projekt von Dreses Züricher Intendanz gesetzt. Mehr als acht Jahre nach „Orpheo", seiner ersten Monteverdi-Oper, komplettierte Nikolaus Harnoncourt seinen großen Monteverdi-Zyklus, der dem Züricher Opernhaus weltweit Ruhm und Ehre eintrug, mit der „Marienvesper" von 1610.

Die Premiere im Züricher Fraumünster – das Opernhaus ist wegen Renovierungsarbeiten noch immer nicht bespielbar – unterstrich noch einmal, was ohnehin niemand mehr bezweifelt: Harnoncourts volle Monteverdi-Kompetenz. Natürlich hatte er die Möglichkeit, die Original-Besetzung, Dulziane, Zinken und Barockposaunen, zu verwenden – was den Klangproportionen wieder ihre ursprüngliche Bedeutung zurückgibt. Natürlich stand ihm ein Ensemble zur Seite, das an Hochkarätigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dennoch: Die entwaffnende Selbstverständlichkeit, mit der Harnoncourt zum Beispiel die unerhörte rhythmische Komplexität dieser Partitur hörbar werden läßt, macht ihm so schnell niemand nach. Harnoncourt ist und bleibt ein musikalisches Unikat.

Vor allem setzte der Maestro die zur Zeit von Monteverdi revolutionären Raumklang-Wirkungen wieder in ihre Rechte ein – musiziert wurde überall, im Münster, im Chorraum, auf den Emporen, auf Podesten, auf der Kanzel. Doch trotz beträchtlicher räumlicher Entfernungen: selbst verzwickteste imitatorische Partien entglitten niemals Harnoncourts Kontrolle.

Der zweite, vielleicht noch wichtigere Aspekt neben diesem eher dirigiertechnischen Koordinationsproblem betrifft die Klanglichkeit. Harnoncourt versteht Monteverdi ganz und gar vom vertonten Wort aus, die einzelnen Sätze werden bei ihm – je nach ihrem Inhalt – fast zu Charakterstücken. Da gibt es Partien von zartestem Schmelz neben solchen, die vor Aggression, vor Aufgeregtheit explodieren. Amoprhe Klangbäder werden dagegen bei Harnoncourt niemals veranstaltet. Auch bei größter klanglicher Prachtentfaltung sind Einzelereignisse, Impulse, kleinste musikalische Einheiten wieder identifizierbar. Selbst die zarten Blockflöten werden nicht vom aufwendigen Gesamtapparat erschlagen.

Eigentlich verbietet es sich von selbst, aus dem erstklassigen Gesamtensemble einzelne Namen herauszugreifen. Der fabelhafte Stockholmer Kammerchor sei immerhin genannt; unter den Gesangsolisten der runde, trotzdem schlank geführte Tenor von Kurt Equiluz; unter den Instrumentalisten die Zinkenisten um Friedemann Immer, die ihre außerordentlich heiklen Instrumente mit staunenswerter Virtuosität handhabten.

STEPHAN HOFFMANN

Stuttgart: Schätze der Graphischen Sammlung

Kurioser Hexensabbat

Die Staatsgalerie Stuttgart nützt die Gelegenheit, daß so mancher jetzt des Stirlingschen Neubaues wegen in die Stadt kommt, um auf den Reichtum ihrer Graphischen Sammlung aufmerksam zu machen. Aus dem Gesamtbestand von etwa 15 000 Zeichnungen wurden zwei vorzüglich bestückte Ausstellungen zusammengestellt. Im Altbau sind etwa 200 Blätter vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, im Neubau 260 Beispiele des 19. und 20. Jahrhunderts zu sehen. Vorausgeschickt sind ein paar ungewöhnliche Buchmalereien eines mitteldeutschen und eines niederländischen Meisters aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. Dann aber spannt sich der Bogen von anonymen Zeichnern der Vor-Dürer-Zeit bis zu Kricke, Rinke und Merz.

Es sind einfache Skizzen und Studien, Entwürfe und Vorarbeiten für Gemälde, aber auch bis ins Detail ausgeführte Blätter, die als eigenständige Kunstwerke zu bestehen vermögen. Da aber 460 Zeichnungen die Geduld und das Aufnahmevermögen eines jeden Betrachters überfordern, wird der Besuch der Ausstellungen eher einer Entdeckungsreise gleichen, die Vorlieben genügt oder Kurioses entdeckt, die Kenntnisse bestätigt oder bislang Unbekanntes findet. Eine solche subjektive Annäherung an die Kunstgeschichte als Kunstgenuß ist jedenfalls nicht zu verachten, wenn sie aus einem so reichen und unterschiedlichen Angebot schöpfen kann.

Meiner Vorlieben ist hier das Liebespaar von Hans Baldung Grien zuzurechnen. Mit seiner Sparsamkeit der Mittel, seiner Einfachheit der Darstellung und zugleich seiner Charakterisierungskunst ist Baldung nämlich ein Kunstwerk gelungen, dem sich erst gute vierhundert Jahre später Picasso mit annähernd Gleichwertigem an die Seite zu stellen vermag. Dem Kuriosen wäre Jacques de Gheyns „Hexensabbat" (um 1604) zuzuteilen, bei dem allerhand teuflisches Getier am Boden herumkriecht oder sich in den wild brodelnden Himmel erhebt, der in einem Ausblick eine stille Seelandschaft freigibt.

Das Bekannte vertiefen die Gewandstudien Callots, die scheinbar schüchternen Zeichnungen Chodowieckis oder die Bürgerköpfe Daumiers. Zu den Entdeckungen aber zählen des älteren Wendel Diettelins „Jüngstes Gericht", der Entwurf für ein Deckengemälde, das weit über die Ansätze seiner „Architectura ..." hinaus in manieristischen Verschränkungen und Verkürzungen schwelgt, aber auch die unpretentiöse Porträtzeichnung der Königin Luise von Johann Gottfried Schadow.

Große Namen (Dürer, Rembrandt, Degas oder Klee) stehen hier neben Kleinmeistern und anonymen Künstlern, einfache Schwarz-Weiß-Zeichnungen neben dezenter Farbigkeit, große Formate neben dem Skizzenbuchblatt. Thematische Vorgaben, didaktische Ambitionen oder stilistische Einengungen spielen dabei keine Rolle. Die Stuttgarter wollen mit ihrer Auswahl nur eines zeigen (und das gelingt ihnen): was Zeichenkunst vermag. (Bis 10. Juni; Kataloge, 15.–18. Jhd. und 19.–20. Jhd., je 30 Mark) PETER DITTMAR



Wilhelm von Kobell: Porträt seiner Frau (um 1795) FOTO: KATALOG

Die „neue" Sängerin Gitte Haening auf Tournee

Ohne Jazz ans Herz

Jetzt hat sie es geschafft. Gitte, wir wissen es inzwischen, legte sich wieder ihren Nachnamen zu; das bedeutet, mediengerecht, sie ist erwachsen geworden. Sie ist keine bloße Schlagersängerin mehr, sondern eine ganz und gar professionelle Chansonette.

Und wenn man sie auf ihrer derzeitigen Tournee durch die Bundesrepublik sieht, dann nimmt man ihr die „Häutung" ohne weiteres ab. Das ist wirklich eine ganz und gar neuartige, eine geradezu faszinierende Erscheinung, hinter der das alte Klischee schon völlig verblaßt ist. Gitte Haening ist eine Frau geworden, die ganz unaffektiert auf der Bühne steht, und auch ihr Gesang ist viel reifer geworden. Auch wer ihre Texte strikt von der elitären Warte sieht, kann dieser Künstlerin kein flaches Sichanbiedern beim Publikum mehr vorwerfen.

Gitte hat in den letzten Jahren, als sie durch den Vater zeitweilig auf der alten Linie gehalten wurde und in der Provinz zu versauern drohte, etwas in sich entwickelt, was man als widerständliches Durchhaltevermögen bezeichnen könnte. Das ist in seiner Konsequenz allein schon respektabel und ungewöhnlich. Und es hat sich künstlerisch, musikalisch auch gelohnt. Wir waren zwei Stunden lang glücklich; Gitte griff uns ans Herz – obwohl wir gehofft hatten, daß sie Jazz singen würde.

Sie sang natürlich nicht Jazz, sie sang „ihr" Programm – ihre „marktgerechten" neuen Platten. Aber unter diesen Stücken, auch das wissen wir spätestens seit „Bleib noch bis zum Sonntag", ist jedoch nichts mehr für Durchschnitts-Jäger, nichts mehr für Rex-Gildo-Fans, dafür viel für ein Publikum, das zu differenzieren versteht. Gitte Haening hat jene „eiskalten Jahre der Bewährung", von denen einmal Peter Horton sprach, durchschritten und durchlitten, und sie hat sich dabei geschält wie eine Zwiebel.

Natürlich ist sie noch nicht die zweite Milva, sie ist erst knapp oberhalb der reinen Unterhaltung anzusiedeln – zumindest für Leute, die ihre „Botschaft" nicht mögen. Sehr deutlich wird aber der künstlerische Entwicklungsprozeß einer Frau, die zunächst von Liebesliedern ausging, die immerzu heile Welt reflektierten, dann eines Tages Zweifel bekam, ob es denn immer nur die alten Rituale sein müßten, und entschlossen das Ruder herumwarf.

Gitte Haening ist heute eine Frau, der man abnimmt, daß sie weiß, wovon sie singt. Zwar kommt die Zwiebelschale bis auf die Tränen ins Publikum. Aber genau das ist es, was mal gesungen werden mußte. Das kann, so, auch eine Milva nicht; das kann eben nur Gitte – denn sie ist so „einfach". Was sie singt, sind auch jetzt noch durch die Bank Liebeslieder, aber es sind Lieder mit menschlichem Tiefgang. Sie künden von einer romantischen Welt, doch auch vom bitteren Zerfall derselben.

Gitte ist jedenfalls längst nicht mehr das kleine dumme Gör, das sich „'nen Cowboy als Mann" wünscht; und darauf legt sie durchaus Wert. Sie ist so etwas wie eine Frau, die, obwohl sie damit gar nicht zurecht kommt, immerzu auf ihre Weiblichkeit, ihre Verletzlichkeit in ihren Liedern zu sprechen kommt und daß sie dabei noch allemal gerne Frau ist – und was für eine! Und das alles geht doch mindestens so tief wie eine Sitzung beim besten Psychotherapeuten von Wien.

Gitte singt in der ersten Hälfte ihrer Konzerte ihre neuen Plattensongs und dann erst – unverständlicherweise – die der Webber-Platte Nr. 1. Diese Webber-Songs, das muß man denn doch sagen, klingen nicht so, wie auf der Platte, obwohl Gittes „Truppe" auf der Tournee ausgezeichnet ist. Sie kann jedoch nicht wissen, wie die allabendlich wechselnden Säle sind; wir unsererseits wissen allenfalls, daß die Instrumentalisten hin und wieder drohen, die Stimme zu erschlagen, und sei sie noch so kraftvoll.

Das ist aber gar nicht so wichtig. Gitte Haening ist so schön wie ihre Stimme. Sie kann heute, 1984, singen, was sie will, alles wird immerzu gut ausgehen. Deutschland hat jetzt also einmal mehr eine wirkliche Sängerin, die – nicht aus Deutschland kommt. Das freilich gibt zu denken.

ALEXANDER SCHMITZ

Mannheim (22.3.), Siegen (24.3.), Bremen (25.3.), Berlin (26.3.), Nürnberg (28.3.).

KULTURNOTIZEN

Die Humboldt-Universität in Ost-Berlin präsentiert sich anläßlich ihres 175jährigen Bestehens vom 14. Juli bis zum 14. Oktober in Tokio.

Ein überregionales Fachwerkmuseum will die Stadt Marburg im alten Fürstenhof aus dem Jahre 1744 einrichten.

Ernst Jandl ist mit dem Großen Staatspreis für Literatur ausgezeichnet worden.

Das Goethe-Institut in Rom zeigt im Rahmen eines Zyklus „Die Welt der Kindheit" bis 2. April „Das gute Spielzeug und die schönsten Kinderbücher."

Paolo Bortoluzzi, früher an der Mailänder „Scala", ist zum neuen Ballettdirektor an der Deutschen Oper am Rhein berufen worden.

Rainer Wochele ist für seinen Jugendroman „Schrittwechsel" in Stuttgart mit dem Thaddäus-Troll-Preis geehrt worden.

1500 Brummis trennen Spanien vom Rest Europas

JOCHEN LEIBEL, Hendaye

„Wir sind doch keine Kamikaze-Fahrer. Wenn Spanien unsere Sicherheit nicht garantieren kann, dann gilt es für uns eben als feindliches Ausland." Jean-Jacques Didous, ein bulliger Südfranzose aus Villeneuve, steht vor seinem 38-Tonner und wärmt sich die Hände an einem Becher mit heißem Kaffee. Zusammen mit 1500 anderen blockiert Jean-Jacques seit Montag die französisch-spanische Grenze bei Hendaye.

Aufgebrachte baskische Fischer haben innerhalb einer Woche 26 „Brummis" aus Frankreich und anderen europäischen Ländern angezündet und ausbrennen lassen. Mit quergestellten Lastwagen haben die Überlandfahrer daraufhin Spanien vom Rest Europas getrennt.

Schuld an der Blockade hat in erster Linie Frankreichs Marine. Sie hatte vor zwei Wochen das Feuer auf spanische Fischer eröffnet, die ihre Netze in französischem Hoheitsgewässer ausgeworfen hatten. Neun Fischer wurden verletzt. Als die Nachricht von der „Seeschlacht" im spanischen Fischerdorf Ondorra im Baskenland bekannt wurde, brach dort ein Sturm los. „Jetzt geht es Frankreich an den Kragen", hieß es in den Fischerkneipen.

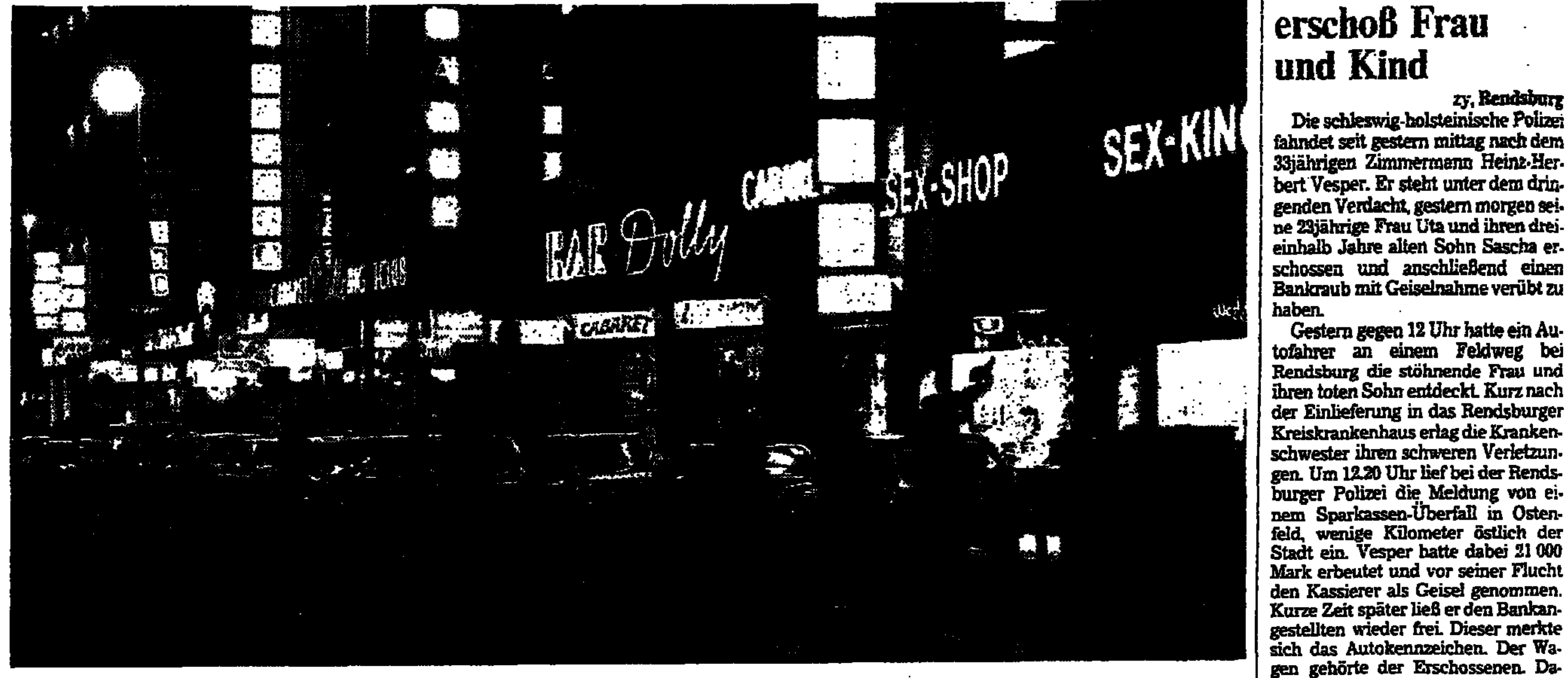
Zwei Tage später brannte der erste französische Lastwagen. Ein Fischerkommando hatte den Lkw gestoppt, den Fahrer zum Aussteigen gezwungen und den 22-Tonner dann angezündet. Während die spanische Polizei noch das Wrack auf einen Tieflader lud und in Richtung Frankreich losschickte, wurden sieben andere Lkw Opfer der „Partisanen" aus Ondorra.

Frankreichs Lkw-Fahrer schalteten die Pariser Regierung ein und die bekam von Madrid die Zusicherung, daß ausländische Lkw-Kolonnen Polizeischutz erhielten. Doch zwei Polizeiautos, eines am Kopf, ein anderes am Ende der Kolonne, konnten die wütenden Fischer nicht stoppen. „Wir krochen gerade den „Etxegarate-Paß" hoch, als eine wilde Horde aus den Büschen brach", berichtete ein Franzose, „sie waren mit Knüppeln, Messern und Molotowcocktails bewaffnet. Zwei Lkw konnten von der spanischen Polizei geschützt werden, aus den anderen machten die Fischer Kleinholz."

An der Grenze bei Hendaye kursierten unter den Lkw-Fahrern die wildesten Gerüchte. „Bei Tolosa ist ein deutscher Fahrer in seiner Kabine verbrannt. Ein anderer wurde aus einer Maschinenpistole beschossen." Das deutsche Konsulat in San Sebastian winkte ab. Konsul Eugen Beihl zur WELT: „Wir haben uns bei allen spanischen Behörden erkundigt. Bisher gibt es keinerlei Anzeichen, daß auch Deutsche Opfer des Fischerzorns wurden." In Spanien wird der „Krieg der Landstraßen" inzwischen zu einem hochexplosiven politischen Thema. Man munkelt, die baskischen Fischer würden seit einigen Tagen von ETA-Terroristen manipuliert und sogar bewaffnet. Der französische Rundfunk dagegen zitierte gestern einen Madrider Sozialisten, der spanischen Rechtsradikalen und Franco-Anhängern vorwarf, für die Überfälle auf französische Lastwagen verantwortlich zu sein.

Die spanischen Behörden haben sich inzwischen bereit erklärt, für die Schäden aufzukommen. Rund zehn Millionen Mark wurden als Entschädigung für die ersten 20 ausgebrannten Brummis bereitgestellt. Doch die Franzosen lassen sich nicht beruhigen. „Erst wenn schriftliche Zusagen über einen wirksamen Schutz vorliegen, heben wir die Blockade auf", erklärte ein Sprecher der Lkw-Fahrer. Gestern Mittag aber verschärfte sich die Lage sogar noch: Auch die Eisenbahnlinie Hendaye-Iran wurde von den Truckern blokkiert. (SAD)

Es wird noch eine Weile dauern, bis Frankfurt das „saubere Entrée" bietet, das ihm sein Oberbürgermeister verschaffen will. FOTO: GAULS



Der eiserne Besen zerstäubt Frankfurts Problem

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, eiserner Besen im „sündigen Bahnhofsviertel" (26 Bordelle, 2000 bis 4000 Dirnen je nach Saisonlage, 58 Amüsierschuppen „bis früh um viere") und jüngst in Sachen Frankfurter Strich als Diskutant vor den Fernsehkameras des Hessischen Rundfunks, legte vor Millionen ein Gelübde ab: „Wir haben als Ersatz für das Bahnhofsviertel sieben neue Toleranzzonen im Stadtgebiet ausgewiesen. Doch dort werde ich keine einzige Nachtkonzession erteilen!"

Die Gefahr, daß sich für das Erosgetto am Frankfurter Hauptbahnhof sieben andere Sümpfe auftun könnten, sieht Wallmann – im Gegensatz zu vielen anderen Frankfurtern – aus diesem Grunde nicht. Der OB im Vertrauen auf die Kraft eigener verwaltungsrechtlicher Regulatorien: „Eine neue Bahnhofs-Subkultur, die ihre Gefährlichkeit bezieht aus der Verquickung von Prostitution, Drogenhandel und Schwerkriminalität, wird sich in Frankfurt an anderer Stelle nicht mehr entwickeln können!"

Am 1. März hatte die CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung den Wallmann-Feldzug gegen die „sündige Meile" am Hauptbahnhof abgesegnet. Einige Christdemokraten (die im Weichbild der neuen Toleranzzonen wohnen) stimmten gegen die Vorlage. Draußen auf dem Römerberg waren zum Protest jene Bürger aufmarschiert, die durch die neuen Zonen das Laster vor der eigenen Haustür aufziehen sehen.

Was viele Gegner der Bahnhofsviertel-Sanierung nicht wissen: Selbst dann, wenn Wallmann rings um den Hauptbahnhof alles beim alten ließe, blieben der Stadt neue Toleranzzonen für die Prostitution nicht erspart. Juristische Grundlage der flächenmäßigen Pflicht-Aufrüstung in Sachen Strich-Gebiete ist eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes. Sie besagt, daß in Hessen jede Stadt über 50 000 Einwohner sieben bis zehn Prozent ihres Areals als Toleranzzonen ausweisen muß.

Die sieben neuen Frankfurter Strich- und Bordellreservate genügen den höchstrichterlichen Normen sowieso nur bedingt (Osthafen, Hafenbahn), so daß Insider unken: „Eine Normenkontrollklage hätte gute Aussichten durchzukommen!" Schönheitsfehler dieser Art kümmern das Frankfurter Stadtoberhaupt in seinem Kampf gegen das Bahnhofsviertel zunächst wenig. Wallmann: „Die neuen Toleranzzonen waren die Grundvoraussetzung, um vom Regierungspräsidenten in Darmstadt eine Sperrgebietsverordnung für das Bahnhofsviertel zu bekommen!" Nur mit dieser Sperrgebietsverordnung als verwaltungsrechtlichem Hintergrund kann Wallmann den eisernen Besen in Bewegung setzen.

Doch noch ehe der „Darmstädter Hammer" vor Ort zugeschlagen hat, sind die Dinge in Bewegung geraten. Wallmanns persönlicher Referent, Alexander Gauland: „Die großen Investoren des Bahnhofsviertels sehen sich bereits auf anderen Schauplätzen um!" Der Zug geht ins Ruhrgebiet (Essen, Dortmund), von dort nach Amsterdam.

Dies ist für Wallmann ein Zeichen dafür, daß die Säuberung des Bahnhofsviertels vielleicht doch nicht zum verwaltungsrechtlichen „Straßenkampf Haus um Haus" eskaliert. Die 26 Bordelle und der größte Teil der übrigen Pornobetriebe sind größtenteils in der Hand von fünf Großinvestoren. Die Lage aus Sicht der Stadt: „Zwei Investoren sind bereit, völlig aus Frankfurt rauszugehen. Einer will sich mit Bordellen in den neuen Zonen etablieren. Zwei bleiben, mit denen wir hart verhandeln müssen."

Den Hauptwiderstand erwartet Wallmann jedoch nicht von den Großen, sondern von den Kleinunternehmern. Absehbare Stationen des bevorstehenden Räumungs-Marathons: Schließungsverfügung durch die Stadt, Widerspruch der Betroffenen, Ablehnung durch die Stadt, Normenkontrollklage der Betroffenen durch alle Instanzen.

Daß es letztlich geht, zeigen Vorbilder in anderen Großstädten. München beispielsweise hat die Prostitution auf drei kleine Toleranzzonen am Stadtrand zurückgedrängt. Viele der Damen sind ins Umland (Rosenheim, Bayrischer Wald) abgewandert.

In Hamburgs Amüsierviertel St. Pauli ist der Strich außerhalb des Sex-Reservats (Herbertstraße) in festen Zonen des Wohnbereichs nach der Uhr geregelt: Die Dirnen ziehen um 20 Uhr auf und haben um 6 Uhr in der Frühe wieder zu verschwinden. Beispielhaftes hat London geleistet. Das einst berühmt-berüchtigte Amüsierviertel Soho wurde durch strenge Verwaltungsvorschriften und Zuverlässigkeitsprüfungen innerhalb kurzer Zeit „clean" gemacht.

Bankräuber erschoß Frau und Kind

zy, Rendsburg

Die schleswig-holsteinische Polizei fahndet seit gestern mittag nach dem 33jährigen Zimmermann Heinz-Herbert Vesper. Er steht unter dem dringenden Verdacht, gestern morgen seine 23jährige Frau Uta und ihren dreieinhalb Jahre alten Sohn Sascha erschossen und anschließend einen Bankraub mit Geiselnahme verübt zu haben.

Gestern gegen 12 Uhr hatte ein Autofahrer an einem Feldweg bei Rendsburg die stöhnende Frau und ihren toten Sohn entdeckt. Kurz nach der Einlieferung in das Rendsburger Kreiskrankenhaus erlag die Krankenschwester ihren schweren Verletzungen. Um 12.20 Uhr lief bei der Rendsburger Polizei die Meldung von einem Sparkassen-Überfall in Ostenfeld, wenige Kilometer östlich der Stadt ein. Vesper hatte dabei 21 000 Mark erbeutet und vor seiner Flucht den Kassierer als Geisel genommen. Kurze Zeit später ließ er den Bankangestellten wieder frei. Dieser merkte sich das Autokennzeichen. Der Wagen gehörte der Erschossenen. Dadurch kam die Polizei dem geschiedenen Ehemann auf die Spur. Kurz nach halb vier fand die Polizei das Auto in der Nähe von Rendsburg. Von dem Täter fehlte gestern abend noch jede Spur.

Brandstifter aus „Frust"

dpa, Frankfurt

Ein 31 Jahre alter Mitarbeiter des Möbelhauses Ikea hat gestanden, das Feuer in der deutschen Zentrale des Unternehmens im Wallau (Main-Taunus-Kreis) gelegt zu haben, bei dem ein Schaden von mindestens 50 Millionen Mark entstanden war. Als Motiv gab er an, er sei einmal von einem leitenden Mitarbeiter der Firma „angemotzt" worden und außerdem „völlig frustriert" gewesen.

Strompanne in Krakau

dpa, Warschau

Ein Stromausfall nach einem Brand im Elektrizitätswerk hat am Dienstag und Mittwoch weite Teile von Krakau lahmgelegt. Auch gestern noch bemühten sich Sonderbrigaden um die Beseitigung des Schadens.

Verletzte bei Beben

dpa, Moskau

Mehr als 1oo Menschen sollen bei dem schweren Beben in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Usbekistan (Siehe WELT von gestern) verletzt worden sein. Die Erdstöße, so meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass, habe darüberhinaus schwere Schäden angerichtet.

Neue Akademie

AFP, Paris

Eine „Internationale Akademie für Gastronomie" haben Gastronomen in Paris gegründet. Die neue Institution will alles, was die Gastronomie betrifft, „ermutigen, anregen und entwickeln".

Bomben-Anschlag

dpa, Marburg

Ein 36jähriger Lehramtskandidat aus Alsfeld (Vogelsbergkreis) hat am Dienstag versucht, den Direktor einer Marburger Berufsschule mit einer selbstgebauten Bombe umzubringen. Als der Anschlag mißlang, flüchtete der in dieser Schule beschäftigte Täter und beging Selbstmord. Der Referendar war zu einer Prüfung nicht zugelassen worden.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Mint GmbH, Ottobrunn bei München, bei.

ZU GUTER LETZT

Richtigstellung der kenianischen Zeitung „Sunday Nation" zu Fotos von der Nationaltracht: „Die Entwürfe stammen von Miss Edebe und nicht von der Gefängnisverwaltung."

England leitet die Woge des Horrors durch das Büro des Zensors

Nach der Verabschiedung eines Gesetzes gegen Video-Filme bleibt Unbehagen

FRITZ WIRTH, London

Die Herren Abgeordneten waren mit sich zufrieden. Am Wochenende hatten sie im britischen Unterhaus als eines der ersten Parlamente dieser Welt einen gesetzlichen Schutzwall gegen die Springflut der Horror-Videofilme aufgerichtet. Ihr Gesetz passierte in dritter Lesung und ohne Gegenstimme das Unterhaus. Es bedarf jetzt nur noch der Zustimmung des Oberhauses. Voraussichtlich im Sommer dieses Jahres wird es rechtskräftig sein.

Das Gesetz sieht vor, daß künftig alle auf den britischen Markt gebrachten Videofilme einer Zensur unterliegen, die verhindern soll, daß besonders brutale Horrorfilme in die falschen Hände kommen. Diese Zensurbehörde soll alle Filme klassifizieren und entscheiden, welche Filme geeignet für eine Vorführung daheim sind, welche Art von Filmen nur zum Verkauf in lizensierten Sex-Shops angeboten werden dürfen und welche Filme überhaupt nicht zum Verkauf freigegeben werden können. Videohändler, die unklassifiziertes Video-Material verkaufen, müssen mit Geldstrafen bis zu 20 000 Pfund (rund 78 000 Mark) rechnen.

Der Zufriedenheit der britischen Abgeordneten ist in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit jedoch wachsende Skepsis gefolgt. In Großbritannien hat man in der Vergangenheit länger als in vielen anderen westeuropäischen Ländern gegen die Zensur in Film und Literatur angekämpft und man befürchtet, daß man nun auf der Woge des Horrors eine wesentlich weiterreichende und einflußreichere Zensurbehörde beschert bekommt.

Der „Guardian" fragte bereits in einem Leitartikel, ob die Befugnisse, die in den neuen Videogesetzen enthalten seien, im richtigen Verhältnis stehen zu dem Übel, das sie ausrotten wollen. Der „Economist" machte sich Gedanken über das künftige Zensur-Zertifikat „Geeignet für die Vorführung daheim" und gab zu bedenken, daß nicht in jedem Heim minderjährige Kinder anzutreffen seien und fragte, ob künftig die Videofreiheit von Erwachsenen den Maßstäben und der Sorge um siebenjährige Kinder angepaßt würde.

Außerdem fragt man: Wer kontrolliert die Video-Kontrolleure? Zur Stunde gibt es nur vage Vorstellungen über die Befugnisse und die Zusammensetzung dieser neuen Behörde. Es besteht die Möglichkeit, daß das Amt der britischen Filmzensurbehörde übertragen wird. Unbehagen hat sich darüber hinaus in den Rundfunk- und Fernsehanstalten geregt, die bisher nur einer freiwilligen Selbstzensur unterliegen. Man fürchtet, daß die neue Zensurbehörde in ihren Bereich eindringen könnte.

Unbestritten ist trotz dieses Unbehagens bei Kritikern und Gesetzesmachern, daß jugendschützende Maßnahmen zur Eindämmung der Horror-Welle nötig sind. Letzte Zweifel an der Notwendigkeit dieser Maßnahmen hat eine Umfrage beseitigt („Video Violence and Children"), die in diesem Monat in England veröffentlicht wurde. Aus ihr geht hervor, daß 3,5 Millionen Kinder in England und Wales bereits Horror-Videos gesehen haben. Was besonders schokkierte: 33,2 Prozent der Sieben- bis Achtjährigen in England gehörten bereits zu den Horror-Video-Konsumenten.

Die Umfrage basiert auf Aussagen von 7000 Schulkindern und Eltern. 45 Prozent der befragten Kinder gaben zu, bereits Video-Horror-Filme gesehen zu haben. Lehrer Peter Liddelow, eines der Mitglieder der Untersuchungskommission, erklärte, daß die vorgelegten Statistiken über die Verbreitung der Horror-Videos unter Kindern nicht einmal die wahren Dimensionen des Problems enthüllten. Die Wirklichkeit sei schlimmer. Er berichtet von Schulkindern, die seither von schweren Alpträumen geplagt seien. Der ehemalige Erzbischof von Canterbury, Lord Coggan, nannte die Horror-Videos eine größere Gefahr für die Jugend als Rauschgifte.

Die Videohändler stehen begreiflicherweise in Opposition zu den neuen Gesetzen. Sie behaupten, daß sie die Horror-Videos nicht ausmerzen, sondern zu einer Schwarzmarkt- und Untergrundware machen würden. Die Folge: Horror-Videos würden kaum seltener, wohl aber teurer werden.

Japaner entkam seinen Entführern

E. KARMIOL, Tokio

Die Hände des Mannes waren gefesselt, seine Kleidung verschlammt, als er in einer öffentlichen Telefonzelle mühsam die Notrufnummer 001 wählte. Dann rief er mit lauter Stimme: „Ich bin Ezaki!" Ruhig gab er dann dem Polizeibeamten seinen genauen Standort durch. Wenig später war ein Funkstreifenwagen zur Stelle. So endete gestern nach 65 Stunden Ungewißheit ein Drama, das ganz Japan in Atem gehalten hatte: die Entführung des 42jährigen, steinreichen Katsuhisa Ezaki. Er war am Sonntag abend von drei maskierten Männern aus der Badewanne in seinem Haus in Kobe gezerrt und verschleppt worden. Für seine Freilassung hatten die Gangster 11,5 Millionen Mark und 100 Kilogramm Gold verlangt.

Ezaki, der sich außer einer leichten Verletzung am Mund und trotz starker Erschöpfung in guter Verfassung befindet, berichtete der Polizei, gelegentlich habe er Kekse zu essen und Fruchtsaft zu trinken bekommen. „Aber ich war gefesselt, und die meiste Zeit auch geknebelt." Als seine Entführer ihn dann gestern morgen einmal allein gelassen hätten, sei es ihm möglich gewesen, seine Beinfesseln zu lösen. „Ich trat die Tür auf und lief los ..." Nach Ezakis Eindruck waren die Kidnapper mit Gewehren und Pistolen ausgerüstet, die wie Spielzeug aussahen. Noch fehlt jede Spur von ihnen, obwohl unmittelbar nach der Entführung bis zu 7000 Polizeibeamte ausschwärmten. (SAD)

Kokain-Schlacht im Dschungel von Kolumbien

H. STÜCK, Bogota

Einen großen Erfolg meldete die kolumbianische Polizei von der Rauschgiftfront: Sondereinheiten der Sicherheitskräfte hoben im Süden der Hauptstadt Bogota eine große Drogen-Destille der kommunistischen Untergrundorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias Columbias (FARC) aus, wobei ihnen 12,5 Tonnen Kokain im Wert von umgerechnet 3,1 Milliarden Mark in die Hände fiel.

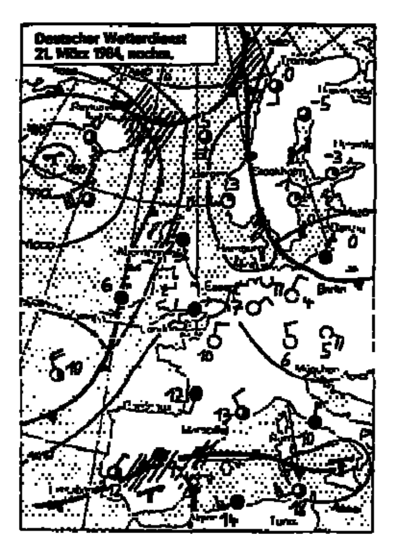
Von der Aktion am 11. März berichtete jetzt Lewis Tambs, Washingtons Botschafter in Bogota, in der amerikanischen Hauptstadt. Er sprach von der „größten Drogen-Razzia aller Zeiten".

„Niemals zuvor ist bei einem solchen Unternehmen so viel Kokain sichergestellt worden", sagte Tambs. Nach seinen Schilderungen gelangten die kolumbianischen Polizisten und Beamte der amerikanischen Drogenbehörde DEA mit Flugzeugen in das unzugängliche Dschungelgebiet am Yari-Fluß etwa 1100 Kilometer südlich von Bogota. Sie mußten zunächst einen Gegenangriff der Guerrilleros abwehren, wobei sie 40 Untergrundkämpfer und einen ihrer amerikanischen Piloten gefangennahmen.

In der Urwaldfabrik arbeiteten laut Tambs vor allem Mitglieder des bewaffneten Flügels der kommunistischen Partei Kolumbiens, der als älteste, best ausgerüstete und gefährlichste Untergrundorganisation des Landes gilt. (SAD)

WETTER: Heiter

Wetterlage: Am Rande einer Hochdruckzone, die von Skandinavien bis nach Südosteuropa reicht, gelangt mit einer schwachen östlichen Strömung weiterhin trockene und verhältnismäßig kalte Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Im Westen und Südwesten teilweise Durchzug von Wolkenfeldern, aber trocken. Sonst durchweg sonnig. Höchste Temperaturen 9 bis 13, im nördlichen Deutschland um 6 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen plus 2 Grad im Südwesten und minus 4 Grad im Norden. Schwacher Wind um Ost.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	24°
Bonn	9°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	18°
Essen	7°	London	5°
Frankfurt	7°	Madrid	9°
Hamburg	4°	Mailand	9°
List/Sylt	3°	Mallorca	15°
München	6°	Moskau	–6°
Stuttgart	7°	Nizza	13°
Algier	14°	Oslo	2°
Amsterdam	6°	Paris	10°
Athen	10°	Prag	4°
Barcelona	14°	Rom	10°
Brüssel	7°	Stockholm	–1°
Budapest	5°	Tel Aviv	22°
Bukarest	4°	Tunis	18°
Helsinki	–3°	Wien	5°
Istanbul	7°	Zürich	8°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 6.18 Uhr, Untergang: 18.40 Uhr, **Mondaufgang:** 1.36 Uhr, Untergang: 9.22 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Aufstieg und Fall des Jurij Sauch

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Wieder einmal ist einem sowjetischen Spitzensportler das „süße Leben" nicht bekommen. Diesmal ist es der Aufstieg und Fall des Fußballstars Jurij Sauch (33), den die Moskauer Jugendzeitschrift „Komsomolskaja Prawda" beklagt und als Beispiel einer verfehlten Lebensweise anprangert. Sauch wurde jetzt wegen eines „Verbrechens mit besonders schwerer Folge" zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er hatte eine Frau vergewaltigt, die sich aus Scham darüber kurz danach das Leben nahm.

Sauch ist nicht der erste sowjetische Spitzensportler, der auf Abwege geriet. 1958 wurde Eduard Strelzow auch wegen Vergewaltigung zu einer gleich hohen Strafe verurteilt. Strelzow, Mittelstürmer und jahrelang Kapitän der Nationalmannschaft, war damals das Fußballidol in der Sowjetunion schlechthin.

Soweit hatte es Sauch zwar nicht gebracht, aber als kompromißloser Verteidiger (Spitzname „Brechstange") im bekannten Moskauer Armee-Sportclub ZSKA machte er sich immerhin einen solchen Namen, daß man im Verein über seine Eskapaden hinwegsah. Die „Komsomolskaja Prawda" sparte denn auch nicht mit Kritik an den Sportfunktionären, die Sauch verwöhnt und seinen „wachsenden Appetit auf die Annehmlichkeit des Lebens gern befriedigt" hätten.

Es sei schließlich kein Geheimnis, schreibt die Zeitung, daß die Stars „oft von vielen Sorgen befreit würden, indem man ihnen die Lösung vieler Alltagsprobleme" abnehme.

Was sich hinter dieser Formel verbirgt, weiß jeder Sowjetbürger: Es geht um schnelle Autos, Luxuswohnungen und um den Zugang zu den besseren Kreisen, wo der Rubel rollt.

Sauch hatte das offenbar schnell erkannt. Schon als junger Mann war er mit seinen Sprüchen nicht zimperlich gewesen. Als er in Rostow zu spielen begann, verlangte er ultimativ den raschen Zugang in diese Kreise und kehrte dem Verein den Rücken, als dieser nicht sofort darauf einging. In Moskau wurde der Mann ja auch schneller erhört und bekam außer dem Auto innerhalb eines Vierteljahres seine Luxuswohnung in einem Apartmenthaus für Spitzensportler. Durch geschickten Umgang mit „nützlichen Menschen", wie die Jugendzeitschrift pikiert berichtete, wußte er sich manchen zusätzlichen Rubel zu verschaffen, so daß er später noch gegenüber dem Untersuchungsrichter auftrumpfte: „Ich habe so gelebt, wie Sie nie leben werden."

Seine sportlichen Leistungen gingen zwar schnell zurück, nachdem er erst einmal in der Luxuswelt Fuß gefaßt hatte, doch glich er das durch mehr Brutalität auf dem Spielfeld aus. Da es so viele Mannschaften im Lande gebe, hieß es in dem Bericht, und also entsprechend viele Sportler gebraucht würden, ließe sich ein Leistungsabfall immer noch eine ganze Weile bei gleichem Stand der Annehmlichkeiten außerhalb des Spielfelds kaschieren.

Dennoch – nach einer Serie von Fouls, mußte Sauch den Armee-Sportverein verlassen, fand aber bei „Lokomotive Moskau" Unterschlupf, ehe er sich von „Dynamo Stawropol" abwerben ließ.

Hier, auf seiner letzten Station, büßte der Eisenfuß wegen seiner Verwicklung in einem Schmiergeldskandal den Titel „Meister des Sports" ein. Ein erster tiefer Sturz. Denn damit einher geht üblicherweise der Verlust fast aller Privilegien. Als er jetzt wegen des Todes der jungen Frau vor Gericht stand, traf ihn so auch die volle Härte des Gesetzes.

Zauberhafte Angebote

KURT POLLAK, Wien

Zauberer, Hexenmeister und Prinzessinnen läßt Österreich jetzt schon auffahren, um sich weiterhin die Gunst der Touristen zu sichern. Die Sorge, daß der Urlauberstorm – vornehmlich aus der Bundesrepublik Deutschland – nachlassen könnte, hat unter den Managern der alpenländischen Ferienparadiese einen harten Konkurrenz-Kampf ausbrechen lassen. Dabei kommt es nun zu einem Feuerwerk der ausgefallensten Ideen. Selbst Orte, die auf der Landkarte kaum zu finden sind, kämpfen mit mehr oder weniger originellen Ideen um jeden Urlauber.

Die etablierten Sommer-Ferienorte locken mit ausgefallenen Angeboten, die mit Sicherheit auch gewaltig an den Etat gehen: So offeriert der Fremdenverkehrsverband des Lieser- und Malta-Tals in Oberkärnten für Urlauber einen Zauberlehrgang. Für 26 Mark kann jederman zum Zauberlehrling werden. Ob das freilich langt, einen Urlauberstrom herbeizuzaubern, bleibt abzuwarten.

Im vornehmen Bad Ischl am Wolfgangsee können sich Gourmets ein aus sieben Gängen bestehendes „Kaiser-Diner" einverleiben. Dabei wird vorgesetzt, was, zumindest nach der Legende, Kaiser Franz Joseph I. am 12. August 1908 zu Ehren des englischen Königs Edward VII. hatte servieren lassen. Im fürstlichen Preis von 143 Mark pro Person mit inbegriffen: Empfang durch Erzherzog Markus von Habsburg-Hohenlohe, einen Urenkel des österreichischen Kaisers, „Verleihung" einer Speisekarte mit k.u.k.-Siegel bei Tafelmusik und in Jagdtracht servierendes Personal.

Auch Weyregg am Attersee bedient sich beim Wettlauf um die teuren Urlauber blauen Blutes. Christa Hohenlohe, eine waschechte Prinzessin, lehrt jene Urlauber, die es mögen, in Wochendkursen zu 70 Mark uralte Fertigkeiten – das Spinnen, das Weben und das Klöppeln.

Rustikaler ist das Freizeitangebot von Kössen in Tirol. Dort findet zwischen dem 6. und 8. April die Weltmeisterschaft im Tabakschnupfen statt. Und am Faakersee in Kärnten wird sich zwischen dem 21. und 24. Juni die Elite der Zwillingspaare aus ganz Europa versammeln. In einer „Nacht der Zwillinge" werden die originellsten, jüngsten und ältesten Paare preisgekrönt. Ob mit oder ohne Magie – die Alpenrepublik setzt auf eine zauberhafte Urlaubszeit.